



7. Heft | 15. April 1915

## HUGO HEINEMANN · PHRASEN



ENOSSE Paul Hirsch hat sich in der Fränkischen Tagespost vom 9. März 1915 gegen meine Ausführungen über die Preußenfraktion<sup>1)</sup> gewandt. Es scheint ihm unbegreiflich, wie ich gegen den Passus in der Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Landtags polemisieren konnte, der die Regierung auffordert dem Polizeikampf gegen die Gewerkschaften ein Ende zu machen. Gewiß, so führt er aus, den kleinlichen, schikanösen Polizeikampf gegen die Arbeiterbewegung führe die preußische Regierung aus leicht erklärlichen Gründen heute nicht. Aber dies dürfe uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse vorläufig noch immer auch auf diesem Gebiet auf dem Papier stehe. Ähnliches konnten wir auch sonst vielfach im Anschluß an die letzten Reichstagsverhandlungen lesen. Da solche Ausführungen in hohem Maß geeignet sind verbitternd auf die Arbeiterklasse zu wirken und damit die Voraussetzung des deutschen Sieges, die Einigkeit unseres Volkes, zu gefährden, erscheint es geboten mit größtem Ernst die Frage zu prüfen, ob die Behauptung richtig ist oder nicht. Diese Prüfung ergibt, daß sie lediglich eine Phrase ist, die agitatorischen Zwecken dient und die Arbeiterschaft um die Früchte des wohlerwogenen Verhaltens der Partei- und Gewerkschaftsinstanzen betrügen könnte. Dies will ich im folgenden nachweisen.

In der Reichstagssitzung vom 10. März betonte der Staatssekretär Dr. Delbrück gegenüber dem Genossen Haase, daß es unwahr sei zu behaupten, das Koalitionsrecht werde bei uns durch Ausnahmegesetze beschränkt. Jede Verfassung beruhe auf der Beschränkung der persönlichen Freiheit des einzelnen im Interesse des Ganzen, aber wir haben kein Gesetz zur Beschränkung der Freiheit eines bestimmten Volksteils. Es beständen zwar Verschiedenartigkeiten in der Handhabung der Gesetze, aber die Reichsleitung und die Einzelregierungen seien während des Krieges bemüht gewesen durch die Handhabung der Gesetze zu beweisen, daß ihnen alle Parteien gleich nahe ständen, und daß sie sich voll bewußt seien der Verpflichtungen gegenüber einem Volk, das mit solcher Einhelligkeit und Größe für die Sicherheit des Vaterlands kämpft. Diese letzte Behauptung des Staatssekretärs ist unzweifelhaft richtig, der erste Satz dagegen bedarf einer Einschränkung. Der § 153 der Reichsgewerbeordnung ist insofern ein Ausnahmegesetz, als er eine Handlung nur deshalb, weil sie zu Zwecken des Lohnkampfes vorgenommen ist, zu einer strafbaren oder wenigstens schwerer strafbaren

<sup>1)</sup> Siehe meinen Artikel Zur Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion im preußischen Landtag, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 167 ff.

macht als dies der Fall sein würde, wenn die selbe Handlung zu irgendeinem andern Zweck begangen wäre. Die Anführung eines Beispiels wird genügen. Für die immer stärker von dem extremen Individualismus sich abkehrenden modernen Anschauungen und die moderne Gesetzgebung ist es charakteristisch, daß in allen Gesellschaftsschichten das Gemeingefühl, die Berufs-, Standes- und Klassenmoral nicht nur sittlich höher bewertet werden als die Verfolgung von Sonderinteressen, sondern daß auch das Recht diesem sittlichen Urteil in der Bekämpfung des unlautern Wettbewerbs in den verschiedensten Formen staatlichen Nachdruck verleiht. Allein im Lohnkampf untersagt das Gesetz durch Verrufserklärung das Solidaritätsgefühl der Klassengenossen als Kampfmittel zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen anzurufen. Abgesehen von diesem Fall kennt unser Strafgesetzbuch nirgendwo eine Bestrafung wegen Verrufserklärung. Der Ausnahmecharakter des § 153 wird noch dadurch verschärft, daß er die Anwendung der von ihm aufgeführten Mittel nur dann untersagt, wenn diese dazu dienen sollen einen Klassengenossen zum Beitritt zu einer Koalition oder zum Ausharren bei ihr zu veranlassen. Der Gebrauch dieser selben Mittel aber ist straflos, wenn sie die Verhinderung der Ausübung der Koalitionsfreiheit bezwecken. Muß man hiernach im Gegensatz zu den Ausführungen des Staatssekretärs den § 153 sehr wohl als ein Ausnahmegesetz bezeichnen, so wäre trotzdem mit der einfachen Aufhebung dieser Vorschrift keineswegs die Ausübung der Koalitionsfreiheit gewährleistet. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat dies in früheren Jahren auch oft genug anerkannt. Noch in einem ihrer letzten Initiativanträge vor dem Krieg forderte sie in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses in Dresden, daß an Stelle des § 153 die Aufnahme einer Strafvorschrift in das Strafgesetzbuch gegen Unternehmer trete, die das Koalitionsrecht den Arbeitern zu rauben versuchen.

Aber noch aus einem andern Grund ist mit der bloßen Beseitigung des § 153 wenig erreicht. Viel intensiver als diese Vorschrift greift der Erpressungsparagraph in die wirtschaftliche Vereinigungsfreiheit der Arbeiter ein. Alle die ungezählten in Literatur und Gesetzgebung gemachten Versuche aber dieser Bestimmung die Giftzähne auszubrechen schlugen fehl und mußten fehlschlagen, weil die bei der Regelung des Erpressungsbegriffs zu lösenden Fragen uns tief in die Grundbegriffe des Strafrechts hineinführen und nur mit deren Umgestaltung eine sachgemäße Beantwortung erfahren können. Es bedarf der Revision unseres ganzen Strafgesetzbuchs, wenn die den Tatbestand der Erpressung bildenden Begriffe der Drohung und der Rechtswidrigkeit des erstrebten Vermögensvorteils eine solche Formulierung erfahren sollen, daß der Erpressungsparagraph auf die normalen Streitigkeiten aus dem Lohnkampf unanwendbar wird und auf Fälle beschränkt bleibt, die das gesunde Volksempfinden vom ethischen und rechtlichen Standpunkt aus unter dieser schändlichsten aller Handlungen versteht. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte in verschiedenen Anträgen versucht dieses Ziel bereits im Rahmen des geltenden Rechts durch Zusätze zu dem Erpressungsparagraphen zu erreichen. Diese Versuche mißglückten jedoch sämtlich. Hier hilft keine Kasuistik, weil eben sich Schwierigkeiten aufürmen, die nur durch die Reform des geltenden Rechts an Haupt und Gliedern aus dem Weg geräumt werden können.

Zur Revision des Reichsvereinsgesetzes muß die Nachprüfung des Landesstrafrechts treten, um das Recht des Aufstellens von Streikposten zu gewährleisten, dieser notwendigen Ausführungsorgane des Koalitionsbeschlusses, ohne die jener ein lebloses Internum bleibt, das nicht in die Allgemeinheit dringt. Vor allem aber darf nicht vor dem Bürgerlichen Gesetzbuch haltgemacht werden. Hier haben sich in den anderthalb Dezennien, in denen dieses große Gesetzgebungswerk in Geltung ist, Mängel und Lücken gezeigt, die unbedingt ausgefüllt werden müssen. Die Frage, ob es zulässig ist auf dem Weg des Privatvertrags die Koalitionsfreiheit zu beschränken, bedarf dringend der gesetzlichen Lösung, da es unmöglich in die Hand des Unternehmers gelegt werden kann das gegen ihn sich richtende Recht des Arbeiters auf Zusammenschluß durch bindenden Vertrag zu beseitigen. Der § 61 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, der die Eintragung eines politischen Vereins in das Vereinsregister vollkommen in das Belieben der Verwaltungsbehörde stellt, muß durch eine feste Rechtsvorschrift ersetzt werden. Andere zivilrechtliche Probleme, die eine großzügige Gesetzgebung auf dem Gebiet der Vereinigungsfreiheit zu lösen hat, treten hinzu. Sie sind so zahlreich, daß sie hier nicht einmal angedeutet werden können.

Wenn man alle diese Fragen rein sachlich ohne demagogischen Nebenzweck einer Prüfung unterzieht, so muß man im Gegensatz zu Hirsch zu dem Ergebnis kommen, daß eine Neuregelung des Koalitionsrechts auf freiheitlicher, alle Ungleichheiten beseitigender Grundlage während des Krieges völlig unmöglich ist. Zu einem solchen Unternehmen könnte sich nur eine Regierung bereitfinden, die gewissenlos genug wäre ihrerseits den Burgfrieden durch Aufrollung von Fragen zu stören, die sofort unter den Parteien die schwersten Gegensätze und Interessenkollisionen hervorrufen würden. Überdies gäbe es kein besseres Mittel die wirkliche Tat positiver Sozialpolitik zu vereiteln, als wenn man jetzt Stückwerk schüfe, aus der durchaus ein zusammenhängendes Ganze bildenden Kette von Fragen einzelne, die zu populären Schlagworten geworden sind, herausrisse und mit ihnen gesetzgeberisch experimentierte. Das Koalitionsrecht ist zu ernst für den Arbeiter, als daß es zu agitatorischen Zwecken herabgewürdigt werden darf. Wem es wirklich darum zu tun ist dieses Recht so gut wie irgend möglich zu gestalten, der wird keine überstürzte Arbeit während des Donners der Kanonen wünschen sondern in ruhigen Zeiten gründliche Behandlung der Frage in ihrer Gesamtheit. Einzelne Abschlagszahlungen, die jetzt geleistet würden, könnten nur die Wirkung haben, daß die Arbeiterschaft damit als abgespeist angesehen würde, ohne daß doch die von allen freiheitlich gesinnten Elementen herbeigewünschte wirkliche Regelung erfolgt wäre. Auch würden solche Abschlagszahlungen den eklen Beigeschmack haben, als ob damit eine Abgeltung dafür erfolge, daß die Arbeiterschaft das Vaterland in der Stunde höchster Not nicht im Stich gelassen habe. Ein solcher Handel widerstrebt der Arbeiterschaft, für die, um ein Wort aus Cunows neuer, lehrreicher Schrift zu zitieren, allein der Gedanke maßgebend war, daß neben dem Klasseninteresse oder dem Klassengefühl, auch so etwas wie ein Nationalgefühl, ein Staatsgemeinschafts-, ein Volksgemeinschaftsgefühl existieren<sup>2)</sup>, und daß, wie hinzugefügt werden muß, beides zusammenfällt.

<sup>2)</sup> Siehe Cunow Parteizusammenbruch? /Berlin 1915/, pag. 27.

Es bietet eine glückliche Gewähr für die Zukunft des deutschen Volkes, das unsere Gewerkschaften, die doch wahrlich in der Verteidigung der Koalitionsfreiheit so empfindlich wie möglich und zu keinerlei Konzession bereit sind, ihr Einverständnis mit der Erklärung des Staatssekretärs ausgesprochen haben, der für die Zeit nach dem Krieg, nicht als Belohnung für Wohlverhalten sondern als die Folge besserer Einsicht in das Wesen der Arbeiterorganisationen, die Neuorientierung unserer innern Politik in Aussicht gestellt hat. Bei allen künftigen Versuchen mit der billigen, keine geistige Anstrengung erfordernden Wendung von der immer noch nicht vorgenommenen Gesetzesänderung die Einheit des deutschen Volkes zu stören und die Arbeiterklasse in einen Gegensatz zu allen übrigen Klassen zu bringen, müßte darauf hingewiesen werden, daß es das offizielle Organ der deutschen Gewerkschaften, das Korrespondenzblatt, gewesen ist, in dem die Worte des Reichsstaatssekretärs das folgende Echo gefunden haben:

»Das klingt immerhin verheißungsvoll und eröffnet die Aussicht auf eine erfolgreiche sozialpolitische Arbeit nach dem Kriege. Insofern darf der Reichstag trotz der teilweise recht erregten Verhandlungen mit dem Abschluß dieser Tagung voll- auf zufrieden sein. Dieser Abschluß beweist aufs neue, daß sowohl hinsichtlich der Weiterführung des Krieges zu einem siegreichen Ende als auch in der Neuorientierung auf dem Gebiet der innern Politik die Volksvertretung des Deutschen Reichs einig ist, und daß auch die Regierungen mit diesem einmütigen Willen ernstlich rechnen müssen und auch rechnen werden.«<sup>3)</sup>

Abgesehen von den Zusagen für die Zukunft mußte allerdings gefordert werden, daß gegenwärtig die volle Gleichberechtigung der Gewerkschaften durchgeführt werde. Dies aber ist geschehen, und es ist ein nicht gerade sonderlichen Mut verratendes Herumdrücken um das Eingeständnis eines Irrtums, wenn Hirsch die Sache so darstellt, als ob lediglich der kleinliche, schikanöse Polizeikampf gegen die Gewerkschaften eingestellt sei. Man sollte der Wahrheit die Ehre geben und zugestehen, daß die Gewerkschaften selbst keine ernstlichen Anstände zu erheben haben, vielmehr anerkennen, daß die Militärbehörden mit der Durchführung des Anspruchs des Arbeiters auf angemessenen Lohn Ernst gemacht haben und den Lohn-drückern erfolgreich entgegengetreten sind, daß die Eingriffe in das Koalitionsrecht des Arbeiters vom Beginn des Krieges ab mit größter Energie verhindert wurden, daß die Regelung der Zeit, der Dauer und der Art der Arbeit den gewerkschaftlichen Grundsätzen gemäß erfolgt ist, daß die politische Drangsalierung, über die gerade in Staatsbetrieben vor dem Krieg geklagt wurde, mit einem Schlag aufhörte, daß die Tarifvertragsidee und damit der Gedanke des kollektiven Arbeitsvertrags insbesondere dank der Bemühungen der militärischen Behörden gewaltige Fortschritte gemacht haben<sup>4)</sup>, und die sich daraus notwendig ergebende Konsequenz einer Anerkennung der Gewerkschaft als des zum Schutz der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Berufsgenossen naturgemäß bestimmten Organs rückhaltlos gezogen wurde. Mehr konnte und durfte eine ihrer Verantwortung sich bewußte Regierung im gegenwärtigen Augenblick nicht tun, und mehr von ihr zu verlangen lehnen gerade diejenigen strikt ab, die überzeugt sind, daß nach dem Krieg scharfe Kämpfe mit dem Unternehmertum zu führen sein werden,

<sup>3)</sup> Siehe den Artikel Krieg, Budget und Sozialpolitik, im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 27. März 1915.

<sup>4)</sup> Siehe hierbei auch Weinschild Ein sozialpolitisches Dokument nationaler Zusammenarbeit, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 299 ff.

und die eben deshalb bemüht sind durch stärkste Betonung der Notwendigkeit der Solidarität der Klassen in denkbar ernstester Stunde die gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen, daß diese Kämpfe auf einem Boden sich abspielen, der für die Arbeiterklasse nicht ungünstiger ist als für das Unternehmertum. Es zeigt geringe politische Einsicht und verrät recht mangelnde Fähigkeit zur objektiven, vorurteilslosen Würdigung gegebener Tatsachen, daß die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtags dies verkannt und die angeblich noch heute in Preußen fortbestehende Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse zum Anlaß der Ablehnung des Etats genommen hat. Wir können uns darüber freuen, daß die mit ganz anderer Autorität ausgestattete große Reichstagsfraktion unmittelbar darauf dieses verfehlte Verfahren zu korrigieren in der Lage war und damit die Partei vor ernstlichem Schaden bewahrt hat.

An diesem erfreulichen Ergebnis wird auch dadurch nicht das geringste geändert, daß das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei fort-dauernd krampfhaft Versuche anstellt das Votum der Reichstagsfraktion, das es nicht aus der Welt schaffen kann, in seiner Wirkung zu verkleinern. Der Vorwärts hat wiederholt die Mehrheit der Reichstagsfraktion in Schutz nehmen zu müssen geglaubt, als ob diese bei der Bewilligung des Etats sich von Motiven habe leiten lassen, wie sie ihr die sogenannten Illusionisten unterschieben. Mit dieser Abschwächung dürfte der Vorwärts wenig Glück haben. Der Beschluß der Reichstagsfraktion ist so klar und eindeutig, daß an dieser Tatsache alle Auslegungskünste abprallen müssen. Die Fraktion hat zum Ausdruck gebracht, daß ihr im Augenblick der Schutz des Vaterlands als das einzig Wesentliche erscheint, und daß sie nicht gewillt ist die Voraussetzung unseres Sieges, die Geschlossenheit der Nation, stören zu lassen. Alles andere muß bis nach dem Friedensschluß verschoben werden. Wer die Notwendigkeit der Vertagung der inneren Reformen und der damit verbundenen Kämpfe bis nach Beendigung des Krieges dazu benutzt, um den Arbeitern etwas von enttäuschten Hoffnungen vorzureden, der treibt Demagogie, setzt die Einmütigkeit des Volkes leichtfertig aufs Spiel und gefährdet den Erfolg des Krieges.

Dringend der Lösung bedürftig dagegen erscheint eine andere Frage: nämlich die nach der Umgestaltung des Zentralorgans selbst. Mag man immerhin so kleine, allerdings wenig vornehme Scherze ruhig hinnehmen, daß die ausgezeichnete Rede Scheidemanns kein anderes Echo im Vorwärts fand, als daß die Zustimmungskundgebungen bürgerlicher Blätter dazu fein säuberlich aneinandergereiht wurden. Die damit verbundene Absicht war zu plump aufgetragen, als daß man darüber ernstlich verstimmt sein konnte. So strafen eben Große. Weit bedenklicher war aber der grobe Disziplinbruch, der in der Veröffentlichung der Namen derjenigen Abgeordneten lag, die vor der Abstimmung zum Etat den Sitzungssaal des Reichstags verließen. Eine schärfere Demonstration gegen die Fraktionsmehrheit als das von dem Zentralorgan beliebte Verfahren läßt sich nicht gut denken. Der Vorwärts hat offenbar von den römischen Cäsaren gelernt, nur macht er es umgekehrt wie sie. Diese setzten diejenigen auf die Proskriptionsliste, deren Verfolgung sie wünschten. Die Liste des Vorwärts dagegen soll dem künftigen Parteitag die Namen der angeblich prinzipientreuen Minderheit angeben. Die in der Liste Fehlenden sind die zu Ächtenden. Kann

auch de facto der Vorwärts längst nicht mehr als das Zentralorgan der Partei gelten, de iure ist er es noch immer. Die Partei aber muß auf die Dauer schwer geschädigt werden, wenn das formelle Zentralorgan, je mehr es seinen Einfluß auf das innere Parteileben schwinden sieht, desto rückhaltloser die Anschauungen einer Minderheit in den offiziellen Körperschaften der Partei vertritt und auf dem von Reichstagsfraktion und Parteileitung eingeschlagenen Weg nicht mitzugehen vermag.

XX  
**MAX SCHIPPEL · FRIEDENSGEDANKEN IN DER  
 SOZIALDEMOKRATIE**



AS in Deutschland gegenwärtig zu den Fragen eines kommenden und ersehnten Friedens geschrieben und gesprochen wird, hält sich mit Recht meist in dem engen Rahmen von bloßen Vorerörterungen: von Anregungen, die mehr die wichtigeren, später zu beachtenden allgemeinen Gesichtspunkte herauszuarbeiten und im öffentlichen Bewußtsein der Nation zur Anerkennung zu bringen streben als daß sie bereits bestimmte militärische, politische und wirtschaftliche Einzellösungen in Vorschlag bringen wollen. Das ist durchaus zweckentsprechend, und die Zensur hat hier sogar ihre guten Seiten, indem sie eine Flut von unklaren, vergänglichen und in ihrer Wirkung nach außen nicht einmal ungefährlichen Einfällen zurückhält und dafür eine gewisse vorläufige Meinungserziehung fördert, die gerade in Deutschland bitter nottut.

Denn je länger ein Volk oder eine Bevölkerungsschicht vom großen politischen Mitschaffen und Miterleben ausgeschlossen war (oder unter Umständen sich selber durch eine törichte Oppositionsverantheit künstlich davon abschloß), desto später erwerben Parteien und Wählermassen den gesunden realpolitischen Sinn, um den wir die älteren politischen Kulturvölker, wie die Engländer, so sehr beneiden müssen, und desto mehr überwiegen die vererbten bloßen Schlagworte und Schablonen, die gedankenlos-scharfsinnig fortgesponnenen überlebten Ideologien, die neuerdings auch Genosse Cunow, zum sprachlosen Entsetzen aller standhaften *Edelmarxisten*, ganz vortrefflich ihres Scheinwerts entkleidet und in ihrer ganzen Hohlheit enthüllt hat.



AS beliebteste, in der deutschen sozialdemokratischen Partei ungefähr mit dem selben Eifer wie 1866 und 1870 bei den groß- und kleindeutschen Partikularisten aufgenommene Schlagwort war natürlich sofort wieder: *Keine Annexionen!* Jede gelegentliche konservative und liberale Äußerung, die sich allenfalls zu einer Bekundung von Annexionsgelüsten umdeuten ließ, wurde ohne weiteres unter einem außerordentlichen Aufwand von mehr oder weniger aufrichtiger Entrüstung an den Pranger gestellt, und bekanntlich haben sogar internationale Rumpfkongresse die Arbeiterklasse aller Länder auf diese scheinbar so einfache und so demokratische Grundforderung von vornherein festzunageln versucht.

Soweit man damit in möglichster Schärfe weiter nichts betonen will, als daß neue, widerstrebende Bevölkerungsfremdelemente für jeden modernen

Staat, gleichviel ob Deutschland oder Rußland oder wer sonst, bis zu einem gewissen Grad immer eine tote Last, ein Hindernis des raschern politischen und wirtschaftlich-sozialen Fortschreitens darstellen, so weit rennt man, trotz alles betäubend lauten Sturmblasens und Wortgetöses, doch eigentlich wohl nur die alleroffensten Türen ein, die im Ernst von niemandem verteidigt werden. Auch die Zedlitz-Neukirch und die Reventlow haben solche Einwände stets hervorgehoben und anerkannt, und man braucht bei ihnen als erfahrenen und geschulten Politikern wahrhaftig nicht, wie dies in mancher vorschnellen parteigenössischen Kritik eingeschlossen liegt, die blanke Unkenntnis solcher naheliegenden politischen Selbstverständlichkeiten vorauszusetzen. Aber sie werden dabei allerdings kaum der naiven Anschauung huldigen, jede staatliche Maßnahme sei einfach schon dann abzulehnen und zu bekämpfen, wenn man ihr mancherlei und selbst recht vielerlei unerfreuliche Folgewirkungen nachweisen kann. Ein Staatseingreifen, das für alle beteiligten Kreise lediglich vorteilhafte Folgen nach sich zöge, gibt es nun einmal in unserer, nach innen wie nach außen interessenzerteilten Gesellschaft überhaupt kaum jemals, und der verteidigte scheinradikale Standpunkt fiele deshalb mit einer stockkonservativen Stillstandspolitik zusammen. Die Zedlitz und Reventlow schrecken nur alleräußerstenfalls vor Einverleibungen nicht zurück, wenn die erwarteten günstigen Folgen schließlich die freilich unvermeidlichen ungünstigen Wirkungen doch noch immer überwiegen, und wenn der festzuhaltende Zweck: die dauernde Friedenssicherung gegen bestimmte feindliche Mächte und Mächtekoalitionen (eine Sicherung, die ganz etwas anderes ist als ein glücklich erzielter formaler Friedensschluß), auf anderm Weg nicht zu erreichen wäre. Wenn aber der Vorwärts jetzt Bemerkungen wie »ein jedem englischen und französischen Einfluß absolut und für immer entzogenes Belgien bilde eine Lebensfrage für Deutschlands Zukunft« bereits als klipp und klaren Einverleibungsanspruch feierlich bekämpft, so liegt zu solchen unbedingten Scharfmacherauslegungen vorläufig, wie weiter unten nochmals dargelegt werden soll, durchaus kein zwingender Anlaß vor.

Ferner tut man gut mit programmatisch bindenden Erklärungen etwas vorsichtig zu sein, wenn man nicht zu gleicher Zeit zu sagen weiß, wie man ihnen unter Umständen wirksamen Nachdruck zu schaffen vermag. Wirklich annektiert haben bisher nur Japan und England; und zwar das mühsam emporgebrachte, aufblühende deutsche Hongkong Kiautschou, die deutschen Südseeinseln und verschiedene Teile Deutschafrikas. Wenn gemäß dem internationalen sozialdemokratischen Einigungsspruch keinerlei Annexionen sein und geduldet werden dürfen, was gedenkt die internationale Sozialdemokratie gegebenenfalls gegen Japan und England zur Wiederherausgabe der deutschen Besitzungen und Pachtungen zu tun? Mit der eiligen und der Sicherheit wegen auch noch eingeschriebenen Übersendung einer geharnischten Resolution nach Tokio, Kapstadt und London kann die Angelegenheit alsdann doch unmöglich erledigt sein, falls die Friedensdiktatur des Proletariats einigermaßen ernst genommen werden soll. Augenblicklich kann man es sogar als ganz zweifellos voraussetzen, daß nach den erwähnten Staaten hin die ausgegebene Parole »Keine Annexionen!« in friedlicher Verhandlung nicht durchzusetzen wäre; welchen zweiten, weniger friedlichen Weg hätten wir alsdann ins Auge zu fassen?

Oder läuft die internationale Anweisung, wie so oft, lediglich darauf hinaus, daß nur Deutschland als wohlgezogene, bedientenselig sich duckende Nation nicht an Annexionen denken soll, während die anderen Nationen seelenruhig und ungestört zugreifen und sich fleißig dazuhalten mögen?

Weiter wissen wir aus zahlreichen ausländischen Belehrungen recht wohl, wo für Deutschland die Annexion anfängt: nämlich bei jeder, auch der winzigsten Grenzberichtigung. Aber wir wissen dies nicht für das gegnerische Ausland, und ohne zielbewußte Klarheit hierüber sind unsere schönsten Friedensresolutionen von vornherein nichts als ein »tönend Erz und eine klingende Schelle«. Französische Revolutionäre, darunter Männer wie Sembat und Vaillant, gehen in ihrem ganzen Verhalten von der Behauptung aus, die Wiedereinverleibung Elsaß-Lothringens in Frankreich sei durchaus keine verdammenswerte Annexion sondern vielmehr eine wohlverdiente Rückerstattung. Es lassen sich sogar sehr kluge Antiannexionisten schon vernehmen, die das Herausschneiden einer ganzen Reihe von unabhängigen, entlang des ganzen Rheins laufenden Pufferstaaten aus dem Fleisch des alten einheitlichen deutschen Großstaats, also die Neutralisierung nicht nur von Elsaß-Lothringen sondern auch von der Pfalz und von Teilen Hessens und Rheinpreußens, für »keine Wegnahme« erklären, genau so wie wir über deutsche Parteigenossen verfügen, denen zwar nach ihren prinzipiellen Verwahrungen jedwede Annexion verpönt ist, die aber zugleich eine gründliche Amputation Rußlands warm und begeistert empfehlen. Das heute beliebte Friedensprogramm mag also äußerlich noch so einfach und überzeugend erscheinen, in den verwickelten Togaalten seiner unvereinbaren Interpretationen stecken bereits wieder genug Konfliktskeime, um, nach unseren früheren Anschauungen, von neuem für mehrere Weltkriege auszureichen.



S kommt dazu, daß wir mit der grundsätzlichen Ablehnung jedes weitem Großstaatswachstums, mit der Erhebung einer bloßen beweglichen Zweckmäßigsfrage zu einem starren Prinzip, im Grunde mit unseren großen geistigen Führern des Sozialismus befremdlich in Widerspruch geraten. Ich verweise hier auf die verdienstvolle Cunowsche Schrift und wiederhole diesmal nur eine kurze Stelle: »Selbst eine gewisse zwangsweise Einverleibung oder Aufsaugung der kleinen »verkrüppelten« Nationen durch die großen Kulturnationen hielt Marx unter gewissen Umständen für berechtigt, wie er denn weiterhin in dem schon erwähnten Artikel über den demokratischen Panlawismus schreibt: »Und endlich welches Verbrechen, welche fluchwürdige Politik, daß die Deutschen und Magyaren zu der Zeit, als überhaupt in Europa die großen Monarchien eine *historische Notwendigkeit* wurden, alle diese kleinen, verkrüppelnden, ohnmächtigen Nationen zu einem großen Reich zusammenschlugen und sie dadurch befähigten an einer geschichtlichen Entwicklung teilzunehmen, der sie, sich überlassen, gänzlich fremd geblieben wären! Freilich, dergleichen läßt sich nicht durchsetzen, ohne manchen sanften Nationenblümlein gewaltsam zu zerknicken. Aber ohne Gewalt und ohne eherne Rücksichtslosigkeit wird nichts durchgesetzt in der Geschichte, und hätten Alexander, Cäsar und Napoléon die selbe Rührungsfähigkeit besessen, an die jetzt der Panlawismus zugunsten seiner verkommenen Klienten appelliert, was wäre da aus der Geschichte geworden!« Das ist die Marxsche Auffassung. Mag jeder damit die in einem großen Teil unserer Presse übliche Verteidigung des Rechts jeder Nation auf staatliche Selbständigkeit vergleichen und sich dann selbst die Frage stellen: Welches Recht haben denn die Verfasser solcher Artikel sich auf Marx zu berufen?«<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Siehe Cunow Parteizusammenbruch? /Berlin 1915/, pag. 36.



Als Ausgleich für diese innere Abkehr von Marx und Engels, in einer immerhin nicht bedeutungslosen allgemeinen politischen Auffassung, wird man es nirgends betrachten, daß dabei die verbissensten und reaktionärsten Partikularisten und *Föderalisten* (*Staatbündler*, nicht *Bundesstaatler*!) seligen deutschen Angedenkens neben uns als geistige Bundesgenossen plötzlich fröhlich wieder auferstehen. Diese, zum Teil sehr demokratischen Reaktionäre der Reichsschöpfungszeit waren gleichfalls felsenfest davon überzeugt, daß mit der Aufhebung der staatlichen Selbständigkeit von Schleswig, Hannover, dem Kurfürstentum Hessen und dem Herzogtum Nassau, von dem freien Stadtstaat Frankfurt ganz zu schweigen, die Schar der unversöhnlichen, niemals assimilierbaren *inneren Feinde* Deutschlands bis zur Unerträglichkeit anschwellen werde: um so mehr, als eine Volksabstimmung, wie sie damals als Allheilmittel bei auswärtigen Konflikten empfohlen wurde, niemals zustande kam. Die Frankfurter Zeitung (damals *Neue Frankfurter Zeitung*) überwarf sich mit der preußischen Fortschrittspartei, »als sich die gemäßigten ihrer Mitglieder in der schleswig-holsteinischen Frage mehr und mehr mit dem Regierungsprogramm einer Annexion befreundeten«:

»Tatsächlich war die Opposition in der preußischen Kammer tot, seitdem der Liberalismus auch dort sich *gothaisch* gebärdete. Immer wieder rückte die Zeitung den Fortschrittlern die Fehler dieses Kompromisses vor und resümierte, eine Besserung der preußischen Verhältnisse hänge davon ab, daß innerhalb der freisinnigen Partei des Abgeordnetenhauses eine andere Fraktion die Majorität gewänne als die jetzige, die den Ausschußmitgliedern des Nationalvereins gehöre. Die Idee einer Einigung Deutschlands durch Preußens Vorherrschaft, wie sie eine Reihe norddeutscher, besonders preußischer Blätter vertrat, wurde von der Neuen Frankfurter Zeitung von Grund aus verworfen. Und sie kam auf diesen Gedankengängen zu der Überzeugung, daß die Großstaaterei [heute heißt es bei uns *sozialdemokratisch-reaktionären* Schildburgtheoretikern: der Imperialismus] im Grunde weit gefährlicher sei als der kleinstaatliche Partikularismus.«<sup>2)</sup>

Der Untergang des Freistaats Frankfurt erschien diesen süddeutschen Demokraten wie der für ewig besiegelte Untergang der deutschen Freiheit: »Das Recht der Annexion, das Preußen sich anmaßt, kennt keine Grenzen. Wir fragen gewisse Leute, die sich annexionssüchtig gebärden, ob sie es auch für *Partikularismus* erklären würden, wenn wir uns dagegen aussprechen würden, daß Preußen . . . die Stadt Frankfurt (wogegen es gewiß keinen großen Widerwillen haben würde) in die weite Hohenzollerntasche steckte?«<sup>3)</sup>

Soviel wir wissen, möchten die Frankfurter, ohne Unterschied der Parteien, heute schon gar nicht mehr aus dieser Tasche heraus, und eine Volksabstimmung, die damals allerdings ganz zweifellos für Fortbestand der stadtstaatlichen Selbständigkeit ausgefallen wäre, würden sie heute wohl allesamt als einen argen Mißgriff verwünschen. Thiersch, der deutsche Irvingianer, sah mit der Aneignung Schleswig-Holsteins »nicht allein den Deutschen Bund sondern das System der Legitimität überhaupt abgetan und den Ausbruch einer neuen Periode napoléonischer Gewalttätigkeit verkündet«. Mehr und mehr bildete sich bei diesem gekränkten und enttäuschten Sektenapostel die gleiche Phraseologie heraus, die uns heute aus allen unzufriedenen Winkeln des Aus- und Inlands von neuem entgegönt:

»Wir wollten [bei dem stärkern Abschwenken der *konstitutionellen* Staaten nach der österreichischen Seite, etwa in Parallele zu stellen mit der heutigen Anlehnung der *freieren* Gemeinwesen an Rußland] nicht, daß unsere Fürsten behandelt würden

<sup>2)</sup> Siehe die Geschichte der Frankfurter Zeitung, Volksausgabe (Frankfurt 1911), pag. 75. × Ich gedenke auf die lehrreichen Parallelen zwischen damals und heute demnächst ausführlicher zurückzukommen.

<sup>3)</sup> Siehe das in Note 2 zitierte Werk, pag. 76.

wie Herzog Friedrich, unsere Stände wie die Stände von Itzehoe und unser Volk wie das Volk von Schleswig-Holstein. Da Österreich auf die Seite des Rechts zurückgetreten war, hielt man selbst ein Übergewicht Österreichs für ein geringeres Übel als den allgemeinen Sieg des preußischen Militärdespotismus. Unter den vielen Millionen Seelen, die gegen Preußen aufgebracht waren, mochten auch wohl von Fanatismus erfüllte sein, aber der Hauptgrund der Aufregung gegen Bismarck war und ist, bei unseren Fürsten, unseren Volksvertretungen und in der gesamten öffentlichen Meinung, das beleidigte Rechtsgefühl und der Unwille über den auf deutschen Boden verpflanzten und gegen die durch heilige Bande verknüpften Fürsten- und Volksstämme vorschreitenden Bonapartismus.«<sup>4)</sup>

Friedrich Engels zeigte sich nach 1864, 1866 und 1870 rasch bereit »gar nichts anderes zu tun, als das Faktum einfach zu akzeptieren«:

»Überhaupt, à la Liebknecht, die ganze Geschichte seit 1866 rückgängig machen zu wollen, weil sie ihm nicht gefällt, ist Blödsinn. Aber wir kennen ja unsere Muster-süddeutschen [Demokraten].«<sup>5)</sup>

Dagegen wollte, »um dieser großen und imposanten deutschen Macht ihre ganze Fülle und verlässigste Festigkeit zu geben«, selbst ein Gervinus 1871 noch immer »den 1866 annektierten deutschen Landen und Bevölkerungen ihre Selbständigkeit wiedergeben, damit ein innerer Feind nicht zurückbleibe, nachdem nun ein äußerer nicht mehr zu fürchten ist.«<sup>6)</sup> Wessen Grundanschauungen waren nun wohl die fortschrittlicheren, die dem wirklichen historischen Entwicklungsgang angemesseneren?



NUNDES, diese parteigeschichtliche Abschweifung lag eigentlich gar nicht in meiner ursprünglichen Absicht. Im Grunde genügt es darauf hinzuweisen: daß die in erster Linie heute in Betracht kommenden Friedenspläne überhaupt nicht auf wirkliche Annexionen im wahren Sinn des Wortes hinsteuern, sondern daß sie sich meist eine Art Mittelzustand zwischen voller staatlicher Selbständigkeit und einer Beeinflussung durch großstaatliche Nachbarn zum Ziel setzen. Sie erstreben die Aufhebung und Einschränkung bestimmter, als gefährlich erwiesener Souveränitätsrechte auf der einen Seite, andererseits die Sicherung gewisser Einflußbefugnisse und Schutzmaßnahmen für den vom frühern Zustand bedrohten und geschädigten Großstaat. Will man ernstlich und grundsätzlich polemisieren, so wende man sich

<sup>4)</sup> Siehe Thiersch Brief vom 31. August 1866, mitgeteilt in Wigand Heinrich W. J. Thierschs Leben /Basel 1888/, pag. 409 ff.

<sup>5)</sup> Siehe den Marx-Engelschen Briefwechsel 1844 bis 1883 /Stuttgart 1913/, 3. Band, pag. 337, und 4. Band, pag. 320.

<sup>6)</sup> Siehe Gervinus Denkschrift zum Frieden, in den Hinterlassenen Schriften /Wien 1872/, pag. 5. X Auch hier der überraschende Parallelismus in der Auslandswürdigung solcher Eingängereien. Die Wiener Neue Freie Presse brachte seinerzeit folgenden Hymnus an Gervinus:

»So hast Du bei Belsazars Lustgelage  
Dein Mene Tekel an die Wand geschrieben,  
Du hast vom prunkbeladnen Sarkophage  
Den Flitter, der den Moder deckt, gerieben;  
Im ungeheuren Abfall dieser Tage  
Bist Du dem echten Glauben treu geblieben,  
Dem ew'gen A und O der Weltgeschichte:  
Was nicht ans Maß sich bindet, wird zunichte.

Sie wollen nicht die große Wahrheit hören,  
Die in der Wüste Deine Stimme predigt;  
Sie lauschen jener trunknen Toren Chören,  
Die bis aufs Mark das deutsche Volk geschädigt.  
Doch während sie zu ihren Götzen schwören,  
Hast Du Dich Deiner Priesterpflicht entledigt:  
Ihr aber könnt, wenn euer Taumel endet,  
Nicht klagen, daß euch kein Prophet gesendet.«

prinzipiell gegen alle solchen Erwägungen und Anregungen, aber das bisherige bramarbasierende Einstoßen von offenen Türen und das heldenspielerische Anrennen gegen Windmühlenflügel ist ein ziemlich müßiges Preßtreiben, das uns gerade nicht im Ansehen nützt.

Einige unserer heutigen Friedensrufer in der Partei scheinen freilich in der Tat zu glauben, daß jeder Friede, der Friede an sich, sehe er aus, wie er wolle, ein schlechthin begehrenswertes Ziel sei; höchstens lebensgefährdende Gebietsabtrennungen erklären sie nicht dulden zu wollen. Aber ohne Gebietsverluste und sonstige unmittelbare Zwangsaderlässe haben doch Deutschland und mehr noch Österreich-Ungarn zuletzt eine Reihe von Friedensjahren durchkosten müssen, die, wenn man sie sich noch um 20 oder 30 weitere solcher *Friedensjahre* verlängert vorstellt, durch ihre ewige allgemeine Beunruhigung, bis zu immer wiederholten notgedrungenen Mobilmachungen in Österreich, durch ihre unablässige panikartige Erschütterung und ihre schleichend auszehrende Schwächung des gesamten Wirtschaftslebens, durch ihre rücksichtslose Einschnürung jedes gesunden und berechtigten Entwicklungsdrangs der Zentralmächte und durch die ebenso rücksichtslose Bevorzugung aller Gegner der Zentralmächte wahrscheinlich viel schlimmer, zerrüttender und verhängnisvoller gewesen sein würden als ein Krieg von 1- oder 1½-jähriger Dauer, der dann wenigstens auf 1 oder 2 Menschenalter oder auf noch längere Zeit hinaus, um mit Friedrich Engels' Worten über die geschichtliche Bestimmung des Krieges zu reden, einen haltbaren »Ausgleich nach außen schafft«. Aber er muß eben auch in einem neugeschaffenen Ausgleich, nicht in einem einfachen Rückfall zu den alten Zuständen enden. Soweit die heute bereits erkennbaren Friedensbemühungen: ohne Annexionen, wie ich hier voraussetze, aber durch neuzuschaffende Einfluß- und Sicherungsbedingungen, dem Rückfall in die alten, unerträglichen Verhältnisse vorzubeugen suchen, so weit kann auch die Sozialdemokratie das Berechtigte solcher beginnenden Erörterungen grundsätzlich ruhig anerkennen und ruhig, zur Beeinflussung in ihrem eigenen Sinn, daran teilnehmen, soweit die Zeit es heute schon zweckmäßig erscheinen läßt. Auch wenn beispielsweise, einen entscheidenden Sieg Österreichs vorausgesetzt, Serbien kein österreichischer Landesteil werden soll, so kann man doch recht wohl daran denken ihm in seiner auswärtigen Politik, in seinen Bündnisrechten, in seiner Eisenbahn- und Handelspolitik bestimmte Schranken zu setzen: gegen die Erweiterung des russischen Einflusses und für die Wahrung der österreichisch-ungarischen Lebensinteressen. Man kann bei Belgien, ohne Annexionen, darauf halten wollen, daß es nicht wieder unter dem Schein der Neutralität zum Werkzeug eines deutschfeindlichen Englands werden kann, daß es durch einen näher umschriebenen Anschluß an die deutschen Verkehrs- und Wirtschaftszustände enger mit den deutschen Interessen zusammenwächst und sich von den englischen löst.

Solche Mittelwege sind in der politischen Geschichte gar nichts so Seltenes. Luxemburg ist dem Deutschen Reich nicht einverleibt, obwohl es bis 1866 zum Deutschen Bund gehörte; aber in seinem Eisenbahnrückgrat, in seinem Zollwesen und in noch manchen anderen Wirtschaftsmaßnahmen ist es dem französischen Einfluß entzogen und auf das engste mit Deutschland verbunden. Das dereinst spanische Kuba ist von den Vereinigten Staaten nicht annektiert; aber seine Verträge mit fremden Großmächten und die Schuld-

aufnahmen, die seine Unabhängigkeit von neuem untergraben könnten, unterliegen dem Einspruch und der Nachprüfung der Vereinigten Staaten, die auch sonst manche Interventionsrechte, ferner das alleinige Recht zur Erwerbung von Flottenstationen besitzen.

Um einen ähnlich gerichteten Gedankengang handelt es sich offenbar bei den meisten jüngsten Erörterungen. Und insoweit läßt sich selbst gegen die Schlußrede des Herrenhauspräsidenten, die dem Vorwärts Anlaß zu übertriebenen Verwahrungen bot, kaum etwas einwenden:

»Man kann aussprechen, daß das Vorhaben unserer Feinde Deutschland zu vernichten zuschanden geworden ist, daß wir insofern als Sieger dastehen. Und wenn wir nichts weiter wollten als einen Angriff abschlagen, so glaube ich, würde es nicht allzu schwer sein einen Frieden in kurzer Zeit zu erlangen. Damit kann aber Deutschland sich nicht befriedigt erklären. Nach den ungeheuren Opfern, die wir gebracht haben, an Menschen sowohl wie an Hab und Gut, müssen wir mehr fordern. Wir können das Schwert erst wieder in die Scheide stecken, wenn Deutschland eine Sicherung erlangt hat dagegen, daß in ähnlicher Weise wie dieses Mal die Nachbarn wieder über uns herfallen. Worin diese Sicherung bestehen soll, das vermag ich nicht auszusprechen. Wenn man das aussprechen wollte, müßte man in eine Diskussion der Friedensbedingungen eintreten, und das würde ich im jetzigen Augenblick, wo die Entscheidung noch so ungewiß ist, für den deutschen Interessen nicht förderlich halten.«

Ich sehe keinen Anlaß in diese offenbar mit Absicht möglichst unbestimmt gefaßten Worte um jeden Preis unzweifelhafte Annexionsgelüste hineinzulesen. Im Gegenteil weisen immer mehr Anzeichen darauf hin, daß man in den leitenden politischen Kreisen für die kommenden Friedensverhandlungen viel eher an vermittelnde Auswege im oben bezeichneten Sinn als an schroffe diplomatische Kraftproben denkt: schon um die erbitternden Folgen von Annexionen mit ihrer unleugbaren neuen Friedensgefährdung und mit ihrer Verbitterung und Zersetzung des ganzen innerpolitischen Lebens durch neue Bevölkerungsfremdelemente zu vermeiden.

Die Sozialdemokratie kann sicherlich viel Nützliches zur Entscheidung über die ganze Wegrichtung und über die, auf dem gewünschten Weg zu verwirklichenden Fortschritte beitragen, wenn sie, anstatt mit leeren Protesten gegen recht nebelhafte Endziele von ein paar Scharfmachern wild um sich zu schlagen, die Friedensströmungen so nimmt, wie sie tatsächlich ganz überwiegend sind, und wenn sie diese realen Strömungen in ihrem Sinn mit zu beeinflussen sucht: mit klarer Ablehnung des bloßen Rückfalls in die alten unerträglichen Verhältnisse, nach all den ungeheuren Opfern an Gut und Blut, und mit ebenso ruhiger Prüfung der vermittelnden Reformvorschläge, die sich mehr und mehr als festere politische Gedankengebilde aus der ersten Flut von verstiegenen Erwartungen und vergänglichen Einfällen herausheben.

## PAUL KAMPFMEYER · NATIONENKAMPF UND KLASSENFortschritt



**M**N seinen grünen Anfängen steckt der Marxismus tief in dem Feuerbachschen Humanismus. Ein stürmischer Enthusiasmus für allgemeines Menschentum, für die *Befreiung des Menschen* durchbraust die Köpfe und Herzen der Marx und Engels. Aber mit ihrer Vertiefung in die geschichtlich-wirtschaftliche Entwicklung Europas legen sie ihre Befreiungsziele nicht mehr in die blaue Ferne einer allge-

meinen Verbrüderung der Menschheit, sondern sie stellen ihre Emanzipationsarbeit in den Dienst der kämpfenden west- und mitteleuropäischen Klassen ihrer Zeit, und zwar der proletarischen Klassen. Nicht mehr die Befreiung des Menschen, sondern die Emanzipation des west- und mitteleuropäischen Proletariats ist ihr großes geschichtliches Kampfziel. Über den Humanismus Feuerbachs schreiten sie, wie Franz Mehring treffend bemerkt, zum Sozialismus vor, über den abstrakten zum historischen Menschen. Den Gedanken der Menschheitsverbrüderung lösen sie aus dem allgemeinen Phrasennebel los und enthüllen seinen realen Kern als einen geschichtlichen Prozeß der Vereinigung der proletarischen Klassen West- und Mitteleuropas. Das Kommunistische Manifest begeistert sich nicht etwa für die Verbrüderung aller Völker sondern schließt bezeichnenderweise mit dem Kampfesruf: »Proletarier aller Länder vereinigt euch!« Aber diese Proletarier aller Länder, an die sich die kühne revolutionäre Flugschrift wendet, sind im wesentlichen französische, deutsche und englische Arbeiter.

Das Kommunistische Manifest ist der Niederschlag einer Zeit, in der der verelendete Proletarier (und der typische Proletarier war damals der degenerierte Arbeiter Englands, des kapitalistischen Mutterlands) völlig aus der nationalen und kulturellen Gemeinschaft herausfällt. In dieser Zeit konnten Engels und Disraeli zugleich das Wort von den »zwei Nationen« im englischen Volk prägen, von denen jede eine besondere Sprache spricht, und deren geistige und sittliche Welten völlig auseinanderklaffen. Auf das englische Proletariat der vierziger Jahre schien die agitatorische Wendung des Kommunistischen Manifests gestimmt zu sein:

»Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.«

Aber im gleichen Atemzug, in dem Marx und Engels die Vaterlandslosigkeit des Proletariats verkünden, erörtern sie die nationalen Aufgaben dieses Proletariats. Sie führen nämlich aus:

»Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie. Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse. Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen. Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung.«

Der klare, in die Tiefe gehende Blick eines Marx erfaßte scharf die noch bestehenden Gegensätze der Völker, und erst in der Zukunft, unter der politischen Herrschaft des Proletariats, sah er mit der Beseitigung der Klassen im Innern die äußeren Gegensätze der Nationen aufgehoben. Marx rechnete gar kühl mit diesen harten nationalen Differenzen in seiner revolutionären Theorie und Praxis. Marx und Engels charakterisieren in ihren Schriften stets präzise die tiefgehenden Unterschiede der nationalen europäischen Gesellschaftsklassen, namentlich die verschiedenen nationalen Kulturstufen des Proletariats. Nach Marx sind die »sogenannten notwendigen Bedürfnisse« der Arbeiter ein »historisches Produkt«, und diese Bedürfnisse hängen »größenteils von der Kulturstufe eines Landes, unter anderem wesentlich davon ab, unter welchen Gewohnheiten und Lebensansprüchen die Klasse der freien Arbeiter sich gebildet hat«. Selbst in dem

großen Völkerverbrüderungsversuch des Jahres 1848 verschwammen in dem Kopf Karl Marx' nicht die Gegensätze in der materiellen und geistigen Kultur der einzelnen Völker Europas, und daher antwortete er seinem leidenschaftlichen Widersacher Michael Bakunin, der im stürmischen Freiheitsdrang alle »künstlichen, von Despotenkongressen nach sogenannten historischen, geographischen, kommerziellen und strategischen Notwendigkeiten gewaltsam aufgerichteten« Schranken niederreißen wollte, kühl und überlegen:

»Von den in der Wirklichkeit bestehenden Hindernissen einer solchen allgemeinen Befreiung, von den so durchaus verschiedenen Zivilisationsstufen und den dadurch bedingten ebenso verschiedenen politischen Bedürfnissen der einzelnen Völker ist keine Rede. Das Wort Freiheit ersetzt das alles. . . Nur ein Wort über die »allgemeine Völkerverbrüderung« und Ziehung von »Grenzen, welche der souveräne Wille der Völker selbst auf Grund ihrer nationalen Eigenheiten vorzeichnet«. Die Vereinigten Staaten und Mexiko sind zwei Republiken; in beiden ist das Volk souverän. Wie kommt es, daß zwischen diesen beiden Republiken, die der moralischen Theorie gemäß »verbrüdert« und »föderiert« sein müßten, wegen Texas ein Krieg ausbrach, daß der »souveräne Wille« des amerikanischen Volks, gestützt auf die Tapferkeit der amerikanischen Freiwilligen, die von der Natur gezogenen Grenzen aus »geographischen, kommerziellen und strategischen Notwendigkeiten« um einige hundert Meilen weiter südlich verlegte? Und wird Bakunin den Amerikanern einen »Eroberungskrieg« zum Vorwurf machen, der zwar seiner auf die »Gerechtigkeit und Menschlichkeit« gestützten Theorie einen argen Stoß gibt, der aber doch einzig und allein im Interesse der Zivilisation geführt wurde? Oder ist es etwa ein Unglück, daß das herrliche Kalifornien den faulen Mexikanern entrissen ist, die nichts damit zu machen wußten? Daß die energischen Yankees durch die rasche Ausbeutung der dortigen Goldminen die Zirkulationsmittel vermehren, an der gelegentsten Küste des Stillen Meeres in wenig Jahren eine dichte Bevölkerung und einen ausgedehnten Handel konzentrieren, große Städte schaffen, Dampfschiffsverbindungen eröffnen, eine Eisenbahn von New York bis San Francisco anlegen, den Stillen Ozean erst eigentlich der Zivilisation eröffnen und zum drittenmal in der Geschichte dem Welthandel eine neue Richtung geben werden? Die »Unabhängigkeit« einiger spanischen Kalifornier und Texaner mag darunter leiden, die »Gerechtigkeit« und andere moralische Grundsätze mögen hie und da verletzt sein; aber was gilt das gegen solche weltgeschichtlichen Tatsachen? Wir bemerken übrigens, daß diese Theorie der allgemeinen Völkerverbrüderung, die ohne Rücksicht auf die historische Stellung, auf die gesellschaftliche Entwicklungsstufe der einzelnen Völker weiter nichts will als verbrüdern ins Blaue hinein, von den Redakteuren der Neuen Rheinischen Zeitung schon lange vor der Revolution bekämpft worden ist, und zwar damals gegen ihre besten Freunde, die englischen und französischen Demokraten.«<sup>1)</sup>

Unter dem gewaltigen Eindruck der Nationalitätskämpfe des Jahres 1848 entwickelt Karl Marx gar die eigenartige Theorie der »lebensfähigen« und »nicht lebensfähigen« Völker. Den Anspruch auf Lebensfähigkeit und Selbständigkeit spricht er zum Beispiel den Völkern ab, »die nie eine eigene Geschichte gehabt haben, die von dem Augenblicke an, wo sie die erste, rohste Zivilisationsstufe ersteigen, schon unter fremde Botmäßigkeit kommen oder die erst durch ein fremdes Joch in die erste Stufe der Zivilisation hineingezwungen werden«. Für uns ist diese Marxsche Theorie, an die hier gar nicht mit kritischer Sonde herangetreten werden soll, nur ein Beweis für die eigenartige Marxsche Wertung nationalkultureller Differenzen im Völkerleben.

Die scharfe Unterscheidung der Kulturstufen, auf denen die einzelnen Nationen stehen, bewahrte 1848 Marx und Engels vor den »Hirngespinnsten von europäischer Republik, ewigem Frieden unter der politischen Organisation«.

<sup>1)</sup> Siehe Marx und Engels Gesammelte Schriften 1841 bis 1850, 3. Band /Stuttgart 1902/, pag. 248 ff.

»Fraternisieren« können nach Engels nur die Proletarier aller Länder, weil sie in allen Ländern ein und das selbe Interesse, einen und den selben Feind und einen und den selben Kampf vor sich haben. Die Bourgeoisie hat »in jedem Lande ihre Spezialinteressen und kann, da ihr das Interesse das Höchste ist, nie über die Nationalität hinauskommen«. Hart stoßen die Interessen der bürgerlichen Klassen der einzelnen Länder zusammen. Und der Klassenkampf im Innern setzt sich nach außen in den Kampf der Nationalitäten fort. Marx stellt den Klassenkampf im Innern in die denkbar engste Beziehung zu den äußeren nationalen Konflikten. Der Klassenkampf wirkt machtvoll gestaltend und formend auf den Nationalitätenstreit ein. Die aufstrebende gegen die Feudalklasse kämpfende Bourgeoisie sucht im Interesse ihres Sieges nach immer neuen wirtschaftlichen Machtmitteln, nach immer ausgedehnteren Reichtumsquellen. Und dieses in ihrem Klasseninteresse wurzelnde Streben nach größeren wirtschaftlichen Eroberungen stürzt sie in erbitterte Handels- und Kolonialkriege mit anderen Nationen, und so erzeugt der innere Klassenkonflikt die heftigsten äußeren Konflikte.

Der Nationalitätenkampf ist daher nach Marx oft nur eine Seite des großen weltbewegenden Klassenkampfes. Die ganze Marxsche Theorie rebelliert grundsätzlich gegen die utopistische Vorstellung, daß die praktische Vernunft heute bereits in einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft eine allbeglückende Herrschaft aufrichten könne. Nach der Marxschen Theorie spielt in einer Klassengesellschaft noch das unbewußte Moment eine ausschlaggebende Rolle, und die elementaren Gegensätze der Klassen toben sich in großen Katastrophen aus. Und angesichts der Ohnmacht der gestaltenden Vernunft ist nach Marx der Krieg noch eine Notwendigkeit. Doch ist er nicht nur ein notwendiger Faktor, mit dem man sich wohl oder übel abfinden muß, er ist unter Umständen auch ein fördernder, die gesellschaftliche Entwicklung beschleunigender Faktor. Schon der Krieg der energischen Yankees gegen die »faulen Mexikaner« wird von Marx als ein großes ökonomisch umwälzendes Ereignis gefeiert, das der Zivilisation, dem Welthandel ganz neue Bahnen öffnet. Im Jahr 1848 predigt Marx dann den Krieg gegen Rußland als einen nationalen Befreiungskrieg, der Deutschland vom Druck des Zarismus erlöst und eint und zugleich ein freies Polen schafft. Die deutsche Einheit ist aber für Marx eine notwendige Vorbedingung für die Befreiung des Proletariats, die sich ja nach dem Kommunistischen Manifest zuerst im nationalen Rahmen vollziehen muß. Aus dem »Krieg gegen den Osten« kann erst ein einiges und freies Deutschland hervorgehen, das die inneren Klassenkämpfe frei ausreifen läßt und zugleich die äußeren Bedingungen für die Durchführung großer sozialer Aufgaben zutage fördert. In diesem Sinn schrieb Marx 1848 in der Neuen Rheinischen Zeitung:

»Die deutsche Einheit wie die deutsche Verfassung können nur als Resultat aus einer Bewegung hervorgehen, worin ebenso sehr die inneren Konflikte als der Krieg mit dem Osten zur Entscheidung treiben werden. Die definitive Konstituierung . . . fällt zusammen mit der Bewegung, die wir zu durchlaufen haben. Es handelt sich daher auch nicht um die Verwirklichung dieser oder jener Meinung, dieser oder jener politischen Idee; es handelt sich um die Einsicht in den Gang der Entwicklung. Die Nationalversammlung hat nur die zunächst praktisch möglichen Schritte zu tun. . . Deutschland verfiel in ein verbürgerlichtes Feudalwesen in dem selben Augenblick, wo sich die großen Monarchien im Westen bildeten, aber es wurde auch von dem Weltmarkt ausgeschlossen, in dem selben Augenblick, wo dieser sich dem westlichen Europa eröffnete. Es verarmte, während sie sich bereicherten. Es verbauerte, während sie großstädtisch wurden. Klopfte nicht Rußland an die Pforten

Deutschlands an, die nationalökonomischen Verhältnisse allein würden es zur straffesten Zentralisation zwingen. Selbst nur vom bürgerlichen Standpunkt betrachtet, ist die widerspruchslose Einheit Deutschlands die erste Bedingung, um es aus der bisherigen Misere zu erretten und den Nationalreichtum zu erschaffen. Und wie nun gar die modernen sozialen Aufgaben lösen auf einem in 39 Ländchen zersplitterten Terrain?<sup>2)</sup>

Mit seinem nationalen Programm verknüpfte Marx aber organisch sein internationales soziales Befreiungsziel. Und hier wieder ist der Krieg (es ist ein Weltkrieg) der Retter und Erlöser aus sozialer Knechtschaft. Die nationale und soziale Befreiung Europas erblüht nämlich nach Marx erst aus dem Sturz des kontrarevolutionären Englands. Er schreibt daher in der Neuen Rheinischen Zeitung:

»Der Sturz der Bourgeoisie in Frankreich, der Triumph der französischen Arbeiterklasse, die Emanzipation der Arbeiterklasse überhaupt, ist also das Lösungswort der europäischen Befreiung. Das Land aber, das ganze Nationen in seine Proletarier verwandelt, das mit seinen Riesenarmen die ganze Welt umspannt hält, das mit seinem Gelde schon einmal die Kosten der europäischen Restauration bestritten hat, in deren eigenem Schoße die Klassengegensätze sich zur ausgeprägtesten, schamlosesten Form fortgetrieben haben: England scheint der Fels, an dem die Revolutionswogen scheitern, das die neue Gesellschaft schon im Mutterschoße auszungeret. England beherrscht den Weltmarkt. Eine Umwälzung der nationalökonomischen Verhältnisse in jedem Lande des europäischen Kontinents, auf dem gesamten europäischen Kontinent ohne England, ist der Sturm in einem Glase Wasser. Die Verhältnisse der Industrie und des Handels innerhalb jeder Nation sind beherrscht durch ihren Verkehr mit anderen Nationen, sind bedingt durch ihr Verhältnis zum Weltmarkt. England aber beherrscht den Weltmarkt, und die Bourgeoisie beherrscht England. Die Befreiung Europas, sei es die Erhebung der unterdrückten Nationalitäten zur Unabhängigkeit, sei es der Sturz des feudalen Absolutismus, sind also bedingt durch die siegreiche Erhebung der französischen Arbeiterklasse. Aber jede französisch-soziale Umwälzung scheidert notwendig an der englischen Bourgeoisie, an der industriellen und kommerziellen Weltherrschaft Großbritanniens. Jede partielle soziale Reform in Frankreich und auf dem europäischen Kontinent überhaupt ist und bleibt, soweit sie definitiv sein soll, ein hohler frommer Wunsch. Und das alte England wird nur gestürzt durch einen Weltkrieg, der allein der Chartistenpartei, der organisierten englischen Arbeiterpartei, die Bedingungen zu einer erfolgreichen Erhebung gegen ihre riesenhaften Unterdrücker bieten kann. Die Chartisten an der Spitze der englischen Regierung: erst mit diesem Augenblick tritt die soziale Revolution aus dem Reich der Utopie in das Reich der Wirklichkeit. Jeder europäische Krieg aber, worin England verwickelt wird, ist ein Weltkrieg . . . Und der europäische Krieg ist die erste Folge der siegreichen Arbeiterrevolution in Frankreich.«<sup>3)</sup>

Wir brauchen hier nicht mit dieser, längst der Geschichte verfallenen, auf die Erhebung der französischen Arbeiterklasse gestellten Marxschen Kalkulation zu rechten, uns interessiert an diesem Gedankengang nur die befreiende, die unterdrückten Nationalitäten erlösende Rolle, die Marx dem Weltkrieg, der Vernichtung der Weltmachtsstellung Englands durch einen Krieg, zuerteilt. Dieser Krieg, aus inneren Klassengegensätzen elementar hervorbrechend, soll nicht nur die äußeren Verhältnisse der Nationen sondern auch die inneren Klassenverhältnisse umformen. Hier wirkt der äußere Konflikt, der Weltkrieg, als innerer Befreier. Aufs innigste verschlingen sich eben nach Marx Nationalitätenkampf und Klassenkampf. Der Nationalitätenkampf, durch den innern Klassenkampf hervorgerufen, schafft neue Bedingungen des Klassenfortschritts.

Mit der Organisation der Internationale tritt bei Marx und Engels die demo-

<sup>2)</sup> Siehe Marx und Engels, loc. cit., pag. 93 f.

<sup>3)</sup> Siehe Marx und Engels, loc. cit., pag. 231 f.



kratische Kriegspolitik des Jahres 1848 stark in den Hintergrund. Feuriger denn je entbrennen sie nun für die innere Vereinigung des Proletariats zur grundstürzenden Umwälzung der Weltwirtschaft im sozialistischen Sinn. Durch den internationalen Klassenkampf suchen sie gleichsam die nationalen Konflikte auszuschalten. Und diese Bestrebungen bewegen sich in der Linie früherer grundsätzlicher Betrachtungen: Der Klassenkampf im Innern der Nationen und ihre äußeren Kämpfe beeinflussen sich wechselseitig. Marx und Engels standen im Geist hinter der Friedenspolitik der Internationale in den Jahren 1866 und 1870; dennoch verkannten sie keinen Augenblick die Bedeutung äußerer Konflikte für die Gestaltung der inneren Konflikte, der fortschreitenden Klassenkämpfe der Nation. Die ganze Tragweite der Nationenkämpfe für die innere Politik würdigt Engels in seinen Briefen an Marx im Jahr 1866, als Bismarck seine »Revolution von oben« inszeniert und den Norddeutschen Bund ins Leben ruft. In der durch den Krieg geschaffenen Umwälzung des Jahres 1866 wertet er, obwohl in seinem Herzen Großdeutscher und Republikaner, einen Schritt nach vorwärts in der nationalen und sozialen Entwicklung Deutschlands. Er sieht die deutsche Kleinstaaterei »in die Bewegung hineingerissen« und die lokalen politischen Parteien durch nationale verdrängt. Am 25. Juli 1866 schreibt er an Marx: »Wir können also meiner Ansicht nach gar nichts anderes tun als das Faktum einfach akzeptieren, ohne es zu billigen, und die sich jetzt jedenfalls darbieten müssen den größeren Fazilitäten zur nationalen Organisation und Vereinigung des deutschen Proletariats benutzen, soweit wir können.«<sup>1)</sup>

Wieder wird hier der Marxsche Gedanke aus dem Jahr 1848 lebendig, daß die Einheit Deutschlands eine unerläßliche Bedingung für die Lösung moderner sozialer Aufgaben ist. Und im Jahr 1870, als die nationale Bewegung gewaltig brandete, meinte Engels unter starker Verurteilung des Liebknechtschen Obstruktionsstandpunkts:

»Den Antibismarckismus zum alleinleitenden Prinzip erheben wäre absurd. Erstens tut Bismarck jetzt, wie 1866, immer ein Stück von unserer Arbeit, in seiner Weise und ohne es zu wollen, aber er tut's doch. Er schafft uns reinern Bord als vorher. Und dann sind wir nicht mehr Anno 1815.«<sup>2)</sup>

Als später im Jahr 1891 das Gespenst des Weltkriegs drohend vor der Pforte Europas stand, da befürwortete Engels wohl lebhaft die proletarische Friedenspolitik, weil sie sicherer zum Triumph des Sozialismus führen würde als der Krieg, aber er schüttelte sich durchaus nicht bei dem Gedanken an den möglichen Hereinbruch dieses Krieges.

»Der Friede sichert den Sieg der deutschen sozialdemokratischen Partei in ungefähr 10 Jahren. Der Krieg bringt ihr entweder den Sieg in 2 bis 3 Jahren oder vollständigen Ruin, wenigstens auf 15 bis 20 Jahre.«<sup>3)</sup>

Der innere Klassenfortschritt erscheint bei Marx und Engels als ein grundstürzender Erneuerer der äußeren Beziehungen der Nationen zu einander. Im Sieg der arbeitenden Klasse, in der Aufhebung des Klassengegensatzes überhaupt, erblicken sie die Überwindung des Zwiespalts der Nation. »Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern«, heißt es im Kommunistischen Manifest, »fällt die feindliche Stellung der Nationen gegen einander.« Also erst mit der Beseitigung des Klassengegensatzes erstirbt nach Marx und Engels der Nationenstreit.

Die Engelssche Weissagung von dem friedlichen Sieg des Sozialismus in 10

<sup>1)</sup> Siehe den Marx-Engelsschen Briefwechsel 1844 bis 1883, 3. Band (Stuttgart 1913), pag. 337.

<sup>2)</sup> Siehe Marx und Engels, loc. cit., 4. Band, pag. 319 f.

<sup>3)</sup> Siehe Engels Der Sozialismus in Deutschland, in der Neuen Zeit, 1891-1892, 1. Band, pag. 586.

Jahren ist nicht eingetroffen. Aber diese Prophezeiung ist ja für unsere Betrachtung hier durchaus belanglos. Einzig und allein interessiert uns hier der Gedanke wieder: Der Krieg kann unter Umständen ein gewaltiger Umgestalter der inneren Verhältnisse eines Landes sein, ein gigantischer Förderer des innern Fortschritts, des Werdeprozesses einer neuen Gesellschaft.

## THEODOR LEIPART · DIE GEMEINSAMEN INTERESSEN DER ARBEITER UND DER INDUSTRIE



BER viele Gegner der Arbeiterbewegung ist es nach eigener Aussage wie eine Offenbarung gekommen, als sie die Haltung der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften nach Ausbruch und während des Krieges sahen. Das gilt nicht nur für die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag sondern ebenso für die Stellung der Gewerkschaften zu den wirtschaftlichen Aufgaben der Kriegszeit. An überschwenglichen Worten hat es denn auch nicht gefehlt, und das Lob der Arbeiter ist in hohen Tönen erklingen. Sicherlich haben die meisten Lobredner ihren Empfindungen einen aufrichtigen und ehrlichen Ausdruck gegeben. Es hatte bei ihnen erst der großen Gefühlserregung, die der Ausbruch des Krieges brachte, bedurft, um die Jahrzehnte alten Vorurteile und die eingefressene Voreingenommenheit gegen die Arbeiterbewegung niederzudämpfen. Vielen sind auf diese Weise tatsächlich jetzt die Augen aufgegangen. Mit denen, die vielleicht nur gezwungen in das Lob mit einstimmten, wollen wir des Burgfriedens wegen uns jetzt nicht beschäftigen.

Oft und viel ist, wie gesagt, in diesen Kriegsmonaten auch das Lob der Gewerkschaften gesungen worden. Man rechnet es ihnen als Verdienst an, daß sie sofort nach Ausbruch des Krieges alle Streitigkeiten mit den Arbeitgebern beigelegt haben. Man erkennt ihre großen Leistungen auf dem Gebiet der Arbeitslosenfürsorge an und hebt rühmend hervor, wie sie durch positives Handeln mithelfen, daß Deutschland auch auf wirtschaftlichem Gebiet den schweren Kampf siegreich durchführen kann. Es sind der Stimmen gar viele, die sich so geäußert haben, und viele sehr bekannte darunter, selbst aus dem Lager der extremsten Gegner. So viele, daß Zitate hier überflüssig sind. Wenn Gegner uns loben, so erweckt das gewöhnlich ein peinliches Gefühl in unseren Reihen. Im vorliegenden Fall braucht uns aber ein solches Gefühl nicht zu stören. Warum sollen wir es nicht gern hören, wenn die Wahrheit über unsere Bestrebungen endlich erkannt wird? Was darauf für die spätere Zukunft zu geben ist, das ist natürlich eine Frage für sich. Vorläufig kann es uns genügen die Tatsache festzustellen, daß aus dem Mund derer, die in der offenen und versteckten Bekämpfung der Gewerkschaften sich nie genug tun konnten, jetzt Urteile über deren Notwendigkeit und Nutzen vor aller Welt ausgesprochen worden sind, die bestehen bleiben werden.

Fragen wir uns nun, durch welche Handlung oder Unterlassung die Gewerkschaften dazu beigetragen haben diesen Umschwung der Meinungen herbeizuführen. In erster Linie kommt hierfür natürlich die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in Betracht, um so mehr als ja in der Regel kein Unterschied zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie gemacht worden ist. In Wirklichkeit trifft

aber das Verdienst an dieser im Reichstag offenbarten Einigkeit des deutschen Volkes nicht die Gewerkschaften und muß deswegen hier ausscheiden. Daß die Gewerkschaften bei Ausbruch des Krieges alle Streiks aufgehoben haben, ist richtig. Sie haben damit jedoch keineswegs darauf verzichtet auch während des Krieges regulierend und vermittelnd bei Lohnstreitigkeiten einzugreifen; manche Lohnbewegung ist auch in dieser Zeit von den Gewerkschaften geführt worden, und vor allen Dingen haben sie in zahllosen Fällen Verschlechterungen der vor dem Krieg errungenen Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren verstanden. Daß die meisten Lohnbewegungen auch schon vor dem Krieg ohne Arbeitseinstellung durchgeführt worden sind, ist bekannt. Ebenso hat sich die Arbeitslosenfürsorge der Gewerkschaften, abgesehen von ihrer größern Ausdehnung, durchaus in der gleichen Richtung wie vor dem Krieg bewegt.

Bleibt noch das Zusammengehen mit den Unternehmerorganisationen in den Kriegsarbeitersgemeinschaften, wodurch die Gewerkschaften angeblich zum erstenmal anerkannt haben sollen, daß die Arbeiter wichtige gemeinsame Interessen mit den Arbeitgebern haben. Und oft haben wir seitdem den Wunsch äußern hören, daß diese neue Erkenntnis bei den Arbeitern auch über den Krieg hinaus fort dauern möge. Auch auf der kürzlich abgehaltenen Hauptversammlung des Arbeitgeberbunds für das Baugewerbe ist dieser Wunsch ausgesprochen worden. Ja, die Organe der gelben Gewerkschaften feiern es sogar als ein wertvolles Zugeständnis an die Grundsätze ihrer bewährten Organisation, daß unsere Gewerkschaften sich mit dem Unternehmertum zu Interessengemeinschaften während der Kriegsdauer zusammengeschlossen haben.

Es scheint daher richtig zu sein, was auch der Staatssekretär Dr. Delbrück im Reichstag ausgeführt hat: daß man hüben wie drüben sich jetzt über vieles besser belehrt hat als bisher. Auch sonst spricht man ja recht viel vom Umlernen in dieser Zeit. Ganz mit Recht, denn die Zeit ist noch immer die beste Lehrmeisterin gewesen. Selbstverständlich werden auch die Gewerkschaften und die Arbeiter im allgemeinen aus den Erfahrungen und den mancherlei Veränderungen, die dieser gewaltige Weltkrieg herbeiführt, manches zulernen müssen. Das haben wir schon immer als unsere Pflicht angesehen und unsern Stolz darin gesucht nicht konservativ sondern fortschrittlich zu sein. Selbst also wenn wir umlernen müßten, wäre das nichts Neues. Wir haben zum Beispiel früher einmal den prinzipiellen Standpunkt vertreten, die Unterstützung der Arbeitslosen sei lediglich Aufgabe des Staates, die Gewerkschaften aber würden durch das Kassengepäck zur Versumpfung geführt. Ebenso haben wir, um noch ein anderes Beispiel zu nennen, zum großen Teil auch die Tarifverträge abgelehnt und die Buchdrucker wegen ihrer langfristigen Tariffdauer verfeimt. Auf diesen und manchen anderen Gebieten haben wir teilweise recht gründlich umgelernt, haben Irrtümer abgestreift, je mehr wir durch die Entwicklung der Dinge und durch die praktische Tätigkeit zur Klarheit gekommen sind. Aber was die gemeinsamen Interessen zwischen Unternehmern und Arbeitern anlangt, so ist ein Umlernen auf unserer Seite nicht nötig. Hier genügt vielmehr ein besseres Verstehen der gewerkschaftlichen Forderungen und Ziele, die schon immer neben der energischen Vertretung der Arbeiterinteressen zugleich auch auf das Interesse der deutschen Industrie und der deutschen

Volkswirtschaft gerichtet gewesen sind. Dieses bessere Verstehen vielleicht noch etwas zu erleichtern soll der Zweck der folgenden Ausführungen sein.

Die Gewerkschaften sind allerdings in erster Linie ein Teil der großen Klassenbewegung der Arbeiter und für diese wirksam. In der heutigen Gesellschaft, in der die Klassenscheidung größer ist als in jeder frühern Zeitperiode, bilden die Arbeiter eine Klasse für sich, obwohl ihre Abgrenzung immer schwieriger geworden ist. Das Erstarken der Angestelltenbewegung zum Beispiel und die Gleichartigkeit oder Ähnlichkeit ihrer Forderungen mit denen der Arbeiter zeigen gewisse Berührungspunkte mit Angehörigen solcher Kreise, die selbst bei weitester Auslegung des Begriffs nicht mehr als zur Arbeiterklasse gehörig angesehen werden können.

Natürlich haben wir als Arbeiter uns zu allererst für unsere Klasseninteressen einzusetzen, wie es die Angehörigen aller anderen Klassen auch tun. Also ist unsere Bewegung eine Klassenbewegung, unsere Forderungen sind Klassenforderungen, unser Kampf zur Erreichung unserer Ziele ist der Klassenkampf der Arbeiter. Wie man ebenso auch die Bestrebungen der Agrarier eine Klassenbewegung und einen Klassenkampf nennen könnte; womit natürlich nur der Name, nicht auch der Inhalt der verschiedenartigen Klassenbestrebungen in Vergleich gestellt sein soll. Da unsere Forderungen bisher in der Regel von allen anderen Klassen abgelehnt und bekämpft worden sind, höchstens mit einem Unterschied in der Art der Bekämpfung und in der Begründung für die Ablehnung, so konnte es auch nicht ausbleiben, daß wir alle gleichermaßen als unsere Gegner einschätzen und behandeln mußten. Aber ein großer Irrtum ist es gewesen anzunehmen, die Arbeiter hätten sich mit Absicht isolieren wollen. Es ist nicht die Schuld der Arbeiter, wenn sie tatsächlich immer mehr in eine weitgehende Exklusivität hineingetrieben worden sind, so daß es den Anschein hatte, als ständen sie außerhalb der Nation. Das Heimatgefühl und die Heimatliebe ist bei den Arbeitern stets mindestens in dem gleichen Maß vorhanden gewesen wie in den anderen Klassen. Aber der persönliche Egoismus ist in der Arbeiterklasse stets bekämpft worden, als Demokraten aus Prinzip haben wir von jeher das Wohl der Gesamtheit über die Interessen des einzelnen gestellt.

Damit komme ich auf die Frage der gemeinsamen Interessen zurück. Wie hätten wir dazu kommen dürfen den Grundsatz der Demokratie, daß das Allgemeinwohl voranzustellen ist, nur innerhalb unserer eigenen Klasse gelten zu lassen? Was für den einzelnen in seiner Klasse gilt, muß auch für die Klassen unter einander gelten. Als Demokraten vertreten wir also die Ansicht, daß das Wohl des Ganzen über den Interessen der einzelnen Klassen steht. Keine Klasse kann beanspruchen, natürlich auch nicht die Arbeiterklasse, daß das Allgemeinwohl ihr gegenüber zurückgestellt und vernachlässigt wird. Der Staat, als die Gesamtheit eines Volkes angesehen, muß das Staatsinteresse, das heißt also das Volksinteresse den Klasseninteressen und dem Wohl des einzelnen voranstellen. Über der Wahrnehmung der Staatsinteressen soll freilich das allgemeine Menschheitsinteresse auch nicht vergessen werden. Aus diesem Grunde sind wir nicht nur national sondern zugleich auch international gesinnt. Wir lieben unser Land und unser Volk und achten und schätzen auch die anderen Völker, in deren Gemeinschaft wir in dauerndem Frieden und in gegenseitiger Harmonie die allgemeinen Menschheitsinteressen pflegen und fördern möchten.

Es fragt sich jetzt nur, wann die Wahrung der Klasseninteressen gegen das Interesse der Gesamtheit verstößt. Die Frage ist die gleiche als wenn wir das Interesse des einzelnen mit dem seiner Klasse vergleichen. In diesem Punkt hat man uns stets die bittersten Vorwürfe gemacht, daß wir das Persönlichkeitsgefühl im Arbeiter unterdrückt, all unser Denken und Handeln nur vom Klasseninteresse, vom Organisationsinteresse hätten leiten lassen. Daß nicht auch einmal hier und da der Bogen tatsächlich etwas überspannt worden wäre, die Eigenschaft unserer verhältnismäßig jungen Bewegung als Kampfpartei, die auf eine straffe Disziplin aller Mitkämpfer angewiesen ist, dazu geführt hätte das persönliche Interesse des einzelnen zu gering zu achten, warum sollten wir es leugnen? Aber niemals ist es berechtigt gewesen solche Einzelercheinungen zu verallgemeinern, wie es immer von übelwollenden Gegnern geschehen ist. Die Schlüsse, die man daraus gezogen hat, sind grundfalsch. Die Kraft unserer Bewegung beruht wohl in der Stärke unserer Organisationen, aber diese würden bald wieder zerfallen, wenn ihre Mitglieder wirklich nur die Herdentiere wären, zu denen die Führer sie nach der Behauptung der Gegner erzogen haben sollen. Kartenhäusern gleich würden die Gewerkschaften von dem ersten Sturm, der über sie hinbraust, zerstört werden, wenn jene Meinung wirklich zutreffend wäre. Aber sie ist, wie schon gesagt, grundfalsch. Statt das Persönlichkeitsgefühl zu töten, hat unsere Arbeiterbewegung im Gegenteil bei der großen Masse der Arbeiter es erst wecken müssen. Achtet eure eigene Persönlichkeit, schafft euch Selbstbewußtsein an, fordert euer Recht! So sind wir stets zu allererst an die Unorganisierten und Indifferenten herangetreten. Darin bestand ja gerade der Vorwurf, den uns die Unternehmer machten: daß wir die Unzufriedenheit genährt, das heißt in Wahrheit diejenigen kulturellen Bedürfnisse bei den Arbeitern geweckt haben, deren Befriedigung die Vorbedingung ist, um ein Volk von körperlich und geistig gesunden, von starkem Persönlichkeitsgefühl erfüllten Männern erstehen zu lassen.

Aber wir haben die Arbeiter nicht nur unzufrieden in diesem Sinn gemacht sondern unser Mühen mit Erfolg darauf gerichtet ihnen die Erfüllung der von uns geweckten höheren Bedürfnisse auch tatsächlich zu ermöglichen. Die fortgesetzte Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne, die die Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten erkämpft haben, dienen doch in erster Linie dem Interesse des einzelnen und nur mittelbar zugleich auch dem Klasseninteresse. Die vermehrte Zahl der Freistunden kommt ebenso wie das gesteigerte Lohn Einkommen unmittelbar dem Arbeiter und seiner Familie zugute. Der einzelne soll auch gerade den Vorteil davon haben, denn die Bestrebungen der Klasse sind von der Teilnahme und dem Interesse jedes einzelnen ihrer Angehörigen abhängig. Ein starkausgeprägtes Selbstbewußtsein, die Erkennung der eigenen Interessen ist also absolut nötig.

Damit habe ich zwar nochmals in der Hauptsache von dem einseitigen Interesse der Arbeiter gesprochen. Aber hat die Erfahrung nicht deutlich genug gezeigt, wie sehr die seitherigen Erfolge der Gewerkschaften auch zum Nutzen des ganzen Volkes, zur Verteidigung des Landes und zur Aufrechterhaltung der Volkswirtschaft während des Krieges beigetragen haben? Indem wir mit allem Opfermut und aller Energie die Arbeiterinteressen vertreten, indem wir kürzere Arbeitszeit und höhern Lohn erkämpft haben,



## PAUL WESTHEIM · DIE PFLICHT DER INTELLEKTUELLEN

**E**INES derjenigen Mittel unserer Feinde, die uns mit Recht angewidert haben, war die in die weite Welt geschleuderte Behauptung, man kämpfe nur gegen das militaristische Deutschland; das Deutschland der Dichter und Denker, der Goethe, Kant und Beethoven aus den Fängen dieses Militarismus zu befreien sei das Ziel der gegen uns gerichteten Koalition. Gegen diese vorgebliche Zweiheit der Nation hat sich bei uns das Volk aufs heftigste verwahrt. Mit tausend Zungen, denen man die Reichweite der stärksten Telefunken zu geben wünschte, ist es in die Welt hinaus geschrien worden, daß es für diesen Krieg nur ein einziges Deutschland gebe, daß der *Potsdamer Geist*, den man auszurotten wünsche, dieser Geist Friedrichs des Großen, diese Mischung des Soldatischen und Musischen, eben der deutsche Geist sei. In unseren Soldaten, die, die Bibel, den Faust und den Zarathustra im Tornister, in den Kampf ziehen, sei eben das lebendig, was in Goethe und Beethoven zum Ausdruck gekommen ist.

Das ist die Wahrheit und unser aller Meinung. Aber, das muß einmal ausgesprochen werden, die ersten Kriegsmonate haben auch einzelne Erscheinungen anderer Art gezeitigt. Entgleisungen, Mißgriffe, selbst Roheiten der Gesinnung, die aber nicht von dem deutschen Militarismus begangen worden sind. Er (und das wird eine fernere Zeit noch mehr anerkennen als die durch so viele Vorurteile verwirrte Gegenwart) hat sich in seiner Kriegführung, wenn sich das überhaupt sagen läßt, human, human im Sinn Goethes, erwiesen. Es wird wohl einmal die Zeit gekommen sein, wo die Welt, soweit sie überhaupt einer unbefangenen Betrachtung der Dinge fähig ist, einsehen wird, daß alles, was man an Marodeurgesinnung dem deutschen Soldaten angedichtet hat, eben nur Dichtung und Verleumdung gewesen ist. Als soldatische Tugend hat sich da eine Sachlichkeit, eine Klarheit des Handelns, eine Großzügigkeit der Denkweise herausgestellt, von der aus es an Fäden zu dem Dichter des Götz gewiß nicht fehlt. Aber, um gleich mit Goethe selbst zu sprechen, »niemand ist lästiger, als ein täppischer Mensch vom Zivilstande. Von ihm könnte man die Feinheit fordern, da er sich mit nichts Rohem zu beschäftigen hat.« Eine Reihe unserer Intellektuellen hat es in dem, was sie geschrieben oder gesprochen haben, zuweilen an dieser Feinheit des Geistes fehlen lassen. Sie sind, nicht nur den Feinden gegenüber, gelegentlich von einer Roheit gewesen, die im krasssten Widerspruch steht zu dem Verhalten unserer Soldaten, für die dieser Krieg alles andere denn eine Ausschaltung einer vernünftigen und gerechten Denkweise gewesen ist und die mit einem hohen Sinn für Menschlichkeit ihre Waffen geführt haben.

Gewiß, es ist für jeden, der sich noch Manns genug fühlt eine Waffe zu tragen, eine mißliche Lage zu Hause sitzen zu müssen, während die anderen für die gemeinsame Sache ihr Blut verspritzen. Es ist auch verständlich, daß es in solcher Lage für empfindsame Naturen eine Qual ist an eine Arbeit geschmiedet zu sein, die im Augenblick als nicht dringlich erscheint. Und es ist begreiflich, daß jeder den Drang in sich verspürt auf seine Weise dem Vaterland zu helfen. Dieser Stimmung und dieser gewiß löblichen Gesinnung ist manches Wort zugute zu halten, das in der ersten Erregung

der Mobilmachungstage gefallen ist. Aber, wie sich herausstellte, daß wir diesen Krieg zum guten Ende nur führen können, wenn kein Teil der Bevölkerung es an Besonnenheit fehlen läßt, so muß es als eine Pflicht erkannt werden, daß diejenigen, die als Wortführer vor das Volk hintreten zu können vermeinen, sich innerlich von all den Psychosen und Neurosen frei gemacht haben, die in solcher Zeit wuchern.

Auch das Wort ist eine Tat, deren Folgen sich nicht absehen lassen. Ein törichtes, unvorsichtiges, überhebliches Wort, mit Druckerschwärze in die Welt gespritzt, prallt nicht nur auf den Schützen zurück, der Nation als Ganzes wird es auf die kulturelle Rechnung gesetzt. Es heißt nicht, ein Herr Haeckel, ein Herr Lasson, ein Herr Thomas Mann haben sich die und die Entgleisungen geleistet, sondern deutsche Gelehrte und Schriftsteller schreiben so bedrohliche, so großsprecherische, so aller Sachlichkeit bare Briefe und Artikel. Wenn uns die ganze Welt da draußen auch ganz gleichgültig wäre: wir dürften öde Schimpfereien und hohle Selbstgefälligkeit nicht dulden. Aus Selbstachtung. Ein Gefühl für nationale Würde muß es uns verbieten in einen Spektakelton zu verfallen, wie sehr derartiges Geschrei auch aus den Lagern unserer Feinde uns entgegenschallen möge. Wenn durch diesen Krieg auf dem ganzen Erdball die Vernunft verloren würde, wir dürfen sie nicht aufgeben, weil wir die Erben unserer Kultur sind und uns zu fühlen haben als Bewahrer von geistigen Werten, die die Nation geschaffen hat. Der Deutsche, der jetzt durch törichtes Geben diesen Besitzstand bedroht, ist ein Schädling des Allgemeinen.

Eine besonders fatale Erscheinung waren einige Professoren, die, uneingedenk der Pflicht zur Gründlichkeit, die ihnen ihr Amt auferlegt, und noch obendrein mit dem ganzen Dünkel einer prätendierten Unfehlbarkeit, als selbsterkorene Emissäre Deutschlands bei den Neutralen, ohne Kenntnis der Dinge und ohne Gefühl für ihre Wirkung, in ein ihnen fremdes Gebiet hineintappten und sich dort bewegten wie die Kuh im Porzellanladen. Zum Schutz vor diesen gefährlichen Beschützern des Deutschtums hat die Deutsche Tageszeitung mit Recht ein »Ausfuhrverbot für Professoren« verlangt. Solche Taktlosigkeiten konnten vermieden werden, wenn auch unsere Koryphäen und unsere Intellektuellen überhaupt die Pflicht zur Sachlichkeit stärker empfänden und sich nur in den Dingen betätigen wollten, in denen sie wirklich sachverständig sind. Aus Mangel an Betätigungsmöglichkeiten brauchen sie wahrhaftig nicht in Dinge hineinzupfuschen, für die ihnen der Überblick fehlt. Ein Krieg wie dieser wirft auf allen Gebieten des Geisteslebens eine Unmenge Fragen auf, die das Volk von seinen Führern beantwortet haben möchte. Es sind nicht nur die politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen oder verkehrstechnischen Beziehungen zu den Nachbarnationen abgebrochen, auch die wissenschaftlichen und künstlerischen Fäden sind auf einmal gerissen, und Fragen mannigfaltigster Art, Fragen nach dem persönlichen Verhalten zu Hunderten von Erscheinungen tauchen auf, die der einzelne nicht für sich allein sondern in Übereinstimmung mit seinen Volksgenossen beantworten möchte. Da ist es Pflicht derer, die des Wortes mächtig sind, den überhitzten Gemütern, die alles, was gestern war, verleugnen und wegwerfen möchten, den rechten Weg zu weisen, sie zu Besonnenheit und Würde anzuhalten.

Als eine Sinnesverwirrung haben wir es empfunden, als vor ein paar Jahren



ein Grüppchen französischer Mediziner den Wert des Ehrlich'schen Salvarsans herabzusetzen suchte, aus dem Grunde nur, weil es die Leistung eines deutschen Gelehrten war. Aber ist es wirklich so sehr viel klüger, wenn deutsche Gelehrte aus der Erregtheit des Augenblicks heraus erklärten, daß es von nun an mit jeder Beziehung und jeder Würdigung der in nicht-deutschen Ländern getriebenen Wissenschaft aus sein müsse? Wird eine Aufforderung zur Nichtbeachtung englischer physikalischer Forschung und Literatur, wie sie eine Anzahl unserer Physiker (unter denen wir zu unserer Freude die bedeutendsten Vertreter der Wissenschaft nicht finden) erließ, jemals zu den Dokumenten nationalen Stolzes gehören können? Mit Genugtuung ist festzustellen, daß die Zahl solcher protestierenden Professoren von Woche zu Woche abnimmt. Das Verlangen wissenschaftlicher Inzucht war ebenso sinnlos wie dem Geist deutscher Sachlichkeit widersprechend. Im Ernst kann ja niemand daran denken etwa die Übereinkommen, die die Wissenschaft in Sachen der Maßeinheiten, Untersuchungsmethoden oder Apparate zur Ermittlung derartiger Ergebnisse geschlossen hat, kurzer Hand brechen zu wollen, um so für die Zukunft alle vergleichenden Untersuchungen größern Stils unmöglich zu machen. Es hat im letzten Jahrhundert wohl keine große wissenschaftliche Leistung gegeben, die sich nicht auf Vorarbeiten zu stützen gehabt hätte, die diesseits wie jenseits der Landesgrenze gemacht worden sind, und das kann auch nach dem Krieg nicht anders sein. Jedenfalls werden die Völker, die sich eine Begrenzung des geistigen Horizonts auf die Landesgrenzen (Goethe nannte das gegenüber den Sprachreinigern, die nach 1813 in Deutschland schon ihren Sport betrieben, einen »Pestkordon«) gefallen lassen, nicht zu den geistig führenden gehören. Und daher werden unsere Gelehrten, davon können wir ruhig überzeugt sein, derlei Torheiten, auch wenn sie aus den eigenen Reihen heraus ihnen zugemutet werden, nicht begehen.

Nicht so leicht wird sich die Psychose legen, die sich aus dem Begriff fremdländische Kunst entwickelt hat. Ich sage Psychose, denn welches Wort wäre freundlicher Äußerungen gegenüber, wie sie, um nur ein Beispiel zu geben, in einer angesehenen Zeitschrift (die noch obendrein schon in ihrem Titel auf den internationalen Zusammenhang Wert legt) zu finden waren? »Die deutschen Musiker«, lasen wir da, »auf deren Rechnung dieser unnötige Import [von fremder Musik] fällt, haben damit deutsches Ansehen aufs Spiel gesetzt, sie haben es noch grundloser und unbesonnener getan als das von seiten des deutschen Theaters geschehen ist. Ihre Ausländerei hat mit auf den Ausbruch des Krieges hingetrieben. Es ist wenigstens mehr als bloße Vermutung, daß die langjährige Vergötterung des Halbbarbaren [!] Tschairowskij mitgeholfen hat den Größenwahn der Russen zum Platzen zu bringen. Das läßt sich aus russischen Zeitungen belegen.« Über die simple Auffassung des Weltgeschehens, die aus solchen Sätzen spricht, wird man hinwegsehen können. Ernster steht es um die Frage der Zukunft unserer Kunstbetätigung. Denn da, wenn es sich um die Kunst handelt, jeder, auch wer zu ihr in gar keiner innerlichen Beziehung steht, unbekümmert dreinredet, kann es nicht ausbleiben, daß selbst ruhig denkende Menschen Opfer einer heillosen Verwirrung werden. Mag man manches Ausländische bei uns vielfach überschätzt haben. Immerhin kam selbst solche Überschätzung nur aus der vortrefflichen deutschen Fähigkeit das Gute überall zu erkennen

und auch in fremder Form zu verstehen. Ganz unsinnig und eine Gefahr für das eigene Land wäre es, wollte man jetzt bei uns die Formel dulden: Fremde Kunst = wertlose, nichtsnutzige, nichtssagende Kunst. Leute, die so reden, reden ohne jede Kenntnis der Tatsachen und noch viel mehr ohne Gefühl für sehr hohe künstlerische Werte. Da hat Karl Hans Strobl in den ersten Kriegsmonaten an die deutschen Dichter, Verleger und Kritiker einen Aufruf erlassen: kein ausländisches Buch mehr zu übersetzen, zu verlegen oder zu besprechen. Vielleicht wird er mir jetzt wohl in aller Freundschaft zustimmen, wenn ich es für unerläßlicher halte, daß der Deutsche zuvor ein gut Teil von Dostojewskij und Tolstoj, von Balzac, Flaubert, Philippe und ähnlichen Weltgeistern gelesen habe, ehe er sich an einem Roman von Strobl oder von Otto Ernst ergötzt. Gegenüber Leuten, die ihm aus Engherzigkeit den geistigen Brotkorb höher hängen wollen, ist der weit mehr der Goethedeutsche, der seinen Stolz darein setzt alles, was in der Welt groß und schön und wahr ist, sich geistig anzueignen, um es im eigenen Land fruchtbar machen zu können. »Der Dichter«, das ist die Meinung des 83jährigen Goethe zu diesem Fall, »wird als Mensch und Bürger sein Vaterland lieben, aber das Vaterland seiner poetischen Kräfte und seines poetischen Wirkens ist das Gute, Edle und Schöne, das an keine besondere Provinz und an kein besonderes Land gebunden ist, und das er ergreift und bildet, wo er es findet. Er ist darin dem Adler gleich, der mit freiem Blick über Ländern schwebt, und dem es gleichviel ist, ob der Hase, auf den er hinabschießt, in Preußen oder in Sachsen läuft. Und was heißt denn sein Vaterland lieben, und was heißt denn patriotisch wirken? Wenn ein Dichter lebenslänglich bemüht war schädliche Vorurteile zu bekämpfen, engherzige Ansichten zu beseitigen, den Geist seines Volkes aufzuklären, dessen Geschmack zu reinigen und dessen Gesinnungs- und Denkweise zu veredeln, was soll er denn da Besseres tun? Und wie soll er denn da patriotischer wirken?« Goethe hat sich mit zornigen Worten gegen den »pedantischen Dünkel« verwahrt sich gegen den ausländischen Geist versperren zu wollen, sein Ideal war eine Weltliteratur, eine große Gemeinschaft im Geistigen, wie sie auch schon Herder erstrebte, der selbe Herder, der als erster den Deutschen ihre Volkslieder sammelte. Wie in ihm das eine sich mit dem andern vertrug, das eine erst durch das andere fruchtbar wurde, so war es der Überzeugung unserer Klassiker nach die Weltmission des deutschen Geistes das Heimische durch eine Verarbeitung alles Schönen und Erhabenen, was irgendwo in der Welt zutage gebracht worden ist, zu verklären und zu vertiefen. Auch Friedrich der Große hat mit den Franzosen im Kampf gestanden, und doch hat er keinen Augenblick daran gedacht an der französischen Sprache, an französischer Philosophie oder französischer Kunst sein Mütchen zu kühlen. Man weiß, mit welch verschwenderischer Gier er hinter den Bildern des Watteau her war. Ist es mit dieser Kunst, die uns bis zum August 1914 ein Entzücken war, nun nichts mehr? Soll der Kaiser diesen Besitz, um den ihn die ganze Welt beneidet, etwa zum Verkauf ausschreiben, wie es Haeckel mit dem Jenaer Hodlerbild tun wollte? Nun wird gesagt, Shakespeare, Watteau usw., das sei etwas anderes, das seien alte, längst anerkannte, längst verstorbene Künstler, die Abwehr gelte nur den heute noch Lebenden oder, wie bei Manet, bei Cézanne, bei Bizet und Zola, den heute noch lebendig wirkenden Geistern. Das ist die selbe Phrase, die die Engländer sagen ließ, sie kämpften nicht gegen das Deutsch-

land des längst verstorbenen Goethe sondern gegen das heute ihnen als Konkurrenten unbequeme Deutschland. Es ist doch wohl keine wesentliche Eigenschaft für die Wertschätzung eines Kunstwerks, daß sein Schöpfer schon so und so lange Zeit eingesengt in der Erde liegt. Die Leute, die zur Begeisterung erst gelangen, wenn der Meister in die Seligkeit und die Kunstgeschichte eingegangen ist, sollten in ernstesten Angelegenheiten nicht das Wort führen.

Mit dem *Umlernen*, wie es jetzt tagaus tagein gepredigt wird, ist es überhaupt eine merkwürdige Sache. Für einen Menschen von Überzeugung und Charakter ist alles Umlernen ein Akt der peinvollsten innern Selbstprüfung. Es müssen schwerwiegende, neue Tatsachen vor ihm auftauchen, ehe er sich zur Preisgabe einer Überzeugung entschließt. Dieser Krieg hat gewiß Tatsachen von ungeheurer Wucht vor uns entschleiert; man soll nun in sich gehen und wirklich lernen, nicht leichtherzig eine Meinung mit einer andern vertauschen. Das Lutherwort »Hier stehe ich; ich kann nicht anders« entspricht doch mehr dem, was man in unseren Landen seit Jahrhunderten als Charakterfestigkeit hochgeschätzt hat. Deshalb auch das peinliche Gefühl Leuten gegenüber, die zum Beispiel im Fall Hodler so maßlos schnell umlernen. Ist das Studentenbild, das die fortschrittlich gesinnte Universität Jena im Gegensatz zu den sonst üblichen Schinken als einen besondern Wert schätzte, ist die Genfer Seelandschaft, die Osthaus in Hagen hat (nebenbei das beste Stück Schweizer Landschaftsschilderung, das seit Generationen entstanden ist), auf einmal ein Quark, weil Hodler eine Torheit begangen hat (die man übrigens nicht ihm sondern der Stimmungsmache durch die englische Weltpresse zur Last legen sollte)? Und das gleiche gilt für Verhaeren, Romain Rolland, Spitteler und alle die anderen, die bei ihren Protesten so übel beraten waren. Vor allem aber: Wir müssen die Liebe zum eigenen Volk und zum eigenen Land, von der wir alle Deutschen erfüllt sehen wollen, auch bei unseren Feinden achten und manche Entgleisungen aus diesem Motiv heraus zu verstehen suchen.

Damit soll nicht etwa einer gleichmütigen Duldung das Wort geredet werden. Wo das intellektuelle Hilfscorps der Entente gegen Deutschland mobil gemacht ist, wo sinnlose Beschimpfungen oder verlogene Behauptungen gegen uns ins Feld geführt werden, wo gar Oberflächlichkeit, Parteilichkeit und Unwahrheit durch ein wissenschaftliches Gewand verdeckt werden sollen (wie etwa in dem Pamphlet der Oxforder Professoren), da ist die stärkste Abwehr geboten. Nur haben wir in dieser großen und verantwortungsschweren Zeit mehr als je die Pflicht zur Besonnenheit. Namentlich aber müssen wir uns davor hüten aus der Tagesleidenschaft heraus Theorien aufzustellen, die manchen Wünschen entgegenkommen, aber falsch und ungerrecht sind und den Ruhm deutscher Gründlichkeit nicht erhöhen. Es ist zum Beispiel Unsinn, wenn gesagt wird, daß die oder jene künstlerische Technik deutsch oder französisch sei. Die Perspektive ist natürlich nicht eine italienische Sache, ebensowenig wie die Ölmalerei, die von Flandern nach Italien und von da in die ganze Welt gekommen ist, als flandrische Eigentümlichkeit anzusprechen ist. Wenn jetzt von Leuten, die nie über das Meisteratelier in der Akademie oder die Worpweder Heide hinausgekommen sind, wieder gegen jeden Künstler losgegangen wird, der sich einmal in Paris oder sonstwo umgetan hat, so sollten wir das als unter unserer

Würde ablehnen. Es geht nicht an, wie es in München geschehen ist, eine Vereinigung deutscher Künstler, die nun einmal nicht so malen wie es im Glaspalast üblich ist, als undeutsch zu verketzern; wie es auch eine höchst bedenkliche Taktik war die Aufführung einer Wedekindschen Dichtung (Wedekind ist doch schließlich, man mag zu ihm stehen wie man will, ein deutscher Dichter und gewiß ein sehr viel wertvollerer als die Fabrikanten heutiger Kriegsschundliteratur) als einen Bruch des Burgfriedens auszugeben. Sehen wir in Manet, der doch in Madrid von Velasquez und Goya entscheidende Anregungen empfangen hat, vielleicht einen Spanier? Leibl hat an seinem Deutschtum nichts eingebüßt, als er dem Courbet nach Gen Paris zog. Corinth ist doch gewiß ein spezifisch deutscher Maler. Auch er hat seine Pariser Zeit gehabt; nur war er nicht, wie seine Genossen Liebermann oder Uhde, da, wo damals die frischen Talente sich regten, sondern bei dem seiner Art entsprechenden eklektischen Akademiker Bouguerau. Dagegen hat man noch nie etwas gehört. Das aber kann doch nicht der Sinn dieser angeblichen nationalen Besorgtheit sein, daß es dem deutschen Künstler gestattet sein soll vom schwächlichen Akademikertum zu lernen, während es ein fluchwürdiges Verbrechen wäre Erkenntnisse und Einsichten von Wert anderen zu verdanken. Weit weniger deutsch wäre es doch sich zu weigern auf irgendeinem Geistesgebiet Wissenswertes anzunehmen, weil es von einem jenseits der Landesgrenze stammt. Es zeugt auch von einem gehörigen Mangel an Einsicht, wenn man dem Volk jetzt auf einmal einreden will, die deutsche Kunst allein verfüge über Charakter, Gemütsiefe, Innigkeit. Niemand bestreitet (nicht einmal die Engländer tun es), was die Deutschen der Welt in Holbein, in Dürer und Grünewald, in Bach, Goethe und Hebbel an Gehalt gegeben haben. Aber es ist doch Boulevardgeschwätz zu behaupten, daß einer Nation allein alle Begabung zur Kunst oder zur Wissenschaft verliehen worden wäre. Wer Behauptungen aufstellt, die den Tatsachen widersprechen, schädigt auf die Dauer die Sache, der er nützen will.

Um es ganz kurz zu sagen: Der Krieg braucht den Deutschen der Sache, und es gilt mehr denn je den Deutschen der Phrase abzuwehren. War er vor dem Krieg eine der unliebsamen Erscheinungen, die wir durch eine emsige Kulturarbeit auszumerzen bestrebt waren, so muß er uns heute als eine Gefahr erscheinen. Wir müssen unsere Herzen stark machen gegen den Versucher, wenn er auch mit noch so lockenden Worten uns in den Abgrund des Ungeistigen ziehen möchte. »Wenn die Engländer«, so schreibt einer, es ist mein Kollege Paul Bekker, aus einem Schützengraben im Argonner Wald, »unsere bei ihnen wohnenden Landsleute in Konzentrationslager einsperren, so ist es ein Gebot der Notwendigkeit, daß wir an ihren in Deutschland lebenden Mitbürgern Vergeltung üben. Wenn sie aber deutsche Kunst und deutsche Künstler auf den Index setzen, so begehen sie damit nichts anderes als einen Akt kindischer Selbstberaubung. Sollen auch wir deswegen kindisch werden? Ruht nicht vielmehr unsere Überlegenheit letzten Endes eben darin, daß wir mit anderen, besseren Waffen kämpfen als mit Albernheit und Pöbelei? ... Und dieses Universalvermögen [der geistigen Menschheit] darf nicht durch uns geschädigt werden, denn wir sind nicht gekommen, um zu zerstören, sondern um aufzubauen. Wir wollen sie nicht zertrümmern, nicht zurückstoßen, die Künste dieser einzelnen und ihrer

Nationen, wir wollen sie haben . . . Erst wenn wir das, was sie begonnen haben, zur Ausführung bringen, erst dann und dadurch werden wir zeigen und beweisen können, daß wir wert waren es von ihnen zu übernehmen.« So spricht jemand, der, wie wir alle, nach dem Krieg auch das geistige Deutschland nicht verkleinert vorfinden möchte.

XX

## FRIEDRICH KLEIS · EINIGUNGSÄMTER FÜR WIRTSCHAFTLICHE KÄMPFE



UCH während der Kriegszeit ist es kein müßiges Unterfangen die Frage der Einigungsämter für wirtschaftliche Kämpfe zu erörtern. Im Gegenteil, der Krieg gibt dem alten Verlangen neue Nahrung und verlangt seine Verwirklichung mit Notwendigkeit. Wie der Krieg die Erfüllung mancher andern sozialpolitischen Forderung zur Milderung und zum Ausgleich der Interessengegensätze brachte, so kann er auch Maßnahmen zeitigen, die den wirtschaftlichen Kämpfen eine andere, sozusagen veredelte Gestalt geben.

Der Krieg lehrte uns die Notwendigkeit einer größern Einheit der Nation. Er zeigte uns, daß auch die einzelnen Gesellschaftsklassen eine Solidarität mit einander besitzen müssen, daß wirtschaftliche Einzelkämpfe zurückzustehen haben, wo es um das große Ganze, um das Wohl der Nation geht. Wenn auch später in Friedenszeiten die Klassengegensätze und Klassenkämpfe wieder hervortreten werden, so hat uns doch die Kriegszeit zum Bewußtsein gebracht, daß diese in einer andern Form auszufechten sind als bisher vielfach üblich war. Über den Kämpfen hat als richtunggebend das Gesamtinteresse der Nation zu stehen. In Zukunft muß die Gesamtnation als solche darauf bedacht sein, daß die wirtschaftlichen Kämpfe in einer Weise geführt werden, die die Gesamtinteressen nicht verletzt. Die Gesetzgebung als Vertreterin des Staatsganzen hat darauf durch Einführung entsprechender Institutionen hinarbeiten. Hieraus ergibt sich, daß auch das Zustandekommen von Einigungsämtern für wirtschaftliche Kämpfe sowohl im Klasseninteresse wie im nationalen Interesse überhaupt liegt. Die Forderung nach Einführung dieser Einrichtung muß daher gerade jetzt erhoben werden.

Schon in den mittelalterlichen Kämpfen zwischen Meistern und Gesellen bestanden Einigungsämter, die versuchen sollten die Streitigkeiten gütlich oder durch Schiedsspruch beizulegen. Als in der Mitte des vorigen Jahrhunderts infolge der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise Arbeitseinstellungen in größerer Zahl begannen, wurde unter Berufung auf die früheren Erfahrungen, besonders in England, die Errichtung von Einigungsämtern zum Ausgleich von Streitigkeiten empfohlen. Im Jahr 1873 legte der Reichstagsabgeordnete Dr. Max Hirsch einen Gesetzentwurf über Einigungsämter vor, der aber im Reichstag nicht zur Beratung kam. Später wurden nur gelegentlich freiwillige private Einigungsämter, zum Beispiel im Buchdruck-, Schneidergewerbe usw., eingesetzt.

Die Gesetzgebung konnte sich aber den vielfachen Forderungen auf Regelung des Einigungswesens nicht entziehen. Der Entwurf unseres gegenwärtigen Gewerbegerichtsgesetzes vom 6. Mai 1890 sah zum erstenmal Einigungs-

ämter öffentlichen Charakters vor. In seiner Begründung wurde hervorgehoben, es werde bei Arbeiterausständen als ein schwerwiegender Übelstand empfunden, daß es auch bei beiderseitiger Geneigtheit gar nicht oder nicht rechtzeitig zur Einleitung von Einigungsverhandlungen komme, weil es an einem Organ fehle, das geeignet sei die Leitung solcher Verhandlungen in die Hand zu nehmen. Das Gesetz bestimmt, daß in Zukunft Arbeitsbedingungen, die für die Gesamtheit der Arbeiter eines oder mehrerer Arbeitgeber verbindlich sein sollen, nur mit der Gesamtheit der Arbeiter oder deren Vertretern vereinbart werden dürfen. Ein Streitfall im Sinn des Gesetzes liegt vor, wenn eine der von einer Partei für künftige Arbeitsverträge vorgeschlagenen Arbeitsbedingungen von der andern Partei abgelehnt wird. Ein Streitfall liegt nach Entscheidungen, die getroffen wurden, nicht mehr vor, wenn der Arbeitgeber zu den von ihm festgesetzten Bedingungen genügend Arbeitswillige gefunden hat. »Eine Verpflichtung«, so heißt es in den Motiven, »ihre Streitigkeiten vor einem Einigungsamt zum Austrag zu bringen kann weder den Arbeitgebern noch den Arbeitern auferlegt werden, zumal es an geeigneten Mitteln fehlen würde die Erfüllung dieser Verpflichtung zu erzwingen.« Erfolgt die Anrufung nur von einer Seite, so soll der Vorsitzende dem andern Teil Kenntnis geben und zugleich nach Möglichkeit dahin wirken, daß auch dieser Teil sich zur Anrufung des Einigungsamts bereit findet. Das Einigungsamt besteht neben dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts aus Vertrauensmännern der Unternehmer und Arbeiter in gleicher Zahl, die von den Beteiligten bezeichnet werden.

Wie haben sich nun die Einigungsämter bewährt? Im ersten Jahrzehnt ihrer Wirksamkeit wurden sie jährlich nur in 20 bis 30 Fällen angerufen. Aber auch in der Folgezeit war ihre Tätigkeit recht beschränkt. Wenn man ihre Inanspruchnahme richtig werten will, so muß man sie im Verhältnis zur Zahl der wirtschaftlichen Kämpfe überhaupt betrachten. Über den Umfang dieser Kämpfe besitzen wir eine amtliche und eine von der Generalkommission der Gewerkschaften aufgenommene Statistik. Zur Veranschaulichung seien deshalb die Hauptergebnisse beider Erhebungen hierhergesetzt:

Jahr	Amtliche Statistik				Statistik der Gewerkschaften				
	Zahl der beendeten		Zahl der betroffenen		Zahl der Kämpfe überhaupt	Zahl der beteiligten Personen	Ergebnis in %		
	Streiks	Ausperrungen	Betriebe	Arbeiter			erfolgreich	teilweise erfolgreich	erfolglos
1901	1056	35	4 799	60 676	727	48 522	36,8	23,6	32,6
1902	1060	46	4 385	64 217	861	55 713	43,6	19,5	36,9
1903	1374	70	8 714	138 144	1282	121 593	49,4	19,0	28,5
1904	1870	120	11 436	137 240	1625	135 957	55,7	20,1	22,1
1905	2403	254	18 340	526 800	2323	507 964	53,6	23,5	21,5
1906	3328	298	19 026	349 327	3480	316 042	53,8	22,4	20,9
1907	2266	246	18 379	273 597	2792	281 030	47,9	24,6	22,0
1908	1347	177	6 532	112 110	2052	126 883	43,4	19,4	33,1
1909	1537	115	6 560	119 849	2045	131 244	56,8	16,4	24,3
1910	2113	1115	19 110	369 809	3194	369 011	52,7	30,5	14,6
1911	2566	232	12 633	356 163	2914	325 253	62,7	14,7	18,2
1912	2510	324	9 813	481 094	2765	469 402	63,3	14,6	20,1
1913	2127	337	15 586	311 048	2600	248 986	63,8	16,6	19,5

Man sieht, daß zwischen den Ergebnissen der amtlichen Statistik und der der Gewerkschaften recht erhebliche Unterschiede bestehen; namentlich in den ersten Jahren der Durchführung der amtlichen Erhebungen. Bemerkenswert ist die zahlenmäßige Feststellung, daß in den Zeiten der wirtschaftlichen Krise die Zahl der Kämpfe und ihre Erfolge gering, dagegen in den Zeiten guter Konjunktur umfangreicher und besser ist.

In welchem Maß nun bei diesen Kämpfen die Gewerbegerichte als Einigungsämter in Funktion traten, zeigt folgende Tabelle:

Jahr	Die Anrufung erfolgte von			Ergebnis			Dem Schiedsspruch unterworfen sich			
	beiden Teilen	nur Arbeitgebern	nur Arbeitern	Ver-ein-ba-rung	Schieds-spruch	erfolglos	Beide Teile	nur Ar-beit-geber	nur Ar-beiter	er-fol-glos
1902	25		119	35	10	40	2	1	12	4
1903	39		135	54	13	39	7	4	10	1
1904	7		156	80	21	47	10	3	5	3
1905	165	10	175	128	25	164	14	3	6	2
1906	253	6	234	195	38	20	29	3	4	2
1907	180	9	150	135	51	78	40	7	2	3
1908	181	1	134	151	35	76	26	6	3	
1909	154	9	130	121	29	52	20	7	1	1
1910	230	28	118	174	48	88	35	4	5	4
1911	151	30	184	144	68	65	49	6	6	7
1912	142	12	155	135	42	77	35	4	1	2
1913	203	18	138	164	75	75	58	10	7	1

Hiernach kam nur ein ganz kleiner Bruchteil der Streitigkeiten über die Arbeitsbedingungen vor die Einigungsämter. Woran liegt dieses Versagen der Institution? Die Tatsache, daß die Gewerbegerichte noch keine obligatorische Einrichtung sind und in den kleinen Orten noch nicht existieren, erklärt die geringe Inanspruchnahme noch nicht. Zum Teil liegt der Grund vielleicht in der unpraktischen Verbindung des Einigungsamts mit dem Gewerbegericht. Dieser Zusammenhang bewirkt eine große Schwerfälligkeit des ganzen Apparats. Auch besteht noch zu wenig Vertrauen zu den Einigungsämtern und, wie die Zahl der Anrufungen beweist, noch weit weniger bei den Unternehmern als bei den Arbeitern. In der Hauptsache aber dürfte die Ursache des Versagens darin zu suchen sein, daß diese Form der Institution für die großen Aufgaben längst nicht genügt, die die moderne Arbeitsverfassung und die Arbeiterbewegung auf dem Gebiet der kollektiven Streitigkeits- und Kampfverhütung stellen. Die wirtschaftlichen Kämpfe erstrecken sich heute nicht mehr auf einen Ort allein sondern auf große Gebiete, vielfach sogar auf das ganze Reich; sie müssen für diesen weiten Umkreis geregelt werden. So ist eine Reformbewegung entstanden, die eine Umgestaltung und Erweiterung der gegenwärtigen Einigungsinstitutionen erstrebt, und zur Ergänzung der bestehenden Einrichtungen sind freie organisatorische Schöpfungen, wie Schlichtungs- und Einigungsausschüsse außerhalb der Gewerbegerichte ins Leben getreten. Der Interessenausgleich in dieser freien Form hat sogar eine großartige Entwicklung genommen.

Die Reformbestrebungen gehen unter anderm dahin, daß die das Einigungs-

amt anrufenden Parteien vorher verpflichtet werden sich der Entscheidung des Amtes zu unterwerfen, falls eine Einigung nicht erzielt werden kann. Dadurch würde die Empfindung beseitigt werden, daß die Anrufung des Einigungsamts ja doch zwecklos sei, da sich schließlich niemand nach dem Schiedsspruch richte, und das Ansehen der Einigungsämter würde bedeutend steigen. Durchführen ließe sich dies sehr wohl, ebenso gut, wie daß Unternehmer und Arbeiter heute gezwungen werden andere Maßnahmen zum Schutz der Arbeiter zu treffen. Der Herausgeber der Sozialen Praxis, Professor Dr. Zimmermann, fordert die Erweiterung der Zuständigkeit der gewerbegerichtlichen Einigungsämter besonders nach der Richtung, daß sie in Rechtsstreitigkeiten aus Tarifverträgen, als Schiedsgerichte wirken können. In geeigneten Fällen müsse der Vorsitzende des Einigungsamts, dessen Stellung autoritativer zu gestalten sei, den Verhandlungszwang anwenden können. Ebenso müßten die Schiedssprüche, die das Einigungsamt gefällt habe, ohne den Umweg über die ordentlichen Gerichte vollstreckbar sein. Eine Reihe von Forderungen zum Ausbau der Gewerbegerichte als Einigungsämter stellte auch die Hauptversammlung des Verbands deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte September 1913 in Leipzig auf. Sie schlug vor das Einigungsamt des Gewerbegerichts als Schiedsstelle für die Tarifverträge einzusetzen. Vertrauten die Tarifverbände diesem Einigungsamt die tarifliche Schiedstätigkeit an, so würde dieses Vertrauen auch erwidert werden. Die Landeszentralbehörden sollten befugt sein auf Antrag der Tarifverbände den Unterhandlungsvorsitzenden vorzuschlagen oder selbstständig zu wählen, und dieser sei dann amtlich zu bestätigen.

Der Gedanke eines Einigungsamts für das ganze Reich fand besonders seit dem letzten großen Bergarbeiterstreik im Jahr 1905 lebhaften Ausdruck. Auch während des großen Baugewerbekampfs im Jahr 1910 wurde dringend die Forderung erhoben von Reichs wegen eine Organisation zu schaffen, die derartige Stockungen im Wirtschaftsleben möglichst verhindern könne. Ein besonders lebhafter Verfechter dieses Gedankens ist der Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform, Staatsminister Dr. von Berlepsch. Eine Reihe von Sozialpolitikern, wie Prenner, Stier-Somlo, Herkner, Sinzheimer, Döblin, Umbreit, Winnig, äußerte sich über die Frage, und Magistratsrat Wölblich schrieb ein Buch Brauchen wir ein Reichseinigungsamt? Verschiedene Petitionen, die dem Reichstag zuzingen, veranlaßten auch diesen sich mit dem Thema zu beschäftigen. Zuletzt geschah das am 27. Mai 1913. Der Berichterstatter der Petitionskommission, der sozialdemokratische Abgeordnete König, beantragte nur Überweisung der Petitionen zur Kenntnisnahme, indem er darauf hinwies, daß die Arbeiterbeisitzer des Bremer Gewerbegerichtsausschusses sich zum Teil ablehnend verhielten, und auch der Staatssekretär Dr. Delbrück sich skeptisch ausgesprochen hätte. Der Hauptgrund für die Abneigung der sozialdemokratischen Arbeitervertreter gegen ein Reichseinigungsamt sei, so führte König aus, das Mißtrauen gegen den in der Reichsregierung herrschenden sozialpolitischen Geist. Zwar fordere eigentlich die großartige Entwicklung des Tarifvertragswesens die Einsetzung einer amtlichen Zentralstelle für diese Dinge, aber es bestehe keine Gewähr gegen eine arbeiterfeindliche Beeinflussung einer solchen Behörde. Die Gefahr sei nicht ausgeschlossen, daß sie zu einer Zwangseinigungsan-



stalt entarte, die die Arbeiterorganisationen lahmlege. Auch könnte die Schaffung einer derartigen Behörde vielleicht hindern, daß in absehbarer Zeit Ämter mit weitergehenden sozialpolitischen Machtbefugnissen, wie Arbeitskammern und ein Reichsarbeitsamt, errichtet würden. Ein Reichseinigungsamt aber habe nach sozialdemokratischer Auffassung erst dann Bedeutung, wenn es sich auf solche Arbeitsämter stützen könne. Der Korreferent der Petitionskommission empfahl im Gegensatz zu dem Genossen König Überweisung der Eingaben zur Berücksichtigung. Diesem Verlangen schlossen sich der Redner des Zentrums (Schwarz), der Wirtschaftlichen Vereinigung (Behrens) und der Fortschrittlichen Volkspartei (Haehnle) an. Sie wiesen darauf hin, wie segensreich eine solche Stelle wirken könne. Allerdings dürfe sie nicht warten, bis beide Teile sie anriefen; denn sehr viel hinge davon ab, daß der entscheidende Augenblick zum Eingreifen nicht verpaßt werde. Die jetzige Institution im Reichsamt des Innern genüge für diese wichtigen Aufgaben der Friedensvermittlung nicht im entferntesten. Niemand denke daran einer solchen Einigungsstelle Zwangsbefugnisse einzuräumen. Schließlich stimmte auch die sozialdemokratische Partei geschlossen für die Überweisung der Petition zur Berücksichtigung, nachdem schon in der Petitionskommission sich die Mehrzahl der Parteigenossen hierfür ausgesprochen hatte. Ich halte diesen Standpunkt auch für den richtigen.

Eine eingehende Diskussion über den Gegenstand fand sodann auf der 6. Hauptversammlung der Gesellschaft für soziale Reform November 1913 in Düsseldorf statt. Herr von Berlepsch sprach sich des nähern darüber aus, wie er sich das Reichseinigungsamt denke. Es müsse aus freien Persönlichkeiten zusammengesetzt sein, die eine gute Kenntnis der Arbeits- und Tarifverhältnisse besitzen und bei Arbeitern und Unternehmern angesehen sind. Unterstehe es auch dem Reichsamt des Innern, so solle es doch eine völlig unabhängige Behörde sein, die sich mit der Sammlung alles einschlägigen Materials über Lohnbewegungen, Konjunktur usw. zu befassen habe. Der Eingriff bei Arbeitsstreitigkeiten sei so gedacht: Das Amt sucht deren Ursachen und den Standpunkt der Parteien klarzustellen; es hat das Recht gegebenenfalls die Parteien zu laden und kann sie sowohl zum Erscheinen als auch zum Verhandeln zwingen. Die Parteien dürfen dann selbst die Vertreter wählen, die sie mit der weitem Vermittlung betrauen wollen, sie können aber auch dem Amt diese Vermittlung übertragen. Im zweiten Fall kann das Amt auch einen Schiedsspruch abgeben. Erklären die Parteien vorher sich diesem Schiedsspruch unterwerfen zu wollen, so ist er als rechtswirksam gemäß den Bestimmungen der Zivilprozeßordnung anzusehen. Das Amt kann sich durch unparteiische Beiräte paritätisch ergänzen, auch Zeugen und Sachverständige vernehmen. Die Unkosten hat das Reich zu tragen.

Die Reichsregierung hat sich seither gegen ein öffentliches Reichseinigungsamt ausgesprochen. Sie sei zwar dem Gedanken einer zentralen Schlichtungsinstanz nicht abgeneigt, doch müsse diese völlig privaten Charakter tragen. Die Schaffung einer Behörde würde der Regierung in der Entscheidung wirtschaftlicher Streitigkeiten eine schwere Verantwortung aufladen und zugleich ihre Autorität in dem Kampf der mit einander ringenden Organisationen allzu stark in Anspruch nehmen. Es steht also dahin, ob die Regierung der Frage eines Reichseinigungsamts nähertreten wird.

Inzwischen haben sich durch den Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse die freien Einigungs- und Schiedsstellen rapid vermehrt. Vor wenigen Jahren waren Schlichtungskommissionen und Tarifschiedsgerichte noch eine Seltenheit. Heute bilden sie eine reguläre Einrichtung der Tarifverträge. Unter der Gesamtzahl von 10 739 Tarifgemeinschaften, die Ende 1912 in deutschen Gewerben Geltung hatten, sahen 5916 Gemeinschaften für 131 616 Betriebe mit 1 278 172 Personen Schlichtungs- und Einigungsorgane vor, darunter 10 Reichstarife. Von jeher hat sich das Baugewerbe durch den Ausbau seiner Schlichtungs- und Vermittlungsinstitutionen ausgezeichnet. Schon 1906-1907 bestanden solche Organe bei weit über einem Drittel seiner Tarifverträge; Ende 1912 hatten von 2466 Tarifgemeinschaften 1820 derartige Stellen. Im Jahr 1913 fand anscheinend eine kleine Verminderung dieser Einrichtungen statt, denn nach der amtlichen Statistik hatten von den am 31. Dezember 1913 in Kraft stehenden Tarifgemeinschaften 5775 Schlichtungs- und Einigungsorgane. Sie erstreckten sich auf 118 666 Betriebe mit 1 132 355 Arbeitern. Von diesen gehörten 816 263 gewerkschaftlichen Organisationen an. Das Jahr 1913 bereicherte dagegen insbesondere das private Einigungswesen um einige große Erfolge und praktische Erfahrungen. Das erste Viertel des Jahres 1913 stand im Zeichen entscheidender Einigungs- und Schiedsgerichtsverhandlungen für das Holz-, Schneider- und Malergewerbe. Das Jahr 1914 begann mit einer allgemeinen Schlichtung des Kampfes zwischen den Ärzten und den Krankenkassen unter der Anteilnahme von Reichsbehörden. Der Verlauf der Schlichtung, namentlich in diesem großen Kampf, läßt erkennen, daß es bei den Vermittlungsaufgaben jetzt weniger darauf ankommt erst besondere technische Lehren des Einigungsverfahrens zu studieren als vielmehr darauf im rechten Augenblick beherrscht zuzugreifen, um durch geeignete Organe die Parteien aus der verfahrenen Bahn in die richtigen Geleise zurückzuführen. Allerdings ist die Beilegung des drohenden Generalstreiks der Ärzte mehr durch einen Glückszufall gelungen; sie stellt also noch keine Belastungsprobe für ein System dar. Nach Ausbruch des Krieges kam es verschiedentlich zu schiedsgerichtlichen Regelungen von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern bei Heereslieferungen. So in Köln bei den Schneidern, wo die Beteiligten vor den Verhandlungen die Erklärung abgaben sich auf alle Fälle dem Schiedsspruch zu fügen.

Die Notwendigkeit gewerbliche Einigungsämter zu errichten, die durch den gegenwärtigen Krieg besonders hervorgetreten ist, wurde in der Reichstags-sitzung vom 19. März dieses Jahres mehrfach betont. Genosse Robert Schmidt führte aus, daß alle Arbeitergruppen im Bergbau bei der Regierung den Wunsch nach einem Einigungsamt zur Regelung von Streitigkeiten geäußert hätten. Die Regierung solle nun, gestützt auf die ihr am 4. August erteilte Vollmacht, die Einrichtung eines Einigungsamts dekretieren, um den Bergherren zu zeigen, daß sie nicht ohne Rücksichtnahme auf das schalten und walten könnten, was die heutige Zeit erfordert. Ausführlicher kam der Zentrumsabgeordnete Giesberts auf die Frage zu sprechen. Er erinnerte daran, daß der Reichstag wiederholt seine Bereitwilligkeit dargetan hätte das Einigungswesen in gesetzliche Bahnen zu lenken. Die Notwendigkeit, daß etwas in dieser Sache geschehe, beweise der Krieg von neuem. Überall, wo Regierung und Militärverwaltung mit den gewerkschaftlichen Organisa-

tionen zusammengearbeitet haben, seien Schwierigkeiten vermieden worden. Die Konferenz der Handelskammern mit dem Armeebesorgungsamt sowie die Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses hätten sich voller Anerkennung über die gewerkschaftliche Arbeit im Krieg zur Vermeidung von Streitigkeiten ausgesprochen.

Im Ausland hat das Einigungswesen in den letzten Jahren ebenfalls große Fortschritte gemacht. Großbritannien besitzt seit Ende 1911 ein zentrales Einigungsamt, dem der englische Premierminister vorsteht, und dem in besonders schweren Fällen die Mitwirkung des Gesamtministeriums die höchste Autorität verleihen kann. Frankreich bemüht sich nach den Anregungen Briands ein ähnliches großzügiges staatliches Einigungs- und Schiedssystem, zunächst für seine Eisenbahner, ins Leben zu rufen. In Amerika besitzen einige Staaten schon längst (Massachusetts schon seit 1886) zentrale Einigungsämter, die auf Anrufung der streitenden Parteien in Tätigkeit treten. In Neuseeland wurde schon 1894 ein Gesetz angenommen, das das Land in sogenannte industrielle Distrikte teilt und für jeden solchen Distrikt ein Schiedsgericht einsetzt. In Dänemark ist am 14. Januar 1914 ein neues Gesetz über die Vermittlung bei Arbeitsstreitigkeiten erlassen worden. Es gilt zunächst bis zum 1. April 1918. In Norwegen befindet sich ein Gesetzentwurf über Tarifrecht und Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten in der Beratung. Er sieht außer dem Arbeitsgericht in Kristiania über das ganze Land verteilt eine Reihe von Bezirkseinigungsämtern vor. Die Ämter haben die Aufgabe eine Einigung in wirtschaftlichen Streitigkeiten zu versuchen; in gewissen Fällen kann ein Schiedsverfahren zwangsweise angeordnet werden. Auch in Schweden und in Österreich ist die Frage wiederholt von der Gesetzgebung erörtert worden. In fast allen Kulturstaaten sind Bestrebungen im Gang für den Ausgleich der sozialen Interessen, zum mindesten in den wichtigen Industrien, ein gesetzlich geordnetes Verfahren einzuführen, das Schädigungen des Wirtschaftslebens durch große Kämpfe zu vermeiden strebt.

Auch in Deutschland ist die Frage spruchreif. Gewiß liegen hier die Dinge so, daß die Unternehmer durch den veralteten Standpunkt des *Herrn im Hause* oft verhindert wurden eine Einigungsstelle anzurufen. Aber auch hier muß unablässig gearbeitet werden, um Einrichtungen zu schaffen, die einer Willkür der Unternehmerorganisationen einen Damm entgegensetzen könnten. Jedenfalls wäre es sehr zweckmäßig, wenn diese Fragen innerhalb der Gewerkschaften mehr als bisher erörtert würden. Seit Januar 1913 erscheint ja auch eine Monatsschrift Das Einigungsamt, die sich speziell die Pflege des gewerblichen Einigungswesens zur Aufgabe gestellt hat und dieser Aufgabe auch in objektiver Weise gerecht wird. Die Lösung des Problems wird durch Klärung der Anschauungen und Forderungen der Arbeiter nur gefördert werden können. Wie schon oben angedeutet wurde, regt der Krieg in ganz besonderem Maß dazu an. Durch ihn ist die Arbeiterschaft und namentlich ihre wirtschaftliche Klassenvertretung, die Gewerkschaftsbewegung, noch mehr zum Bewußtsein ihrer Bedeutung und ihrer Pflichten für das Staatsganze gekommen. Die Gewerkschaftsbewegung wird ihre Funktion im nationalen Organismus auch dadurch besser ausüben, daß sie ihr Augenmerk auf Einigungsämter und ihre Mitwirkung in diesen richtet.

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

### Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

1914

Zentralverband, Großein-  
kaufsgesellschaft und Ver-  
lagsgesellschaft deutscher

Konsumvereine haben bereits die wichtigsten Angaben über die Entwicklung der Bewegung im Jahr 1914 veröffentlicht, aus denen nunmehr mit aller Bestimmtheit hervorgeht, daß die schwere Erschütterung des Wirtschaftslebens durch den Weltkrieg den Konsumvereinen keinen tiefen Schaden zufügen konnte. Besonders deutlich tritt uns das aus dem Bericht der Großeinkaufsgesellschaft über das abgelaufene Jahr entgegen, das ja die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember umfaßt. Der Gesamtumsatz der Warenabteilung des Unternehmens betrug im Jahr 1914 157 524 041 Mark, gegenüber einem solchen von 154 047 316 Mark im Jahr vorher. Das bedeutet also eine Steigerung um 3 476 724 Mark oder um 2,2 %. Von diesem Gesamtumsatz entfielen auf die Monate Januar bis Juli 1914 89 772 558 Mark und 1913 92 092 823 Mark, auf die Monate August bis Dezember dagegen 67 751 482 und 71 954 412 Mark. In den Kriegsmonaten hat also allerdings ein Rückgang stattgefunden, der aber nicht groß genug war, um die Fortschritte des ersten Halbjahrs aufzuheben. Die einzelnen Abteilungen zeigen folgende Entwicklung (die Beträge immer in 1000 Mark):

Abteilung	Januar bis Juli		August bis Dezember		Januar bis Dezember	
	1913	1914	1913	1914	1913	1914
Zigarren und Tabak	2 198	2 169	1 783	1 965	3 980	4 133
Seifenfabrik	3 797	4 180	2 839	2 680	6 635	6 860
Zündholzfabrik	240	279	221	257	461	536

Die Zigarren- und Tabakfabrikation, ebenso wie die Zündholzherstellung haben also auch im Kriegshalbjahr Fortschritte gemacht, während die Seifenfabrikation allerdings einen Rückgang zeigt. Die Bankabteilung setzte auf Girokonto im Kredit und Debet um in den Monaten Januar bis Juli 1913 226 Millionen Mark, 1914 245, in den Monaten August bis Dezember 1913 173, 1914 166, im ganzen Jahr 1913 399, 1914 511 Millionen Mark. Die Verlagsgesellschaft, die ihre Umsätze nicht getrennt nach Monaten wiedergibt, hatte im Jahr 1914 einen Umsatz von 4 222 419

Mark, 212 042 Mark mehr als im Vorjahr.

Was die Entwicklung der Konsumvereine selbst betrifft, so sind die Zahlen hier nicht ebenso beweiskräftig, da die meisten Vereine ihr Geschäftsjahr am 30. Juni, die kleineren gewöhnlich am 30. September abschließen. Der Jahresabschluß der in der Statistik berücksichtigten Vereine liegt sonach meist vor Kriegsbeginn. Die Zahl der dem Zentralverband angehörenden Vereine hat einen Rückgang von 1157 auf 1109 erfahren, der jedoch, wie schon der Rückgang der vorhergehenden Jahre, kein Zeichen der Schwäche sondern, da er durch den Zusammenschluß respektive die Aufsaugung kleinerer Vereine durch größere entstanden ist, ein Zeichen der Stärke ist. Die Zahl der berichtenden Vereine sank von 1129 auf 1094. Deren Mitgliederzahl stieg dagegen von 1 621 195 auf 1 717 519, und ihr Umsatz im eigenen Geschäft von 472 Millionen auf 493 Millionen Mark. Nähere Mitteilungen über die Entwicklung wird erst der genaue Jahresbericht bringen. Jedenfalls steht die Bewegung so gefestigt da, daß sie auch den weiteren Einflüssen der Kriegszeit sich gewachsen zeigen wird.

× **Kriegsschwie-** Die bundesrätlichen Be-  
**rigkeiten** stimmungen über die Lie-  
ferung von Mehl an die

einzelnen Kommunalverbände zur Brotversorgung ihrer Mitglieder hat manche Konsumvereine in Unannehmlichkeiten gestürzt. Sofern nämlich der am Sitz des Konsumvereins befindliche Kommunalverband beschlossen hat die Lieferung von Brot und Mehl in außerhalb des Bezirks der gewerblichen Niederlassung gelegene Gemeinden zu verbieten, ist es den Konsumvereinen unmöglich ihre auswärtigen Filialen mit Brot oder Mehl zu versorgen. Da auch die Privatbäcker ihre Produktion häufig einschränken müssen, so sind dann die auswärtigen Mitglieder manchmal in größter Verlegenheit, wo sie ihr Brot und Mehl herbekommen sollen. Das Württembergische Genossenschaftsblatt hat daher den dortigen Konsumvereinen geraten schleunigst die Erlaubnis zur Brot- und Mehllieferung an ihre auswärtigen Filialen nachzusuchen. In Thüringen, wo die Verhältnisse ähnlich liegen, hat eine Eingabe der Konsum-

vereine an die Behörden Erfolg gehabt. Danach liefern die Kommunalverbände, in denen Filialen des Konsumvereins bestehen, an diesen das Mehl, und dieses geht dann zu Brot verbacken an die betreffenden Kommunalverbände zurück. Besonders hart werden die Konsumvereine auch von der Aufhebung der Nacharbeit in den Bäckereien betroffen. Diese sozialpolitisch gewiß höchst erfreuliche Maßnahme hat zur Folge, daß gerade die großen Vereine, die bis jetzt meist in 3 Schichten zu 8 Stunden im durchgehenden Betrieb arbeiteten, ihre Bäckereierrichtungen nur noch zu zwei Dritteln ausnutzen können. Dazu kommt die Einschränkung der Mehllieferung, die häufig rein schematisch in der Weise erfolgt, daß nur noch ein bestimmter Prozentsatz des seitherigen Mehlsverbrauchs geliefert wird, statt daß die Lieferung von der Zahl der Mitglieder abhängig ist.

Alle diese Schwierigkeiten haben bereits einige Konsumvereine veranlaßt die Aufnahme neuer Mitglieder vorübergehend zu sistieren. Vom großen Stuttgarter Konsumverein liegt eine solche Meldung vor, ebenso von dem Verein Zuffenhausen bei Stuttgart, der allerdings eine Ausnahme zugunsten derjenigen Familien macht, die während des Krieges zugezogen und an ihrem bisherigen Wohnort Mitglieder eines Konsumvereins waren. Sollte der Krieg noch länger dauern, so werden Mittel und Wege gefunden werden müssen, um dieser Schwierigkeiten, die das gemeinnützige Wirken der Konsumvereine beeinträchtigen, Herr zu werden.

Als ein Beispiel für dieses gemeinnützige Wirken sei hier noch erwähnt, daß in Mainz, nachdem die dortigen Kaufleute es abgelehnt hatten eine von der Stadt gekaufte größere Menge Reis unter Einhaltung eines bestimmten Verkaufspreises abzusetzen, der Konsumverein bereitwilligst die Verteilung übernahm.

× **Teigwaren-** ×  
**fabrik**

Gegen Ende des Jahres 1914 hat die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Gröba eine neue Fabrikanlage eröffnet: eine mit den modernsten technischen Einrichtungen ausgestattete Teigwarenfabrik. Die Fabrik ist ein 4 Stockwerke hoher monumentaler Bau, bei dem, wie bei allen genossenschaftlichen Anlagen, Wert auf die Schaffung mustergültiger Arbeitsräume gelegt wurde. Die im Keller lagernden verschiedenen Griessorten werden zu-

nächst mittels einer Mischmaschine durcheinandergebracht, dann durch einen Elevator 2 Stockwerke höher geführt, wo eine Siebmaschine sie von allen Unreinlichkeiten befreit. Aus den noch ein Stockwerk höher gelegenen Grieskästen, die bis zu 300 Zentner Material aufnehmen, fällt die Mischung durch eine Bodenöffnung in die darunter befindlichen, 4 Zentner fassenden Teigmischmaschinen, in denen sie nach Zusatz von Wasser und Eiern durch riesige elektrisch betriebene Schaufeln zu einer gleichmäßigen Masse geknetet wird. Der fertige Teig wird sodann durch große Trichter auf die im Erdgeschoß stehenden Kollergänge gebracht, die ihn, sich langsam drehend, unter die 130 Zentner schweren Walzenrollen führen. Stündlich können von diesen Rollen, deren die Fabrik jetzt 3 besitzt, zusammen 25 bis 30 Zentner Teig verarbeitet werden. Der in dünne Bänder ausgepreßte Teig kommt nunmehr unter die Schneidemaschine, um zu Schnitnudeln, oder unter die hydraulischen Pressen, um zu Bandnudeln, Makkaroni und Suppeneinlagen verarbeitet zu werden. Das eine dieser Preßungetüme ist 13 Meter hoch und arbeitet mit einem Eisenklotz von 6 Meter Höhe und 1,20 Meter Durchmesser, der mit dem ungeheuren Gewicht von 800 Zentner den Pressen Wasser unter einem Druck von 200 bis 250 Atmosphären zuführt. Diese Mammutpresse liefert mit 3 Mann Bedienung täglich 100 Zentner Makkaroni. Die fertigen und getrockneten Nudeln werden darauf in Kisten, Säckchen oder Faltschachteln verpackt. Der Teigwarenfabrik ist eine Kistenfabrik angegliedert. Beide Fabriken erhalten ihren Kraftbedarf von dem Elektrizitätswerk in Gröba.

× **England:** ×  
**Genossenschaftsproduktion** Nach der Labour Gazette waren im Jahr 1913 in Großbritannien 1126 industrielle Genossenschaften mit der Warenaerzeugung beschäftigt. Es waren dies 989 Konsumvereine, 2 Großeinkaufsgesellschaften, 5 Mühlengenossenschaften, 37 Bäckereigenossenschaften und 93 reine Produktivgenossenschaften. Davon sind die 5 ersten Genossenschaftsarten als Konsumentengenossenschaften, die also für den Bedarf und im Interesse der Verbraucher arbeiten, und nur die letzte Art als Produzentengenossenschaft, die für den Markt produziert, aufzufassen. Der Gesamtwert der Erzeugnisse stellte sich auf 607 Mil-

lionen Mark. Davon entfallen auf die Konsumvereine 297, auf die Großeinkaufsgesellschaften 229, auf die Mühlen-genossenschaften 20, auf die Bäckereigenossenschaften 26 und auf die Produktivgenossenschaften 35 Millionen Mark. Die Produktion für den organisierten Konsum ist also über 16mal so groß wie die für den freien Markt, der übrigens in Wirklichkeit nicht einmal ein freier ist, da die Konsumvereine die Hauptabnehmer auch dieser Erzeugnisse sind. Seit 1904 hat sich der Gesamtwert der Produktion mehr als verdoppelt (Steigerung 104 %). Der Umsatz der Konsumvereine stieg dabei um 144 %, der der Großeinkaufsgesellschaften um 103 %, der der Bäckereigenossenschaften um 88 % und der der Produktivgenossenschaften um 56 %. Die Mühlen-genossenschaften haben einen Rückgang um 25 %, der in der Hauptsache jedoch auf Übernahme mehrerer Betriebe durch die Großeinkaufsgesellschaften zurückzuführen ist.

Was die einzelnen Industriezweige anlangt, so entfiel der größte Teil der Produktion, nämlich für 436 Millionen Mark, auf die Nahrungsmittel- und Tabakindustrie, 85 Millionen Mark kamen auf die Bekleidungsindustrie, 23,3 Millionen auf die Herstellung von Seifen und Kerzen, 20 Millionen auf die Textilindustrie, 23 Millionen auf das Baugewerbe und die Holzindustrie, 11 Millionen auf das Buchdruckgewerbe, 4,5 Millionen auf die Metallindustrie, Schiffs- und Maschinenbau und 4,6 Millionen auf sonstige Industrien.

Insgesamt wurde bei dieser Genossenschaftsproduktion eine Armee von 59 509 Arbeitern und Angestellten beschäftigt, davon 51 304 in den Konsumenten- und 8205 in den Produzentengenossenschaften. Die gezahlte Lohnsumme betrug 71,2 Millionen Mark.

× Kurze Chronik Am 20. Februar ist im

Alter von 83 Jahren der Präsident der englischen Großeinkaufsgesellschaft John Shillito gestorben. Wie die meisten britischen Genossenschafter stammte auch er aus ganz dürftigen Verhältnissen. Als Kind schon in der Heimindustrie tätig, kam er mit 10 Jahren in die Fabrik, um sich seinen Unterhalt selbst zu verdienen. Durch eisernen Fleiß eignete er sich ein großes praktisches und theoretisches Wissen an, so daß er nicht nur allmählich zu immer besseren Stellungen emporstieg sondern auch als Gelehrter auf geologi-

schem und geographischem Gebiet Anerkennung fand. Seit 1865 war er in der Genossenschaftsbewegung tätig, und zwar seit 1869 in der Großeinkaufsgesellschaft, bei der er zunächst Direktor, sodann Vizepräsident und seit 1895 Präsident war, welches Amt er mit unverminderter Rüstigkeit bis zu seinem Tod, der infolge einer Influenzaerkrankung eintrat, ausfüllte. × Von der Rote Kreuz-Postkarte des Zentralverbands deutscher Konsumvereine (siehe diese Rundschau, in diesem Band, pag. 204) waren bis zum 1. März 1¼ Millionen Stück verkauft. × Die Volksfürsorge hat im ersten vollen Jahr ihres Bestehens in 23 Todesfällen infolge Unfalls die volle Versicherungssumme in Höhe von 7089 Mark ausgezahlt. Außerdem wurden in 7 Sterbefällen, die nach der Karenzzeit des ersten Versicherungsjahrs eintraten, 2186 Mark ausgezahlt, so daß die Volksfürsorge im ersten vollen Betriebsjahr in 30 Fällen 8744 Mark an Versicherungsgeldern gewährt hat, wofür 439 Mark an Prämien bezahlt waren. × Die Hamburger Produktion hat trotz des Krieges wieder ein Jahr glänzender Entwicklung hinter sich. In dem am 31. Dezember beendeten 15. Geschäftsjahr stieg die Mitgliederzahl auf 74 328. Der Umsatz vermehrte sich trotz der Abwesenheit vieler Mitglieder im Felde von 23 536 908 im Vorjahr auf 24 643 851 Mark. Vom Notfonds, der am 1. Januar einen Bestand von 1 261.096 Mark aufwies, waren im Lauf des Jahres 748 580 Mark abgehoben worden. Beachtenswert ist, daß die Sparkasse mit 9 178 057 Mark Spargeldern am Jahreschluß noch einen um ¼ Million höhern Bestand aufweist als am Beginn des Jahres. Die Handelsgesellschaft verteilt wieder 5 % Rabatt, was über 1 Million Ersparnissen entspricht. × Der Bezug der zur Statistik des Reichsverbands berichtenden landwirtschaftlichen Bezugs-genossenschaften stellte sich im Jahr 1912 auf 148 Millionen Mark gegenüber 127 Millionen im Jahr 1911. Es berichteten 2097 Genossenschaften, die 243 591 Mitglieder zählten. In diesen Zahlen ist jedoch nur ein Teil der gemeinsamen landwirtschaftlichen Warenbeschaffung enthalten, da auch die Spar- und Darlehnskassen diese Aufgabe mit in ihre Geschäftsführung einbezogen haben und 1912 für nicht weniger als 59 Millionen Mark Düngemittel usw. einkauften. × In Wologda haben die deutschen Internierten,

um der unter ihnen herrschenden ziemlich großen Not abzuhelpfen, eine Bäcker-, eine Schlächtere-, eine Schuhmacher- und eine Konsumgenossenschaft zur gemeinsamen Beschaffung von Lebensmitteln und Kleidungsstücken errichtet. X Von der Verwaltung des Konsumvereins Ludwigs-hafen werde ich darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitteilung in meiner letzten Rundschau (in diesem Band, pag. 204), wonach der Verein jeden seiner Angestellten, der ins Feld zieht, bei der Volksfürsorge versichert, unvollständig ist. Der Verein erwirbt auch für jedes zur Fahne einberufene Mitglied einen Anteil und hatte bis Anfang März bereits für 1287 Mitglieder Anteile in Gesamthöhe von 6435 Mark gelöst.

#### X Literatur

Wohl über keine nationale Konsumvereinsbewegung sind wir so gut unterrichtet wie über die britische, die ja seit jeher und bis zu einem gewissen Grad auch heute noch als leuchtendes Vorbild der deutschen vorschwebt. Dennoch bringt uns das im Auftrag des Vereins für Sozialpolitik geschriebene Buch Dr. Theodor Cassaus Die Konsumvereinsbewegung in Großbritannien / München, Duncker & Humblot/ nichts Überflüssiges. Unsere Kenntnis des Genossenschaftswesens jenseits des Kanals beschränkte sich im wesentlichen auf die historische Entwicklung und die äußere Ausbreitung der Bewegung, die in ihren zahlenmäßig riesigen Dimensionen allerdings uneingeschränkte Bewunderung erwecken mußte. Cassau, der durch einen monatelangen Aufenthalt in England und genaues Studium aller Verhältnisse sich für seine Aufgabe gut vorbereitet hat, läßt uns gewissermaßen einen Blick hinter die Kulissen tun. Er zeigt uns das organisatorische, finanzielle, agitatorische Fundament der Bewegung und bringt damit gerade für den praktischen Genossenschafter eine Fülle der interessantesten Details. Daß dieser Blick hinter die Kulissen uns auch manche Schwächen enthüllt, so vor allem die mangelnde theoretische Durchdringung und infolgedessen Einheitlichkeit und prinzipielle Geschlossenheit der Bewegung, kann nichts schaden. Denn diese Fehler sind bis zu einem gewissen Grad die natürliche Folge der Tatsache, daß die englische Genossenschaftsbewegung ein theoretisch und organisatorisch noch gänzlich ungeschultes Proletariat vorfand, im

Gegensatz zur deutschen, zum Teil allerdings auch die Folge des englischen Individualismus, der einer so straffen Zentralisierung wie der deutsche Arbeiter sie in seinen Organisationen durchgeführt hat, widerstrebt. Jedenfalls werden wir auch aus diesen Mängeln lernen, dürfen auch aus ihnen die angenehme Überzeugung schöpfen, daß wir doch nicht in jeder Beziehung hinter unserm englischen Vorbild zurückstehen und somit hoffen können dieses Vorbild später einmal sogar in den Schatten zu stellen. Im übrigen bringt das Cassausche Buch auch ein reiches statistisches Tatsachenmaterial, so daß es als direkte Fortsetzung und Ergänzung der Webb-Potterschen Geschichte der britischen Genossenschaftsbewegung betrachtet werden kann.

#### Staatssozialismus / Edmund Fischer

##### Stickstoffmonopol

Dem Reichstag ist ein Ermächtigungsgesetz zur Einführung eines Stickstoffhandelsmonopols zur Erledigung vorgelegt worden, das nur ein Notgesetz ist, aber nicht allein ein Staatsmonopol für den Stickstoffhandel sondern auch, soweit das überhaupt möglich ist, für die Stickstoffproduktion bringen dürfte (siehe auch die Rubrik Technik, in diesem Band, pag. 266 f.). Die Vorlage besagt allerdings nur, daß der Bundesrat ermächtigt werden soll für die Zeit bis zum 31. März 1922 für die a) anorganischen stickstoffhaltigen Mineralien, b) aus Naturerzeugnissen sowie aus Stickstoff primär herstellbaren künstlichen Stickstoffverbindungen, c) aus den unter a und b genannten oder anderen Stoffen erzeugten stickstoffhaltigen Düngemitteln ein Handelsmonopol einzuführen und die hierfür erforderlichen Vorschriften zu erlassen. Über den 31. März 1922 hinaus darf das Handelsmonopol nur auf der Grundlage eines besonderen Reichsgesetzes erstreckt werden. Da das Handelsmonopol jedoch den Zweck haben soll die Rentabilität neuer Anlagen, an denen der Stickstoff aus der Luft gewonnen werden soll, zu sichern, so darf man annehmen, daß auch diese Anlagen in staatlicher Regie betrieben werden sollen.

Die Begründung des Entwurfs sagt, daß, bei dem Mangel an Stickstoffverbindungen, der infolge des Krieges durch das Aufhören der Einfuhr von Chilisalpeter und anderen stickstoffhaltigen Düngemitteln eingetreten sei, man durch große Mühen und finanzielle Opfer des Reichs und Preußens es zu-

standegebracht hätte während des Krieges für den Ausfall Ersatz zu schaffen und eine Stickstoffindustrie ins Leben zu rufen, die in Zukunft die Bedürfnisse der Landwirtschaft und der Industrie decken könne. Zur Erhaltung dieser in Kriegszeiten geschaffenen, für die Sicherung der Ernteergebnisse der Landwirtschaft und des Rohstoffbedarfs der Sprengstoffherstellung überaus wichtigen Stickstoffindustrie auch nach dem Krieg müsse ihre Rentabilität sichergestellt werden. Das lasse sich erreichen, ohne daß der Landwirtschaft die ihr unbedingt nötigen Stickstoffdüngemittel gegenüber den bisher von ihr gezahlten Preisen irgendwie verteuert würden. Die Annahme ist ferner berechtigt, daß nicht erst im Jahr 1922, sondern bald nach dem Krieg die gesetzliche Regelung des Monopols erfolgen soll.

× **Preußen: Bergverwaltung** ×  
 Auf den staatlichen Bergwerken, Hütten und Salinen in Preußen waren im Jahresdurchschnitt 1913, wie aus dem dem Landtag vorgelegten Bericht zu entnehmen ist, 109 791 Personen beschäftigt, das sind 4229 mehr als im Jahr 1912. Der gesamte Wert der eigentlichen Bergwerkserzeugnisse hat im Rechnungsjahr 1913 um 30,5 Millionen Mark oder um 10,7 % gegen das Vorjahr zugenommen, er beträgt 316,5 (286,0) Millionen Mark. Bei der Verarbeitung von Bergwerkserzeugnissen einschließlich des Salinenbetriebs wurden Produkte im Gesamtwert von 98,5 (81,8) Millionen Mark gewonnen. Der Reingewinn beträgt 54,6 Millionen Mark = 11,8 % des buchmäßigen Anlage- und Betriebskapitals von 462,4 Millionen Mark am Anfang des Rechnungsjahrs, während im Vorjahr 46,2 Millionen Mark = 10,8 % des Anlagekapitals erzielt worden sind. Von dem Reingewinn wurden im Jahr 1913 bar abgeliefert 35,1 (32,2) Millionen Mark = 7,6 (7,5) % des Anlagekapitals, während der Rest zur Tilgung der Bergwerksschuld, für Landankauf, neue Schächte, Gebäude und Betriebsanlagen usw. verwendet wurde.

× **Preußen: Eisenbahnen** ×  
 Nach dem Bericht über die Ergebnisse des Betriebs der vereinigten preussischen und hessischen Staatseisenbahnen im Rechnungsjahr 1913, der kürzlich dem preussischen Abgeordnetenhaus vorgelegt wurde, betrug die Gesamtzahl der beschäftigten Beamten, Gehilfen, Hilfskräfte im untern Dienst und Arbeiter, deren Dienstinkommen aus den laufen-

den Betriebseinnahmen gezahlt wurde, im Durchschnitt des Berichtsjahrs 559 817 gegen 525 322 im Jahr 1912, also 34 495 mehr. Darunter waren 1354 höhere, 61 320 mittlere und 134 055 untere, zusammen 196 729 Beamte, 6957 außeretatsmäßige Beamte, 2055 technische Gehilfen, 96 992 Hilfsbeamte im untern Dienst und 257 084 Arbeiter. Die Zahl der weiblichen beschäftigten Personen ist von 8750 im Jahr 1912 auf 9077 im Jahr 1913, also um 327 gestiegen. Außerdem waren im Berichtsjahr noch vorhanden: 144 (141) Regierungsbauführer sowie 271 (146) Zivilsupernumerare in der Ausbildung ohne Besoldung und 1297 (1307) Gepäckträger, die wegen gewerblicher Einnahmen eine Vergütung aus der Staatskasse nicht erhielten. Ferner wurden beim Bau neuer Bahnstrecken und bei den außerordentlichen Ergänzungs- und Erweiterungsbauten auf den im Betrieb befindlichen Strecken im Betriebsjahr 7338 (darunter 191 weibliche), im Vorjahr 5670 (163) Arbeiter beschäftigt.

Am 31. März 1913 betrug die Länge der in preussisch-hessischer Betriebsgemeinschaft vereinigten Bahnen 39 220,66 Kilometer. Davon waren für den öffentlichen Verkehr bestimmt 38 984,40 Kilometer und zwar 38 745,09 Kilometer Vollspur- und 239,31 Kilometer Schmalspurbahnen. Im Lauf des Berichtsjahrs kamen noch 367,07 Kilometer hinzu. Die persönlichen Ausgaben, wie Besoldungen, Löhne, Wohnungsgeld usw., betragen im Berichtsjahr 861 650 498 Mark. Werden die unter den sächlichen Ausgaben verrechneten Löhne für Bahnunterhaltungs- und Werkstättenarbeiter mitberücksichtigt, so kommen zu den Beträgen der eigentlichen persönlichen Ausgaben noch hinzu: 84 980 545 Mark an Löhnen für Bahnunterhaltungsarbeiter und 123 387 190 Mark an Löhnen für Werkstättenarbeiter. Die persönlichen Ausgaben betragen alsdann im ganzen 1 070 018 233 Mark, das sind 60,45 % der Gesamtausgaben, gegen 995 945 550 Mark oder 60,06 % der Gesamtausgaben im Jahr 1912.

Das gesamte Anlagekapital der preussischen und hessischen Staatsbahnen betrug im Berichtsjahr 12 977 188 003 Mark, das statistische Anlagekapital 12 315,1 Millionen Mark, der Betriebsüberschuß 787,5 Millionen, allein für Preußen 772,0 Millionen. Der für Preußen verbleibende Reinüberschuß der Eisenbahnverwaltung nach Abzug der Verzinsung und Tilgung der am Ende des Etatsjahrs 1913 vorhandenen preu-



Bischen Eisenbahnschulden in Höhe von 7731,2 Millionen Mark sowie des Zuschusses zum Extraordinarium belief sich auf 325,1 Millionen Mark, gegen 400,3 Millionen im Jahr 1912, 382,1 Millionen im Jahr 1911 und 183,5 Millionen im Jahr 1910.

Zur Herstellung einer neuen Haupt-eisenbahn, neuer Gleise sowie anderer Bauarbeiten und zur Förderung des Baus von Kleinbahnen verlangte ein Eisenbahnanleihegesetz im Februar vom preußischen Landtag die Bewilligung von 207 972 000 Mark.

× **Kurze Chronik** Zum Staatssekretär des Reichsschatzamt wurde, wie hier an anderer Stelle bereits mitgeteilt, der frühere Direktor der Deutschen Bank Dr. Helfferich ernannt. Er hat bei der Unterstützung des Petroleummonopolprojekts durch die Deutsche Bank bewiesen, daß er kein Feind der staatlichen Monopole ist. × Durch Beschluß des Bundesrats vom 16. Februar ist eine Verteilungsstelle für Rohzucker eingerichtet worden. × Zur Kultivierung der Ödländereien werden zurzeit 70 000 Kriegsgefangene beschäftigt. Dadurch wird die Urbarmachung umfangreicher Ländereien im Königreich Preußen ermöglicht, deren Kultivierung sonst bei der Höhe der Arbeitslöhne unwirtschaftlich gewesen wäre. × Der Vorstand des Verbands der in Gemeindebesitz befindlichen Elektrizitätswerke Sachsens hat in einer Sitzung in Dresden am 26. März berichtet, daß die Vorarbeiten für die großen Kraftzentralen ihren Abschluß gefunden hätten. Es werden im Westen und im Osten Sachsens je ein Großkraftwerk errichtet, aus denen die Gemeinden Sachsens mit Strom versorgt werden. Diese Einrichtung, an der sich auch der Staat beteiligt und wofür etwa 50 Millionen Mark erforderlich sind, wird zur Ausschaltung des Elektrizitätskapitals in Sachsen führen, also das öffentlich-rechtliche Elektrizitätsmonopol verwirklichen. × Nach den bisher im Krieg von England über den internationalen Kupferhandel getroffenen Maßnahmen scheint es, wie der Frankfurter Zeitung aus Amerika geschrieben wird, nicht mehr zweifelhaft zu sein, daß England den ganzen Kupferexport Amerikas nach den neutralen Ländern an sich reißen und damit zu einer Monopolisierung des internationalen Kupferhandels gelangen will. × Zur Sicherung der Brotversorgung Österreichs

verfügte eine am 23. Februar erlassene Verordnung die Sperre über alle am 24. Februar vorhandenen Vorräte an Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais sowie an Mahlprodukten mit Ausnahme von Kleie. 300 Gramm Getreide oder 240 Gramm Mahlprodukte pro Kopf dürfen täglich verbraucht werden. Die Enteignungsvorschriften enthalten eine wesentliche Erweiterung. Zur Durchführung der Aufnahme der vorhandenen Vorräte wird eine unter staatlicher Aufsicht und Einflußnahme stehende Getreideverkehrsanstalt ins Leben gerufen. × Über die Verstaatlichung der englischen Kriegsindustrie wird unterm 11. März aus London gemeldet: Bei der Debatte im englischen Unterhaus über eine Vorlage, die der Regierung unbeschränktes Verfügungsrecht über für die Kriegsindustrie geeignete Werkstätten zugesteht, erklärte der Arbeiterpartei-Hodge seine Zustimmung wegen des kollektivistischen Charakters der Vorlage. Er forderte nur, daß die Regierung die in den betreffenden Betrieben üblichen Löhne zahle und bei eventuellen Reorganisationen die Arbeiter zu Rate ziehe. × Die Einführung eines Teemonopols in Rußland wird zurzeit erwogen. Hierzu führt Professor Migulin in dem Fachblatt Der Nationalökonom aus: der russische Teehandel sei schon jetzt tatsächlich monopolisiert, doch liege das Monopol in den Händen einer Gruppe von Kaufleuten. Es empfehle sich daher dort das staatliche Monopol einzuführen. Migulin berechnet den jährlichen Reingewinn auf 244 Millionen Rubel. Außerdem soll Rußland ein Zündholz-, ein Tabak-, ein Naphtha- und ein Versicherungsmonopol planen. Der Duma sollen in nächster Zeit schon entsprechende Gesetzentwürfe vorgelegt werden.

× **Literatur** Professor Dr. Edgar Jaffé kommt in seiner Abhandlung über Volkswirtschaft und Krieg /Tübingen, Mohr/ nach Besprechung der Kriegsmaßnahmen zu dem Ergebnis, daß der so ins Werk gesetzte Neuaufbau unseres Wirtschaftslebens auf weitgehender Ausschaltung des Prinzips der wirtschaftlichen Selbstbestimmung sich aufbaue und somit unverkennbar staatssozialistisches Gepräge trage. Bei dieser Gelegenheit sei mit erfreulicher Selbstverständlichkeit eine ganze Reihe von Dogmen, die unser bisheriges Wirtschaftsleben regierten, unter allgemeiner Zustimmung aller Be-

teiligten beiseite geschoben worden. Diese ganze Neugestaltung erhalte aber nun ihr ganz besonderes Schwergewicht, ihre programmatisch und prinzipiell tiefgehende Bedeutung durch den Umstand, daß es sich hier augenscheinlich nicht um vorübergehende Schwierigkeiten handle, nicht um Fragen, die mit dem Friedensschluß wieder verschwinden werden, sondern um solche, die dauernd mit uns sein, wieder und wieder eine endgültige Lösung fordern werden. Wenn wir uns nicht in die Gefahr begeben wollen in Abhängigkeit vom Ausland zu geraten, so müssen wir unsere gesamte Wirtschaftspolitik entsprechend den veränderten Existenzbedingungen umgestalten. Im neuen Deutschland müsse das alte Wort »Einer für alle, alle für einen« wieder zu Ehren kommen, das stets das letzte und höchste Ziel aller gesunden Staatsorganisationen gewesen sei. × Die Reichsaktiengesellschaft betitelt sich eine Broschüre von Heinrich Nienkamp /Berlin, Vita/, in der der Verfasser einen Vorschlag zur Organisation der Friedenswirtschaft im Krieg macht. Auf Grund eines Gesetzes soll eine Reichsaktiengesellschaft mit einem Grundkapital von einer Milliarde Mark gegründet werden, deren Zweck die Pflege der deutschen Volkswirtschaft im Interesse des Gemeinwohls sein soll. Sie soll vor allem solche für die Volkswirtschaft notwendige oder nützliche, mit der Wirtschaft mittelbar oder unmittelbar zusammenhängende Unternehmungen betreiben, für die durch staatliche oder privatwirtschaftliche Einrichtungen nicht genügend gesorgt ist oder gesorgt werden kann. × In einer Studie Das Eisenbahnhoheitsrecht des Deutschen Reichs von Richard Lehmann /Berlin, Hempel/ werden Betrachtungen über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit einer weitern Ausgestaltung der Eisenbahnhoheitsrechte des Reichs angestellt. Der Verfasser meint, das Zweckmäßigste würde immer noch sein auf den Plan von 1876, die Begründung von Reichseisenbahnen, zurückzukommen. Den Bundesstaaten könne das Projekt dadurch genehmer gemacht werden, daß die Erträge nicht ausschließlich dem Reich sondern vorwiegend den Einzelstaaten zugute kommen, daß ihnen in weniger wichtigen Angelegenheiten die Verwaltung überlassen bleibe, daß sie die mittleren und unteren Beamten in ihrem Gebiet auch weiterhin ernennen können. Ebenso könne den Einzelstaaten ein Einfluß auf

die Besetzung des Reichseisenbahnnamts zugestanden werden. Das Wesentlichste aber sei, daß das Reichseisenbahnamt in allen wichtigen Angelegenheiten das Recht habe Verfügungen an die Eisenbahnverwaltungen zu erlassen, die diese zu befolgen verpflichtet sein müssen.

### Frauenbewegung / Wally Zepler

**Berufarbeit** Die Erfahrungen des Krieges haben das Leben und die Tätigkeit der Frauen von so vielen Seiten her neu beleuchtet, daß es sehr natürlich erscheint, wenn der Versuch einer Umorientierung der Anschauungen nach mannigfachen Gesichtspunkten sich daran knüpft. Den verschiedenen Grundvoraussetzungen entsprechend weisen diese Versuche oft nach entgegengesetzten Zielpunkten, einerseits zu allgemeiner Berufsschulung und Berufsausübung des weiblichen Geschlechts, andererseits zu völliger Lösung von den Maximen der Frauenbewegung und zur Rückkehr in das frühere, ausschließlich in Hausfrauentum und Mutterschaft hinfließende Dasein. Zwischen diesen Extremen liegt eine Reihe von Aufgaben, die von den Vertreterinnen beider Lebensideale mit gleichem Recht befürwortet werden können, weil sie tatsächlich beiden Lebenssphären angehören; für sie werden die tiefgreifenden Lehren dieses Krieges deshalb auch bedingungslos überall anerkannt werden.

Dazu gehört in erster Linie das weite Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion. Es gibt hier auch sonst kaum eine Tätigkeit, von der die Frauen grundsätzlich ausgeschlossen wären, wenn auch die körperlich sehr schweren Verrichtungen meist Rayon der Männer bleiben. Der Zwang der Not rief jetzt, wo Männer nicht mehr überall zu haben waren, die Frauen selbst zu diesen anstrengendsten Arbeiten, wie Pflügen, Ernteeinbringen usw., auf, und oft hing so der geregelte Fortgang der Produktion von ihrem Eingreifen ab. Nun ist zwar bei der bekannten Überlastung der Frauen gerade auf dem Lande nicht zu wünschen, daß das Beispiel des Krieges sich hier für normale Zeiten Geltung schafft. Dagegen verlied die Kriegszeit einer Forderung starken Nachdruck, die bereits früher, bisher jedoch mit sehr geringem Erfolg, erhoben wurde: der einer systematischen fachlichen Schulung der Landarbeiterinnen. Wie sich wohl die Bewertung der gesamten Landwirtschaft und damit die

Agrarpolitik überhaupt nach dem Krieg nach vielen Richtungen ändern dürfte, so mußte auch die allgemein volkswirtschaftliche Bedeutung einer wirklich rationalen Ausbildung der hauptsächlich von Frauen betriebenen agrarischen Einzelgebiete: der Milchgewinnung, der Käse- und Butterbereitung, der Kleintierzucht, des Obst- und Gemüsebaus, mehr als sonst in die Augen springen. Wieviel höhere und zum Teil auch bessere Erträge der Boden bei solch einer rationalen Bewirtschaftung hergeben könnte, wurde von sachkundiger Seite oft genug gezeigt, ganz abgesehen davon, daß so auch privatwirtschaftlich in den kleineren und mittleren Landstellen bei gleicher Arbeitsintensität ungleich größere Gewinne zu erzielen wären. Es wird deshalb jetzt eine der wichtigsten Aufgaben der Frauen (ohne Ansehen ihrer Parteirichtung) sein für einen systematischen Ausbau obligatorischer landwirtschaftlicher Wanderkurse und Landwirtschaftsschulen für beide Geschlechter zu wirken und Verständnis für agrarisch wertvolle Frauenleistungen in allen Schichten zu wecken. Eine Fülle neuer, gesunder beruflicher Tätigkeiten erschlosse sich damit zugleich den Frauen.

Die gleiche Folgerung dürfte man, freilich unter bestimmten Einschränkungen, für die weibliche Arbeit auf allen anderen Gebieten ziehen. Nur daß hier sofort die alten Streitfragen nach dem eigentlichen Ziel oder dem Weshalb und Wieweit der Frauenberufsarbeit einsetzen, die eine Einigung sehr viel schwerer erscheinen lassen. Denn hier fallen nicht mehr wie in der Landwirtschaft hausfrauliche und berufliche Tätigkeit zusammen; wir stehen vielmehr vor einer vorläufig unentscheidbaren Alternative, und unsere Stellung zur beruflichen Ausbildung der Frauen hängt von der Parteinahme für die eine oder die andere Seite ab. Für das industrielle Gebiet, also nächst der Landwirtschaft das ausgedehnteste Feld weiblicher Betätigung, habe ich in dieser Rundschau (1914, 2. Band, pag. 702 ff.) die Argumente für und wider eine fachliche Schulung vor einiger Zeit eingehender erörtert. Will man abnorme Fälle wie den des Krieges mit in Rechnung ziehen, so müßte man im Hinblick darauf mindestens eine Anzahl von Frauen in jeder gewerblichen Tätigkeit so heranzubilden, daß sie in die Lücken der männlichen Arbeit einzuspringen vermögen. Umgekehrt hat der Krieg vielfach der Gegenströmung Nachdruck verliehen:

die spezifisch weiblichen Aufgaben, Krankenpflege, Hauswirtschaft, Mutter-schaft, erscheinen in neuer Glorie. Der New Yorker Vorwärts vom 6. Februar 1915 gibt entrüstet den Artikel einer deutschen Frau wieder, die ihre Geschlechtsgenossinnen zum freiwilligen Verzicht auf das Frauenstimmrecht auffruft. »Ich würde es, und mit mir viele deutsche Frauen, für ein unendliches Unglück ansehen, wenn die Frau das politische Wahlrecht wirklich erlangt«, so schreibt die Verfasserin.

Wichtiger und charakteristischer für den Empfindungsumschlag durch den Krieg ist eine Broschüre Die Frau und der Krieg von Lily Braun /Leipzig, Hirzel/, in der die einstige Führerin der Frauenbewegung ganz deutlich zum Rückzug bläst. »Und in feministischen Vereinen werden Erkenntnisse, wie zum Beispiel diese, daß Haushaltung eine Wissenschaft ist, zu weitgehender Beschäftigung mit den Fragen der Volkswirtschaft führen, und man wird auch dazu gelangen als wichtig erkannte Forderungen . . . der Volksernährung mit größtem Nachdruck zu fordern als etwa einmal das Universitätsstudium oder das Frauenstimmrecht . . . Ich habe . . . von dem Erwachen der primitiven Geschlechtsgefühle als einer der ersten Folgen des Krieges gesprochen und den ganzen Komplex weiblichen Empfindens mit dem einen Wort Mütterlichkeit am besten zu umfassen geglaubt. In seiner eigentlichen Bedeutung aber bezeichnet es im Sinn des Lebensdienstes die reinste Aufgabe der Frau. Wie viele hat der Krieg sie erst erkennen gelehrt! Wie viele, die er aus dem Beruf herausriß und ins Haus zurückzwang, bekannnten leuchtenden Auges, daß es doch das Schönste sei mit und für die Kinder zu leben! . . . Jetzt ist es an den Frauen sich über sich selbst zu erheben, nein: zu sich selbst, dem heiligsten Gesetz ihrer Natur zurückzukommen, durch den starken, bewußten Willen zur Mutter-schaft.«

Ist das mehr als Rhetorik, so vermag man nicht recht einzusehen, weshalb der Krieg diese Umstimmung erzeugt hat. Wenn (worauf sich Lily Braun bezieht) unsere Generation in der Erziehung das Autoritätsprinzip und die Willensbildung, oder wenn gerade auch die Sozialdemokratie in Verkennung des ethischen Grundcharakters des Sozialismus das Pflichtgefühl als soziales Moment nicht genügend betonte, so haben wir selbst das Verfehlte dieser Anschauung zu korrigieren. Was aber hat das

mit unseren Kindern und der Mutterschaft zu tun? Gegen die künstliche Geburtenbeschränkung ist gewiß bis zu bestimmter Grenze Front zu machen (die Erfahrung lehrt übrigens, daß nach schweren Menschenverlusten gewöhnlich von selbst eine höhere Geburtenfrequenz eintritt). Die Frage Frauenberuf oder Hauswirtschaft? bleibt indes davon meiner Ansicht nach völlig unberührt.

× **Dienstjahr** Die an den Krieg anknüpfenden Erörterungen über die Aufgaben des weiblichen Geschlechts haben es mit sich gebracht, daß man von allen Seiten jetzt die früher nur von einzelnen propagierte Einführung eines weiblichen Dienstjahrs diskutiert. Zwei Motive spielen dabei eine Rolle. Es soll dadurch ein starker Stamm ausgebildeter Kräfte für soziale Hilfsarbeit herangezogen werden, und die Mädchen sollen eine Zeitlang gleich den jungen Männern streng disziplinierte Arbeit im Dienst des Staates leisten. Beide Ziele sind gewiß zu billigen. Die Schwierigkeiten liegen nur in der näheren Ausführung des Plans. Da es sich dabei nur um eine allgemeine Dienstpflicht handeln könnte, der Staat also für die weitaus größte Mehrzahl der Frauen die vollen Unterhaltskosten tragen müßte, so wäre der aufzuwendende Betrag auch bei 1- oder ½-jähriger Dienstzeit gewaltig. Dem entspräche kaum der Wert der wirklich geleisteten Arbeit. Könnte es sich doch hierbei nur um die öffentliche Kranken-, Wochen-, Wohnungs-, Land-, Armen- und Waisenspflege, die Leitung von Kindergärten, Spielschulen und ähnlichem handeln.

Aber auch sonst ist vieles gegen solche Betätigung weiblicher Lehrlinge einzuwenden. Richtig wird darüber von einer Seite gesagt: »Aber wenn alljährlich Hunderttausende von Mädchen in den Krankenhäusern antreten, werden entweder die Berufspflegerinnen zum größten Teil überflüssig, oder die jungen Mädchen stecken doch nur die Nase in die Sache, ohne ernstlich zu helfen... Auch die Kranken wären in den Händen von ewig wechselnden, ungeübten Pflegerinnen nicht zu beneiden. Die ernste Gefahr, daß die dienenden Mädchen bezahlte Kräfte verdrängen, . . . liegt auch sonst nahe. Nach diesem Krieg werden noch unendlich mehr Frauen als bisher zur Berufsarbeit gezwungen sein, und jeder neue Berufszweig . . . wird freudig zu begrüßen sein, ebenso wie eine Vermehrung der Stellen in den . . . der weiblichen Eigenart so zusagenden Be-

rufen, wie es gerade die praktischen und sozialen sind.«

Auch im übrigen schwanken die Ideen über das *Wielange, Wie und Woraufhin* dieser Bildung vorläufig aufs äußerste. Nur über das eine sind sich alle einig: Die Mädchen sollen hauswirtschaftliche Kenntnisse erwerben und theoretisch und praktisch in die soziale Hilfsarbeit eingeführt werden. Adolf Grabowsky, der im Neuen Deutschland der Frage eine eingehendere Untersuchung widmet, will für die weibliche Erziehung im Gegensatz zur männlichen »größte Einheitlichkeit der Ausbildungsformen, dabei aber möglichst starke Differenzierung der Bevölkerungsschichten«. Das hieße aber den größten Vorzug eines solchen Dienstjahrs: die für alle gleiche Einordnung in einen allgemeinen Pflichtenkreis, wieder aufheben und dem Klaskenhochmut der wohlhabenden Schichten einen neuen Stimulus leihen. Andererseits lägen hier viel stärkere Schwierigkeiten für einen gleichmäßigen Dienstgang vor als beim Militärdienst des Mannes, wo es sich vorwiegend um Ausbildung bestimmter physischer Fähigkeiten handelt. Zutreffend weist Grabowsky darauf hin, daß für die schulentlassene 14jährige Gemeindegemeinderin nur eine Art Fortbildungsunterricht in Frage käme, während die Gymnasiastin nach bestandener Schlußprüfung (und vorher dürfte der Schulunterricht für sie nicht unterbrochen werden) nach Alter und Vorkenntnissen eine ganz andere Geistesdisposition mitbrächte. Auch die Frage der Zeitdauer wäre schwer zu lösen. 1 oder gar, wie viele wollen, 2 Jahre Dienstzeit dürften sich der Kosten wie auch der Berufsunterbrechung wegen (die bei der durchschnittlich so viel früheren Eheschließung der Frau hier mehr ins Gewicht fällt) nicht durchführen lassen; in einem halben Jahr dagegen, wie es andere vorgeschlagen haben, wird wenigstens die Volksschülerin im allgemeinen nicht viel lernen können. Eine Frauenorganisation hat einen Preis für den besten Plan zur Ausgestaltung des weiblichen Dienstpflichtjahrs ausgeschrieben.

× **Verständigungsbestrebungen** Ein holländisches Frauenkomitee unter dem Vorsitz

Dr. Aletta H. Jacobs' versendet einen Aufruf zu einem internationalen Frauenkongreß, der vom 28. bis zum 30. April im Haag stattfinden soll. Zweck des Kongresses ist eine Friedensdemonstration, deren Grundzüge das Programm im einzelnen entwickelt. Der

Kongreß fordert »von den Regierungen aller kriegführenden Länder öffentliche Darlegung der Bedingungen, auf Grund deren sie gewillt sind Frieden zu schließen und zu diesem Zweck sofort einen Waffenstillstand einzugehen«. Ferner, »daß künftighin ein solches Verfahren [Entscheidung von Völkerkonflikten durch Schiedsgericht oder Vermittlung] von den Regierungen aller Völker eingeschlagen werde«. Er fordert endlich »von den Mächten ein Überkommen, nach welchem internationale Maßregeln über ein Land verhängt werden, wenn es bei einem Streitfall zu den Waffen greift, ohne Schiedsspruch oder Vermittlung angerufen zu haben«. »Der Kongreß«, sagt das Programm weiter, »ist der Überzeugung, daß einer der mächtigsten Faktoren, um den Wiederausbruch eines Krieges zu verhindern, der zusammenwirkende Einfluß aller Frauen aller Länder ist; deshalb tragen auch die Frauen die Verantwortung für einen künftigen Krieg.«

Die größten Verbände, wie der Bund deutscher Frauenvereine, vor allem auch der Weltbund für Frauenstimmrecht, lehnten eine offizielle Beteiligung an dem Kongreß ab, weil sie seine Forderungen während des Weltkrieges für unerfüllbar und deshalb für zwecklos halten. Ich kann nur auf das verweisen, was ich in dieser Rundschau (in diesem Band, pag. 39 ff.) über allgemeine Friedenskundgebungen dieser Art sagte. Die geringen Resultate der internationalen sozialistischen Konferenzen sprechen jedenfalls für diese Auffassung. Und dort stand in der organisierten Arbeiterschaft der beteiligten Nationen eine politische Macht dahinter, die ja die Frauen vorläufig nicht besitzen. Ihr »lebhafter Wunsch« allein »die ganze Menschheit zu vereinen« wird wenig ausrichten können; wenn er nicht gar auf der Konferenz in der Erregung der Zeit durch nationale Feindseligkeiten wieder durchbrochen wird. Anerkennenswert ist dagegen die Erklärung, daß es die Frauen als eine Pflicht betrachten »die Gefühle der Rache und des Hasses [zwischen den Völkern] zu bekämpfen«.

In sehr schöner Weise haben auch sonst die Frauen für die Abkehr von jenem blinden und inhumanen Völkerhaß agitiert, in dem sich jetzt leider gerade auch die Intellektuellen der kriegführenden Länder nicht genug tun können, ohne daß sie bedenken, welch furchtbare Zukunftssaat damit gesät wird. In der Frauenfrage vom 16. Januar 1915

wendet sich Dr. Lucia Morawitz gegen die rohe Anschauung dieses Völkerhasses. In warmen und geistvollen Worten begrüßt in einem in München gehaltenen Vortrag Annette Kolb, die Verfasserin des feinen Romans Das Exemplar, die Gründung einer von Schweizern herausgegebenen Zeitschrift, die sich die Aufgabe setzt den wilden Presselügen in den kriegführenden Ländern objektive Berichte gegenüberzustellen. Annette Kolb ist, wie sie betont, Deutsche französischer Abstammung, also Halbromanin. »Glauben Sie ja nicht, daß der französische Germane kein guter Franzose sei. Sein bedrohtes Land ist es ihm tausendfach mehr, daß er sich dafür opfere. Und glauben Sie nicht, daß ich weniger deutsch fühle als Sie. Infolge meiner teilweisen Abgerrücktheit liebe ich Deutschland eifersüchtiger und geschärfter Sinnes vielleicht als Sie sich selber lieben können. Nicht um ein Minus handelt es sich bei uns, sondern in den Zusätzen liegen unsere Konflikte. Wir sind heute die anderen: Halbdeutsche oder Halbfranzosen, wie Sie wollen, aber keine Deutschen wie Sie, keine Franzosen wie die drüben, von einer doppelten Liebe beseelt, jeder nur durch ihren Hader von den Seinen geschieden.«

× Kurze Chronik Seit dem Ausbruch des Kriegs werden in deutschen Landschulen in steigendem Maß Lehrerinnen zum Unterricht verwandt. Sie müssen die Lehrer ersetzen, die im Felde stehen. × Die Schulkommission der Stadt Mannheim hat beim badischen Kultusministerium beantragt tüchtige Lehrerinnen unter Umständen und auf ihren Wunsch auch nach der Eheschließung im Schuldienst zu belassen. × In Frankreich wird, wie berichtet wird, die Kriegsunterstützung auch für die sogenannte *compagne* eines Kriegsteilnehmers gewährt, das heißt für die Frau, die in freier Ehe mit ihm lebt. × In Schweden berief die Regierung eine Frau mit voller Gleichberechtigung in die Kommission für die Reform des schwedischen Familienrechts. × In der russischen Duma wurde ein Antrag eingebracht, der den Frauen das Recht verleiht will an den Universitäten und an allen höheren Bildungsanstalten als Dozenten und Professoren zu amtieren. × In Nevada und Montana erhielten die Frauen kürzlich das aktive und passive Wahlrecht in den gesetzgebenden Körperschaften. Es sind jetzt

11 Staaten der Union, die den Frauen politische Gleichberechtigung geben. × Das Staatsparlament von Victoria nahm einen Gesetzentwurf an, der den Frauen die Wählbarkeit zu kommunalen Ämtern verleiht. × In Deutschland lebende Amerikanerinnen (American Citizen resident in Europe) erließen einen Aufruf gegen die Waffenlieferungen amerikanischer Firmen an kriegführende Staaten. × Der sozialistische Frauentag, der in den letzten Jahren im März zur Propaganda des Frauenwahlrechts in vielen Ländern Europas wie in den Vereinigten Staaten stattfand, wurde diesmal am 7. März nur in der Schweiz und den skandinavischen Ländern begangen.

## WISSENSCHAFT

### Biologie / Adolf Koelsch

**Kosmisch-tellurische Faktoren** Im Jahr 1898 war im Skandinavischen Archiv für Physiologie eine Arbeit von Arrhenius über die Einwirkung kosmischer Faktoren auf physiologische Vorgänge erschienen, in der der Nachweis versucht wurde, daß die Krampfanfälle der Epileptischen nicht nur periodisch erfolgen sondern in ihrer Periode größtenteils mit dem Mond gehen. Der Einfluß des Mondes wurde näher noch dahin präzisiert, daß als eigentlich bestimmende Element in der astrophysischen Reizkette der mit der Mondperiode sich rhythmisch ändernde Gang des luftelektrischen Potentialgefälles anzusprechen sei; immer am Tag nach dem Höchststand der luftelektrischen Kurve sollte ein Maximum epileptischer Krampfanfälle zu beobachten sein; für die Wiederkehr dieser Maxima wurde eine Periode von 27 respektive 29 Tagen errechnet. Seitdem scheint man sich für die möglicherweise vorhandenen Abhängigkeitsbeziehungen zwischen Umweltbeschaffenheit und Epilepsie nicht besonders interessiert zu haben. Weder ist mir bekannt, daß jemand die Arrheniusschen Behauptungen und Berechnungen nachgeprüft hätte, noch hat man das Bedürfnis gehabt auch die übrigen, von Arrhenius ignorierten atmosphärischen, kosmischen und tellurischen Milieufaktoren auf ihren möglichen Zusammenhang mit dem Verlauf der epileptischen Anfälle zu untersuchen.

Diese Magerjahre haben jetzt ihr Ende gefunden, seit Dr. med. Robert Ammann die während der letzten 7 Jahre in der Züricher Anstalt für Epileptische

beobachteten 199 076 Fälle einer genauen Bearbeitung unterzogen und sie zu allen Wetterfaktoren in Vergleich gesetzt hat. Die Wettertabellen hat die schweizerische meteorologische Zentralanstalt in Zürich geliefert, sie sind also einwandfrei. Die sehr umfangreiche Arbeit selbst führt den Titel Untersuchungen über die Veränderungen in der Häufigkeit der epileptischen Anfälle und deren Ursachen und findet sich in der Zeitschrift für die gesamte Neurologie und Psychiatrie, könnte aber ebensogut in jeder physiologischen Fachzeitschrift veröffentlicht sein. Ammann ging in der Weise vor, daß aus den täglichen Aufzeichnungen zunächst eine Jahreskurve der Anfallshäufigkeit abgeleitet und diese Kurve dann in ihrem Gang mit der Züricher Jahreskurve der verschiedenen Wetterfaktoren verglichen wurde. Dabei ergaben sich folgende interessante Zusammenhänge:

Die Anfallshäufigkeit ist im Winter am größten, im Sommer am kleinsten. Das Maximum fällt in den Dezember, das Minimum in den Juni. Die Anfallskurve hat somit den gleichen Verlauf wie die Jahreskurven, die den Gang der Bewölkung, des trüben Wetters und der Nebelbildung verzeichnen. Ammann schließt hieraus, daß der ausschlaggebende Wetterfaktor die Sonnenstrahlung ist, und ist in der angenehmen Lage seine Folgerung durch den Hinweis unterstützen zu können, daß die von der Sonnenstrahlung abhängigen Wetterbestandteile exakt die gleiche Jahreskurvenform besitzen wie die epileptischen Anfälle. Das luftelektrische Potentialgefälle und die erdmagnetische Inklination, die in ihrer Jahreskurvenbewegung vom Gang der Sonnenstrahlung in dem Sinn abhängig sind, daß sie mit der Strahlung progressiv abnehmen, liefern genau das gleiche Kurvenbild wie die Fallsucht; erdmagnetische Deklination und elektrisches Leitvermögen der Luft dagegen das umgekehrte. Ob neben diesem Jahresrhythmus noch der 27tägige Rhythmus des Arrhenius besteht, wird nicht untersucht. Doch macht der Verfasser darauf aufmerksam, daß von den Nachtanfällen die Zeit um 10 Uhr abends und die etwas nach 4 Uhr morgens auffallend bevorzugt wird; Der abendliche Kurven Gipfelpunkt soll mit der Zeit der größten Schlafentiefe zusammenfallen, die, 1 bis 2 Stunden nach dem Schlafengehen erreicht, hier schon um 10 Uhr eintritt, weil die Patienten regelmäßig um 8 Uhr schlafen gehen; der frühmorgendliche

Höhepunkt soll einem sehr ausgesprochenen Wendepunkt im Tagesrhythmus der luftelektrischen Erscheinungen entsprechen.

Jedenfalls wird wieder einmal an einem der Beobachtung leicht zugänglichen pathologischen Fall bestätigt, daß der Mensch nicht anders als Pflanze und Tier in den Rahmen des Wirkungsfelds aller bekannten kosmischen und tellurischen Kräfte hineingespannt und dem über allem Organischen waltenden Gesetz unterworfen ist, daß nichts in der nahen und fernen Umwelt sich ereignen kann, was nicht im Körpergeschehen seine sehr merkbaren Fußspuren zöge.

×

**Kurze Chronik** Dr. A. Wolkenhauer, Privatdozent für Geographie an der Universität Göttingen, ist auf dem Schlachtfeld gefallen. × Hochbetagt starb auf seinem Gut in Witzenhausen Graf Hans von Berlepsch, einer der besten deutschen Vogelkenner, Mitbegründer der Vogelschutzbewegung, Erfinder der künstlichen Nistkästen und Besitzer einer eigenen Reservation. × Im Alter von 52 Jahren verschied ein Herzlähmung der Direktor des Stuttgarter Naturalienkabinetts, Professor Eberhard Fraas. Er war Geologe und Paläontologe und hat sich besonders um die Erforschung und Bergung der fossilen Saurierwelt Schwabens und Ostafrikas große Verdienste erworben. Die Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte verliert ihren ersten Vorsitzenden in ihm. × In den Sitzungsberichten der Berliner Akademie der Wissenschaften teilte Bergrat W. Branca mit, daß der von Dr. Reck in der Serengetisteppe geborgene Fossil-mensch (siehe hierüber diese Rundschau, 1914, 2. Band, pag. 1001) kaum einer diluvialen Rasse angehört habe, da an seinem Schädel alle Merkmale wirklich primitiver Organisation fehlen. Er scheint aus der frühen Jetztzeit zu stammen.

×

**Literatur** Der Krieg hat die naturwissenschaftliche Bücherproduktion arg ins Stocken gebracht, wenn sie auch nicht ganz versiegt ist. Man beschränkt sich in der Hauptsache darauf Begonnenes fortzusetzen oder abzuschließen. Dies gilt von dem größten naturwissenschaftlichen Sammelwerk, das wir überhaupt haben, dem Handwörterbuch der Naturwissenschaften, herausgegeben von Korschelt (Zoologie), Linck

(Mineralogie und Geologie), Oltmanns (Botanik), Schaum (Chemie), Simon (Physik), Verworn (Physiologie) und Teichmann (Gesamtedition) /Jena, G. Fischer/. Es ist mit seinen 10, in großem Lexikonformat gehaltenen, reich illustrierten Bänden, von denen jeder 1100 bis 1300 Seiten umfaßt, ein mächtiges, dem Forscher unentbehrliches Nachschlagewerk, eine Enzyklopädie des Wissens, die deutsche Arbeitskraft und deutscher Ordnungswille in der verhältnismäßig knappen Zeit von 4 Jahren zustande gebracht haben. Nach Stichworten geordnet, stellt es eine Summe von Einzelabhandlungen dar, die alle von Spezialisten geschrieben sind und an Gründlichkeit nichts vermissen lassen. Einzelne Abhandlungen sind vollkommene Lehrbücher für sich. Daß gewisse Lücken und Redaktionsmängel vorhanden sind, ist nicht zu bestreiten; sie werden bei Neuauflagen sicher verschwinden, so daß das gewaltige Werk, dem die Literatur keines andern Volkes Ähnliches an die Seite stellen kann, mit den Jahren wohl rein und fugenlos in seine Bestimmung hineinwächst. × Unter den Neuerscheinungen ist Wilhelm Bölsches frischer Kosmosband, Der Mensch der Zukunft /Stuttgart, Franckh/, zu nennen. Man liest auf Seite 82 dieser 90 Seiten starken Schrift als ersten wirklichen Ertrag der weitausholenden, stets mehr in der Vergangenheit als sonstwo stöbernden Betrachtung, daß auch dort, wo es mit der Körperentwicklung des Menschen wirklich noch vorwärts zu gehen scheint (feinere Entwicklung der Daumen-, Augen- und Mundmuskulatur, der seitlichen Erweiterung der Schädelhöhle zur Raumgewinnung für das Gehirn, Vervollkommnung der äußern Nase usw.), es offenbar dabei bleibt, »daß die Neugealtungen zwar in bestimmter Richtung gehen, wesentlich aber auch noch nicht ganz Neues suchen sondern nur das Gegebene noch immer besser ausbalancieren«. Und so wäre das Positive, was sich biologisch vom Menschen der Zukunft vermuten läßt, auf einem Kartenblatt niederzuschreiben gewesen, hätte man nicht seine Phantasie, die einem erlaubt noch sehr viele schöne Dinge über allerhand »ethische Plusvarianten« und sonstige Fortschrittsbegabungen zu sagen, die mit der Zeit das Menschengeschlecht sicher zu der Höhe hinaufreißen werden, die es heute noch nicht erreicht hat. Solche Verheißungen, im Wortkleid des Biologen vorgetragen, mögen, ob sie auch einzig im Optimis-

mus und monistischen Glaubensgrund des Verfassers verankert sind, vielen Sehnsuchtsvollen sehr tröstlich sein, können aber keine Entschädigung bilden für das, was man in dem Buch gesucht, aber nicht gefunden hat.

## KUNST

### Musik / Edgar Istel

**Kriegskompositionen** Aus großer Zeit betitelt sich ein Liederzyklus für eine Singstimme und Klavierbegleitung, den Franz Mayerhoff als opus 39 bei Klemm in Leipzig herausgibt.

Das erste Lied nach dem bekannten, rasch berühmt gewordenen Haßgesang gegen England Ernst Lissauers liegt auch in einer Bearbeitung des Komponisten für Männerchor a cappella oder mit Begleitung des Klaviers vor. Die eigentlich kriegerischen Kompositionen dieses Tonsetzers (Nummer 2: Im Felde, Nummer 3: Kampfgesang der Deutschen, Nummer 4: Landsturmmanns Abschied) sind etwas besser als der Durchschnitt der üblichen patriotischen Komponiererei, bleiben aber in der musikalischen Phrase stecken, im Wagnerklischee mit besonderer Vorliebe. Relativ am besten wirkt dagegen Nummer 5: Friede, nach einem wundervollen, zu den schönsten Poesieen dieses Krieges zählenden Gedicht von Hermann Hesse (»Jeder hat's gehabt, keiner hat's geschätzt, jeden hat der süße Quell gelabt, O, wie klingt der Name Friede, klingt der Name Friede jetzt«). Hier reißt der Dichter einen Augenblick den Komponisten mit sich fort. Leider reicht Mayerhoffs Atem nicht weit genug; unterwegs verläßt ihn die Kraft und er wurstelt weiter, statt kühnen Schrittes die Bahn zu Ende zu schreiten.

Neue Kriegschoräle zu alten Weisen gibt Professor Wilhelm Mühlforth bei Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen heraus. Das Geleitwort dazu schrieb Peter Rosegger. Es sind gutgemeinte zeitgemäße Umdichtungen alter Kirchenlieder, die jetzt zu den alten erhebenden Weisen hie und da gesungen werden mögen. Sehr kräftig ist die poetische Ader des Herrn Pfarrers allerdings nicht.

× **Euryanthebearbeitung** Die künstlerische Unproduktivität unserer Zeit, die wie ein großer Hexenkessel brodeln, zeigt sich am meisten in der Häufung neuer Bearbeitungen altgeschätzter Werke. »Kinder, macht Neues, Neues und abermals Neues!«

möchte man unseren Opernleitungen mit Richard Wagner zurufen, flicht nicht zu viel am Alten herum, sonst holt euch der Teufel der Unproduktivität. Aber woher das neue Gute nehmen? werden darauf die Bühnenleiter fragen. *Circulus vitiosus*: Wer nicht aufgeführt wird, kann nicht berühmt werden; wer nicht berühmt ist, wird nicht aufgeführt. Immerhin kann man jetzt während des Krieges eine Art von Verlegenheitsspielplan unseren Bühnenleitern zugestehen. Da versuchte es das Königliche Opernhaus in Berlin mit einer seltsamen Neugestaltung von Webers *Euryanthe*, besorgt von Hans Joachim Moser, unter dem Titel *Die sieben Raben*. Während Gustav Mahler und Dr. Stephanie in ihren *Euryanthe*-Bearbeitungen sich darauf beschränkt hatten die schlimmsten Schäden des verunglückten Chézyschen Textbuchs auszubessern, aber auch damit der Lebenskraft des Werkes nicht allzu dienlich waren (obwohl Mahlers Bearbeitung geradezu dramaturgisch genial ist), hat der junge Musikschriftsteller und Sänger Moser zu dem sehr gewagten Radikalmittel gegriffen der Weberschen Musik einen ganz andern Text, ja, einen ganz andern Stoff unterzulegen. So verlockend es erscheinen mochte auf diese Weise das Werk zu retten, so geschickt mitunter Mosers Verfahren genannt werden muß, es konnte, das war von vornherein klar, nicht glücken. Ein so eminent dramatisch empfindender Komponist wie Weber kann sein auf ein bestimmtes ritterlich-romantisches Milieu zugeschnittenes musikalisches Ausdrucksvermögen nicht in das Prokrustesbett eines ganz anders gearteten harmlosen Märchenstoffs zwingen lassen, ohne ernstlich Schaden zu erleiden. So mußte denn, um nur ein Beispiel anzuführen, Moser die Partie der Weberschen *Eglantine* zerlegen: die eine Hälfte wurde der guten Fee, die andere der bösen, Ortrudhaften Kanzlersfrau zugeteilt. Überhaupt, die Parallele mit der *Lohengrin*-Handlung, bei Weber historisch begreifbar (*Euryanthe* ist bekanntlich das Vorbild Wagners gewesen), wird hier bei dem neuen nachwagnerschen Text oft recht peinlich. Alles in allem: verlorene Liebesmüh.

× **Gesangspädagogik** Dr. Julius Kapp, der bekannte Berliner Wagnerbiograph, veröffentlicht im Merker unbekannt Briefe des Meisters, darunter ein gerade nach Vollendung der *Rheingold*-Partitur am 3. Juni 1854



aus Zürich an den ihm befreundeten Gesangspädagogen Friedrich Schmitt gerichtetes Schreiben, in dem einige, für Wagner ungemein bezeichnende Sätze stehen. »Liebster, laß Dir aufrichtig in bezug auf Deine Gesangsschule sagen: Ich verstehe nichts davon, wie überhaupt nichts von Theorie . . . das sind mir absolut fremde Dinge, mit denen ich mich selbst nur mühsam bekannt machen kann, ohne darin zu einem festen Urteil darüber je gelangen zu können. Du scheinst mir überall recht zu haben; aber was ich sehnlichst wünsche, ist dem einzigen Organ, mit dem ich so etwas beurteilen kann, meinem Ohre, Zeugnisse vorgeführt zu bekommen. Mach', daß ich einmal jemand aus Deiner Schule singen höre. Ich traue Dir wahrlich das Beste zu, und komme ich in den Fall einen Gesanglehrer empfehlen zu sollen, so sei versichert, daß ich bestimmt nur Dich empfehlen werde.« Tatsächlich ging der Gesangunterricht in der Bayreuther Stilbildungsschule später auf Schmitts Prinzipien zurück, die dessen Schüler Julius Hey ausbaute.

×  
**Kurze Chronik** Auf den westlichen Schlachtfeldern fielen der Musikschriftsteller Dr. Martin Falck, der Biograph Wilhelm Friedemann Bachs, und der Musikverleger Schittler (Wunderhornverlag), der sich besonders um die Mitarbeit Münchener Illustratoren bei Musikausgaben verdient machte. × Von Max Reger sind 2 neue Kammermusikwerke, ein Klavierquartett opus 133 und ein Klavierwerk opus 134, Variationen und Fuge auf ein Thema von Telemann, vollendet worden. × Eine Musik zu Gerhart Hauptmanns Schluck und Jau hat der den Lesern der Sozialistischen Monatshefte auch als Schriftsteller bekannte Komponist Max Marschalk geschrieben: Reinhardt hat sie bei der Neueinstudierung des Werkes verwendet. Diskret und liebenswürdig, sich geschickt den wechselnden Stimmungen einfügend, erfüllt diese Musik durchaus ihren Zweck: ein- und überzuleiten, bald lyrisch bald dramatisch, hier grotesk dort romantisch-jägerhaft zu wirken. Zum Gelingen der auf hervorragender Stufe stehenden Aufführung trug sie nicht wenig bei. × In Livorno hielt Pietro Mascagni zugunsten der dortigen Universität einen Vortrag. Er analysierte dabei die Opern Rossinis und betonte, von diesem Meister müsse eine Wiedergeburt der italienischen Musik ausgehen. Allzu lange hätten

fremde Formen die italienische Oper beherrscht; diese sei dadurch zu sehr mechanisiert (!) und gelehrt gemacht worden. Nun sei es an der Zeit zum nationalen Stil zurückzukehren. × Ein unbekanntes Palestrinabild, gemalt von keinem geringern als Giovanni Battista Moroni, etwa 1525 bis 1578, einem der besten zeitgenössischen Porträtisten, dem Schüler Morettos, kam im Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum in Innsbruck gelegentlich einer Nachforschung zum Vorschein. Das vorher nicht näher bestimmte Bild entstammt dem reichen Legat des 1888 verstorbenen Hofrats Ludwig Ritter von Wieser. × Der Wiener Stadtrat beschloß die alte Brahmswohnung in größter Treue wiederherstellen zu lassen: 3 im Kaiser Franz Joseph-Stadtmuseum zur Verfügung gestellte Räume sollen so ausgestattet werden, daß sie in möglichst genauer Nachahmung ein Abbild der damaligen Behausung Brahms' darstellen; alle jetzt im Besitz der Brahmsgesellschaft befindlichen Erinnerungsgegenstände, Manuskripte usw. sollen gleichfalls in diesen Räumen aufgestellt werden. × Die Urmelodie der Wacht am Rhein will Dr. Arthur Kahn (Charlottenburg) entdeckt haben. Er teilt diese, in seiner Heimat Rheinhessen bereits vor 1870 gesungene, bisher sonst unbekannte Melodie in der illustrierten Deutschen Kriegschronik mit. Diese Version hat zwar manche Ähnlichkeit mit der allgemein gesungenen Wilhelmshenen Komposition, ist aber als Ganzes von ihr verschieden. Ob es sich hier um eine populäre provinzielle Verballhornung der bereits 1854 entstandenen Wilhelmshenen Melodie handelt oder um eine wirklich ältere Schöpfung, ist jetzt schwer festzustellen. × Die Blätter für Haus- und Kirchenmusik, ein ausgezeichnetes Fachblatt, das unter Leitung des Professors Rabich seinen 18. Jahrgang erreichte, haben ihr Erscheinen bis zum Frieden unterbrochen. × Die Vereinigung der deutschen Pianofortefabriken begründete einen Heereslieferungsverband für Holzwaren aller Art: gewiß ein Zeichen der Anpassungsfähigkeit unserer Industrie. × Das stellvertretende Generalkommando in München wendet sich an Publikum, Theater, Kabarets, Volkssänger und Kinos mit dem Ersuchen nicht wie bisher durch seichte Musik sich vom Ernst der Zeit ablenken zu lassen: eine Mahnung, die auch in Berlin beherzigt werden sollte.

×

×

**Literatur**

Die Sammlung der Kleinen Musikerbiographien /Leipzig, Breitkopf & Härtel/ hat sich um etliche Bände vermehrt. Daß in den ersten Kriegsmonaten dort eine Biographie Peter Tschaikowskij's erschien, zeigt immerhin, daß dieser deutsche Verlag durch die allgemeine Erregung, die damals auch gegen alles Russische auf geistigen Gebieten herrschte, nicht beeinflusst war. Das Büchlein, das den Konservator des Musikarchivs der ehemaligen Brücke in München, Otto Keller, zum Verfasser hat, ist am wertvollsten in seinem fleißigen Literaturanhang. × Recht geschickt faßt Eugen Schmitz in seinem *Paestrina* bändchen dieser Sammlung die bekannten Tatsachen über den großen Kirchenmeister zusammen. × Der geschätzte Lortzingerforscher Georg Richard Kruse läßt dort seiner großen Biographie des Opernkomponisten einen sehr brauchbaren, nach neueren eigenen Forschungen ergänzten kleinen Band folgen. × Bei Breitkopf & Härtel erschien auch die umfangreiche Biographie Engelbert Humperdincks von Otto Besch. Sie läßt frisch und sympathisch ein Bild des zeitgenössischen Meisters erstehen, dessen 60. Geburtstag vor wenigen Monaten gefeiert wurde. Viele liebenswürdigen Züge sind hier zum erstenmal mitgeteilt. Der objektive Verfasser ist aber manchmal recht naiv, wenn er schalkhafte Äußerungen Humperdincks gar zu ernst nimmt (zum Beispiel auf Seite 83).

**KULTUR****Kolonisation / Herman Kranold****Quellen**

Manchem Parteigenossen wird es in diesen Tagen angenehm sein, wenn er sich über die Grundtatsachen unserer Kolonialpolitik schnell und zuverlässig informieren kann; mancher wird durch den Umfang, den koloniale Angelegenheiten jetzt unter den täglichen Nachrichten einnehmen, dazu geführt werden diesen Wunsch, der bisher leider allzu vielen fehlte, lebhaft zu empfinden. Ihm seien im folgenden die ersten Hilfsmittel dazu genannt. Dabei lege ich, gemäß der Besonderheit dieses Bedürfnisses, Wert darauf möglichst aktuelle Quellen anzuführen, das heißt solche, die geeignet sind über den gegenwärtigen Stand der Dinge den erforderlich genaueren Aufschluß zu geben. An erster Stelle ist zu empfehlen der in dieser Rundschau (1914, 1. Band,

pag. 333 ff. und 591 f.) schon besprochene große Jahresbericht des Reichskolonialamts Die deutschen Schutzgebiete in Afrika und der Südsee 1912-1913 /Berlin, Mittler/, der freilich schon ein Jahr alt ist, aber doch auch für dies bestimmt umschriebene Bildungsbedürfnis noch ausreicht, während er auf der andern Seite durch seinen umfangreichen statistischen Teil dem Bedürfnis des Zeitungslesers besonders entgegenkommt.

Bedeutend weniger umfangreich ist die neue Arbeit des Kolonialwirtschaftlichen Komitees Unsere Kolonialwirtschaft in ihrer Bedeutung für Industrie, Handel und Landwirtschaft /Berlin, Kolonialwirtschaftliches Komitee/. Diese behandelt freilich in erster Linie nur die wirtschaftliche Seite der deutschen Kolonien, gibt aber über die meisten anderen Kulturgebiete auch Andeutungen und Hinweise, und in manchen Dingen geht sie sogar ziemlich ins einzelne. Bei mehrfacher sorgfältiger Prüfung hat das Werkchen sich mir als zuverlässig und bequem erwiesen. Besonders wertvoll sind die 10 wirtschaftlichen Weltkarten, die, mit großer technischer Gewandtheit ausgeführt, über das Vorkommen von beispielsweise Baumwolle, Kautschuk, Kakao, Kaffee in den verschiedenen Ländern hinreichenden Aufschluß geben und dadurch die Bedeutung der entsprechenden Kulturen in den deutschen Schutzgebieten für den deutschen Konsumenten und Verarbeiter tiefer verstehen lehren.

Wer in dieser Beziehung seine Kenntnisse noch vertiefen und vor allem an die Stelle der oft farblosen Worte einer Beschreibung das optische Bild der Karte setzen will, dem rate ich zu dem jedes Jahr neu aufgelegten Deutschen Kolonialatlas /Berlin, D. Reimer/, letzte Ausgabe vom Sommer 1914 (der den Karten vorangeschickte beschreibend-statistische Teil ist augenmerkend gedruckt), der allgemeingeographische Anschauung vermittelt, vor allem aber zu dem von Springade und Moisel im Auftrag wiederum des Kolonialwirtschaftlichen Komitees bearbeiteten Wirtschafts atlas der deutschen Kolonien. Er ist zwar nicht ganz neu, reicht aber für das allgemeine Orientierungsbedürfnis auch jetzt noch vollkommen aus; seine graphisch-statistischen Darstellungen begreifen allerdings die letzten Jahre nicht mehr ein.

Ein gutes Bilderbuch für solche, die in verstärktem Maß Anschauung der Schilderung vorziehen, ist Rohrbachs Die

deutschen Kolonien /Dachau, Gelber Verlag/. Die Abbildungen sind technisch vorzüglich, ihre Auswahl zeugt von der kolonialwissenschaftlichen Sachkunde und dem pädagogischen Geschick des Verfassers.

Schließlich empfehle ich denen, die noch tiefer eindringen wollen, die letzten Jahrgänge des Tropenpflanzers und der Kolonialen Rundschau vorzunehmen. Die Koloniale Rundschau bringt seit Kriegsausbruch Aufsätze über den Kolonialbesitz der Weltmächte. Die beiden, die vom britischen Weltreich handeln, sind ausgezeichnet, der über die französischen Kolonien ebenfalls. Sie geben neben der Beschreibung der Organisation reichlich politische und wirtschaftliche Statistik und gewinnen noch durch die famose Übersichtskarte des britischen Weltreichs, die ihnen beigeheftet ist. Die Rundschau wie der Tropenpflanzer sind auch geeignet den Leser in die Problematik der Kolonialwirtschaft und der Kolonialpolitik einzuführen: der Tropenpflanzer in vollkommen gemeinverständlicher Weise in die wirtschaftlichen Fragen der Kolonisation, und zwar nicht nur der deutschen sondern auch der der anderen Mächte, die Koloniale Rundschau vor allem auch in die Kulturpolitik; sie hat sich ein hervorragendes Verdienst dadurch erworben, daß sie von jeher dem Eingeborenenschutz ihre besondere Aufmerksamkeit zuwandte, und ist so auch mit Recht zum Rang eines Publikationsorgans der Deutschen Gesellschaft für Eingeborenenschutz aufgestiegen. Wer lernen will, findet in diesen beiden Zeitschriften auch reichlich Literaturangaben.

×  
Ägypten

Wie wünschenswert es ist, daß genaue Sachkenntnis die Anwendung der Grundsätze unserer Parteischriftsteller auf die einzelnen Fragen der Kolonisation leite, das beweist leider die, hier bereits in der Rubrik Geistige Bewegung (in diesem Band, pag. 207) besprochene Schrift des Genossen Heinrich Cunow Die Türkei und Ägypten /Berlin, Vorwärts/ in den Abschnitten, die sich auf Ägypten beziehen. In dieser, sonst recht guten Studie zählt der Verfasser zwar summarisch die Leistungen der englischen Herrschaft in Ägypten auf, aber ausführlicher spricht er nur von den Schattenseiten des Bildes, das uns die ägyptische Volkswirtschaft bietet. Die Bedeutung der Zersplitterung des in den Händen der Fellachen befind-

lichen landwirtschaftlich genutzten Bodens übertreibt er. Er vergißt, daß die Vermehrung des Kleinbesitzes unter 5 Feddan (1 Feddan = 42 Ar) nur zu einem kleinen Teil auf Zersplitterung vorhandener Klein- und Mittelbetriebe, daß er zum andern, größern Teil vielmehr auf einen Zuwachs der in Kultur genommenen Flächen zurückzuführen ist. Er erwähnt das Gesetz nicht, durch das die Regierung, durch indische und amerikanische Erfolge ermutigt, diesen Zersplitterungsvorgang zu bekämpfen sucht, indem sie den Parzellenbauern den Besitz unter 5 Feddan garantiert hat. Deshalb erscheint sein im übrigen sehr zu empfehlendes Schriftchen in diesen Teilen wenig zur Informierung der Parteigenossen geeignet.

Als Quelle des Wissens von den volkswirtschaftlichen Grundlagen Ägyptens möchte ich die solide und umfangreiche Darstellung Franz Magnus' (Ägypten /Tübingen, Mohr/) empfehlen. In Ägypten muß, mehr noch als in anderen Ländern, das Maß des Möglichen unter Berücksichtigung der gegebenen natürlichen und sozialen Bedingungen bestimmt werden. Das regenlose Klima beschränkt die Landwirtschaft auf das Gebiet des Nils; der aber muß, wenn man die mit seinem Wasser versorgte Fläche ausdehnen will, reguliert, gestaut, in zahllosen Kanälen abgeleitet werden; in diesem weiden und deshalb vieharmen Land muß erst die Anwendbarkeit künstlicher Düngung erprobt und den Eingeborenen beigebracht werden usw.: lauter Dinge, die die Engländer auch ins Werk gesetzt haben. Alles das stellt Magnus dar. Und er fügt eine ausführliche Beschreibung des gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Zustands des Landes hinzu. Man begreift bei ihm, wie der Schaden, den Ägypten wirtschaftlich durch den Suezkanalbau erlitten hat, durch den Ausbau der Kap-Kairo-Bahn zu einem guten Teil wieder wettgemacht werden könnte, man sieht an der Baumwollkultur, die in Ägypten forciert wurde, nicht mehr nur die böse Seite, daß der Fellache durch sie in den Welthandel und seine Gefahren verstrickt, auf das Gedeihen oder Verderben einer einzelnen Kultur angewiesen ist, daß das Land infolgedessen mehr Nahrungsmittel einführen als ausführen muß, weil die Anbaufläche für Getreide nicht im gleichen Verhältnis wie die Bevölkerungszahl zunehmen konnte, sondern auch, wie sehr diese lohnende Kultur den Vermögens- und damit auch den Bil-

dungsstand des Volkes gehoben hat, wie die englischen Ratgeber, vor allem Lord Cromer, und ihre Untergebenen das Land, das, als sie es 1882 besetzten, ein Haufen desorganisierten Elends war, zu einem relativ günstigen Gesamtzustand gebracht haben.

Wer in diese Dinge noch tiefer eindringen will und mit der nötigen Kritik gewappnet ist, der ziehe als Ergänzung zu Magnus' Buch noch die Apologie der englischen Okkupation und Verwaltung Ägyptens hinzu, die W. Basil Worsfold unter dem Titel *The Future of Egypt* /London, Collin's Press/ veröffentlicht hat. Sie legt mit gutem Grund besonderes Gewicht auf die Zukunft; sie gibt aber so auch ein Bild von mancher schon keimenden Möglichkeit und vermag manche Erscheinung der Vergangenheit, die uns sonderbar berührt, als durch die natürlichen Verhältnisse bedingt und daher unvermeidlich zu erklären. Sie geht aber im apogetischen Eifer oft zu weit und ist deshalb mit großer Vorsicht zu genießen; besonders die Zahlenangaben wollen nachgeprüft sein.

× **Kurze Chronik** Der Vorsitzende des Kolonialwirtschaftlichen Komitees Karl Supf ist gestorben. Alles, was an Arbeiten des Komitees hier erwähnt und oft der Beachtung empfohlen wurde, ist wesentlich auch seine Leistung. Sein Tod ist also ein Verlust für uns. × Unter dem Krieg haben die Missionen sehr zu leiden. Nicht nur, daß in den Gebieten, in denen Kämpfe sich abspielen, ihre Arbeit ganz unterbrochen ist; auch in den englischen und französischen Gebieten haben die Verbündeten den Missionen schweren Schaden dadurch zugefügt, daß sie alle Missionare deutscher oder österreichisch-ungarischer Staatsangehörigkeit gefangen gesetzt haben. × In Niederländisch-Indien soll jetzt eine Eingeborenenvvertretung eingerichtet werden. Einzelheiten über Motive und Gestaltung fehlen noch. Doch geht man wohl nicht weit fehl, wenn man den Plan als einen Schachzug gegen den auch dort im Zeichen des Heiligen Krieges wiedererwachenden moslimischen Nationalismus betrachtet. × Der Hebung der deutschen kolonialen Landwirtschaft dient die in den Arbeiten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (die schon mehrfach in den letzten Jahren sich mit kolonialen

Agrarfragen beschäftigten) veröffentlichte Darstellung *Die Futterpflanzen Deutsch Südwestafrikas* /Berlin, Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft/. Viele genaue Beschreibungen und 40 schöne Tafeln geben dem Praktiker die Möglichkeit die wichtigsten Futterpflanzen selbst zu bestimmen und Näheres über sie zu erfahren. Auch der Politiker wird aus dem Werk manche Anhaltspunkte zur Berichtigung von Urteilen gewinnen. Den botanischen Teil der Schrift bearbeitete W. Heering, den chemischen Teil C. Grimme.

× **Literatur** Als Gegenstück zu Beers Darstellung der merkantilistischen Kolonialpolitik des zweiten Stuartregiments in England, die ich vor einiger Zeit in dieser Rundschau (1914, 2. Band, pag. 1056) anzeigte, mag Stewart L. Mims' Studie *Colbert's West India Policy* /New Haven, Yale University Press/ gelten. Dieser gewichtige Band gibt eine Darstellung der vielfachen Schicksale, die die französischen Gebiete Westindiens unter dem merkantilistischen System durchmachten. Nach eingehender geschichtlicher Auseinandersetzung, die reich mit Aktenmaterial belegt ist, kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß es der Politik Colberts tatsächlich gelungen ist in diesen Gebieten den wirtschaftlichen Zustand herbeizuführen, den der aufkommende französische Kapitalismus brauchte. Das Buch entspricht allen Anforderungen, die man an eine wissenschaftlich historische Arbeit stellen kann, ist dabei aber interessant und fesselnd geschrieben. × Einen mehr chronistischen Charakter trägt Ernst Daenells Buch *Die Spanier in Nordamerika 1513 bis 1824* /München, Oldenbourg/. Gleichwohl möchte ich es dringend empfehlen. Es wird manchen Leser überraschen aus dieser vorsichtig abgewogenen Darstellung zu erfahren, daß die spanische Kolonisation neben ihrer gewöhnlich ausschließlich bekannten Härte doch auch manche anderen milderen und freundlicheren Erscheinungen aufweist, die das harte Urteil über die Kolonialpolitik dieses Volkes abschwächen können. Auch der Verfasser dieses Buches arbeitet mit einem großen wissenschaftlichen Apparat, aber auch er verwertet ihn in einer glänzenden, fesselnden Darstellung.